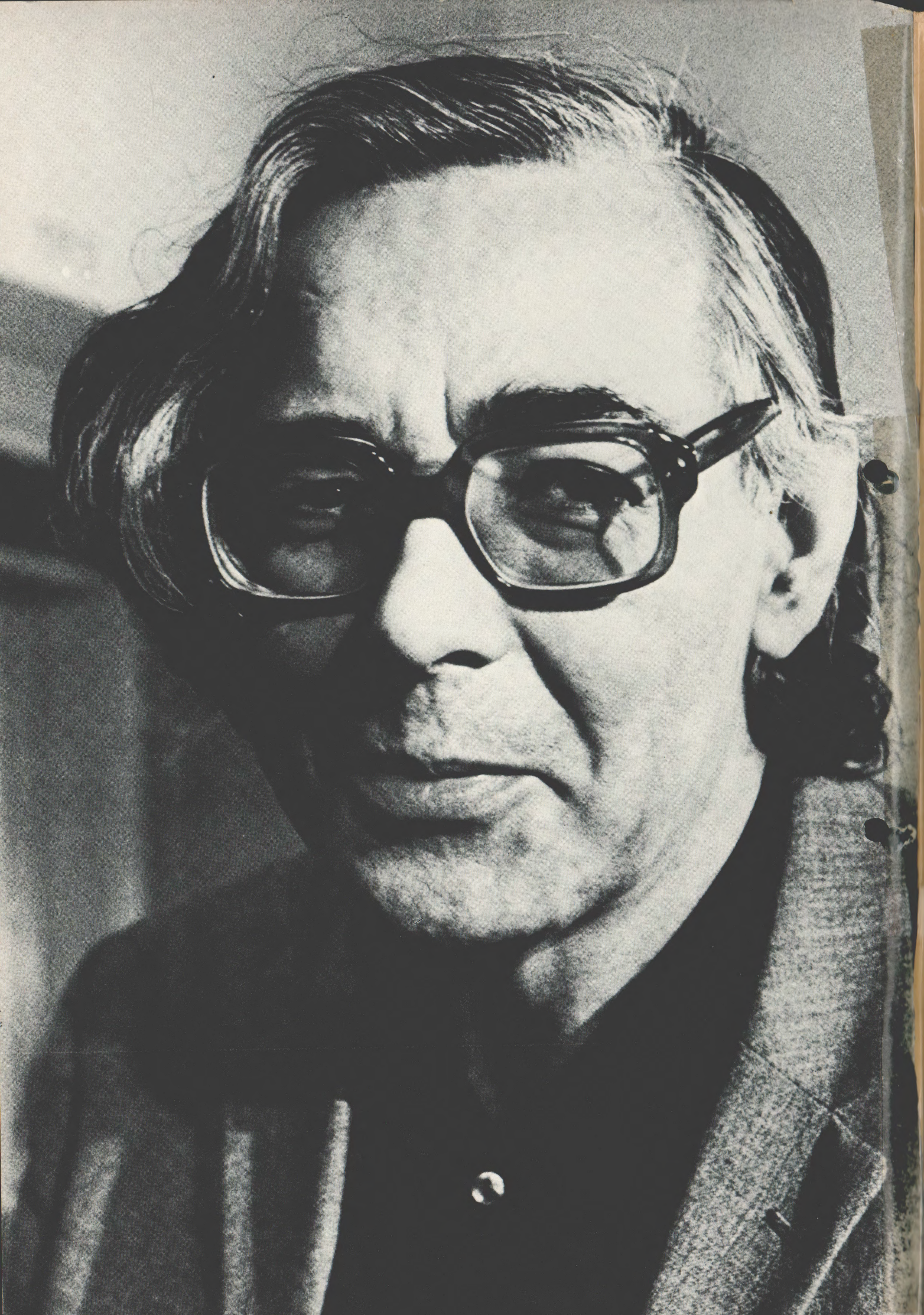
diskus
frankfurter studentenzeitung
25. jahrgang, heft 1, 2. juni 1975
2 DM

A1-005

Viet-Nam ist frei!

~~2-01-03~~ 022

Krise der Reden: diskus-Interview mit Peter Brückner.



diskus-interview mit Peter Brückner im November 1974 zum Tod von Holger Meins und Günther von Drenkmann und der Krise der Linken.

diskus-Redakteur Peter Mosler sprach am 22. November in Hannover mit Peter Brückner. Aufgrund der Geldersperrung des diskus konnte es bisher nicht veröffentlicht werden. Im Angesicht der Ereignisse von Stockholm und des zweiten fahrlässig durch die exekutiven Behörden mitverschuldeten Todes eines Gefangenen (Siegfried Hausner) hat das diskus-Kollektiv entschieden, das Gespräch in diskus 1/75 abzudrucken, umso mehr, als das Niveau der Überlegungen zum Staatsapparat und zur revolutionären Gewalt in der linken Presse fast ausnahmslos vom „Jargon linker Eigentlichkeit" bestimmt wird. Obwohl vom 22. November 1974 stammend, glauben wir, daß die Gedanken vom Auseinanderfallen von Recht und Ordnung, der immanenten Gewaltförmigkeit des bürgerlichen Staates und der inneren Kolonisation' nichts an Aktualität verloren haben.
Red.

Peter Mosler: Am 9.11. ist Holger Meins in der Untersuchungshaft in Wittlich gestorben, zu Tode gekommen an den Folgen des Hungerstreiks. Der Gefängnisarzt Hutter ist am Abend des 8.11. auf seinen Wochenendurlaub gefahren. Die offiziellen Stellen haben zunächst gesagt, es liege ein Herzversagen vor.

Peter Brückner: Inzwischen hat sich gezeigt, daß Holger Meins verhungert ist. Im einzelnen kann man es noch nicht durchblicken, aber man hat den Eindruck, daß das Unterbrechen der sogenannten Zwangsernährung und eine ungenügende Kalorienzufuhr in den vergangenen Wochen ursächlich für den Tod sind.

Man muß bei diesem Todesfall - den ich nicht als einen Mord bezeichnen will, einfach, um nicht Begriffe und Istbestände zu sehr zu verwischen - vielerlei bedenken. Ich möchte den Tod von Holger Meins nicht als Mord bezeichnen, weil ich mir dieses Wort gerne übrigbehalten möchte für ganz bestimmte Formen von Gewaltförmigkeit, bei denen auch ein Mörder und der Beweggrund des Mordes nachweisbar ist. Ich glaube, es ist eher so etwas wie ein "dolus eventualis", d.h. die Staatsgewalt hat insgesamt in ihre Maßnahmen den Tod von Häftlingen eingerechnet, als möglich, als etwas, was in Kauf zu nehmen wäre.

Hier kommt vielerlei zusammen: einmal die Grauzone des deutschen Strafvollzugs. Ich bin davon überzeugt, daß die öffentliche Kontrolle, auch die wie immer formale rechtsstaatliche Kontrolle in den Alltag des Strafvollzugs nicht hineinreicht. Weder Beamte des Strafvollzugs, noch etwa Ärzte oder höhere Verwaltungsfunktionäre in irgendeiner wirksamen Weise öffentlich oder rechtlich kontrollierbar. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß diese Grauzone immer einer der Orte in der bürgerlichen Gesellschaft gewesen ist, wo eine für sie spezifische Gewaltförmigkeit zum Ausdruck kommt.

Fortsetzung auf Seite 36

editorial

Wie schon so oft, fast wäre zu sagen traditionsgemäß, haben wir an dieser Stelle zu vertreten, warum der diskus eine derart lange Zeit nicht mehr erschienen ist. Die Chronologie der Konflikte um den diskus zeigt indes, daß es sich hierbei um eine Form des Kampfes von oben (und nicht etwa um unser Verschulden) handelt, die der studentischen Öffentlichkeit weitgehend verborgen bleibt: eine Kette von administrativen Maßnahmen, Verfügungen und Erlassen, vorgeblich streng der juristischen Sachlogik folgend, selten brutal unterdrückend, aber einschüchternd mit Apathisierung und Resignation der Betroffenen zum Ziel – eine sehr geschickt verbrämte Liquidierung der verbrieften Rechte der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit. Niemals wurden beim diskus die gängigen Methoden – etwa des Verbots – angewandt, fast immer war das Mittel die angedrohte oder ausgeführte finanzielle Austrocknung.

Nach dem Höhepunkt der Studentenrevolte gelang dem ansonsten in Sachen studentischer Linke glücklos operierenden Rektor Rüegg der erste Schlag gegen die schon damals traditionell kritische Studentenzeitung. Der diskus mußte aufgrund der rektoral verfügten Geldersperrung sein Erscheinen für die folgenden 1 1/2 Jahre einstellen. Erst Mitte 1970 war ein Neubeginn unter veränderten Vorzeichen möglich: in der Reformeuphorie der Nachordinarienherrschaft durfte der diskus unter Regie von weitgehend kooperationsbereiten SHB-Studenten neu herausgegeben werden. Nicht umsonst hieß es in dem damaligen Editorial: „Der diskus war tot". Die Distanz zu der Zeitschrift des alten Typus wurde nicht nur inhaltlich, sondern auch durch eine neue Aufmachung (Magazin-Format) sinnfällig. Die vermeintliche „eindimensionale Analyse" der SDS-Zeitung wurde von dem Konzept der „aufklärerischen Information" abgelöst. Nicht zufällig befand sich der diskus in dieser Zeit – zumeist gezwungenermaßen – lediglich auf Konfrontationskurs mit der CDU und deren studentischen Ablegern an der Uni. Sogar Expräsident Kantzenbach, später ein besonderer Eiferer gegen uns, konnte sich damals noch für den Erhalt der – wenn auch ungeliebten – Studentenzeitung einsetzen.

Die langsam einsetzende politische Restringierung der Nachreformperiode an den Universitäten und die zunehmende Radikalisierung der hochschulpolitisch enttäuschten Linken ging auch am diskus nicht spurlos vorbei. In der Folgezeit hatte sich die Herausgeberschaft, nunmehr in veränderter Besetzung (die Sozialdemokraten der ersten Stunde des Neubeginns schickten sich an, Karriere zu machen), weniger den Lesern, als vielmehr der Universitätsleitung und dem Kultusministerium zu verantworten. Das ständige Drängeln der CDU im Landtag und das unablässige Lamentieren der bürgerlichen Presse über das „linksradikale Blatt" begann erste Früchte zu tragen: Entzug der finanziellen Unterstützung durch das Land Hessen. Der diskus war in seiner Kritik am „Rechtsstaat" nicht nur unbequem, sondern geradezu unerträglich lästig geworden. So ist es denn nicht weiter verwunderlich, daß eine Zeitung wie die FAZ begierlich die unverblümte Darstellung der Staatsaufrüstung im diskus mit einigen Falschzitaten garniert zum Produkt der geistigen Mittäterschaft bei Gewalt- und Terrorakten hochstilisiert, so etwa ein Artikel zur RAF-Fahndung und zur Ermordung Georg von Rauchs. Nach dem Entzug der Landesmittel verlagerte sich das brisante diskus-Thema wieder auf eine mehr hochschulinterne, wenig spektakuläre Ebene: die Uni-Spitze als sogenannte Rechtsaufsichtsbehörde ließ fortan keine Gelegenheit mehr aus, mit allen nur denkbaren Repressalien eine sinnvolle Heftplanung nach und nach zu verunmöglichen: Androhung von Geldersperrung, zeitweise durchgeführter Mittelentzug, ultimative Forderungen, dezente Hinweise, massive Drohungen.

Das eigentliche Vorspiel zu der bislang längsten Zwangspause war das Engagement der Studentenschaft im Engelskonflikt und in den Kämpfen um die besetzten Häuser Bockenheimer Landstraße/Ecke Schumannstraße. Zunächst wurden dem diskus lediglich im Rahmen der allgemeinen Kontensperrung der Studentenschaft die Gelder entzogen, die Begründung für die spezifische Vorgehensweise gegen uns dann jeweils nachgeschoben. Allen Variationen der Verfügungen war und ist eines gemeinsam: der Kern der Argumentation reduziert sich auf den Vorwurf der politischen Einseitigkeit und mangelnder Pluralität. Erst nachdem sich das diskus-Kollektiv verpflichtet hatte, bestimmte Hinweise (auf die allgemeine Beteiligungsmöglichkeit aller Studenten, Aufforderung zur Mitarbeit, Ankündigung des Themenschwerpunktes) abzudrucken, konnte vorübergehend die Produktion wieder aufgenommen werden. Der fehlende Hinweis in der letzten Ausgabe vom August 1974 war dann der unmittelbare Anlaß zu dem ehrgeizigen Versuch, dem diskus endgültig den Garaus zu machen, zumal die Absicht, die Zeitschrift für rechte Studentengruppen zu instrumentalisieren an deren Unvermögen (es kamen trotz wiederholter Aufforderung aus dieser Ecke keine Beiträge) gescheitert war.

Der Argumentation, daß der Hinweis auf die Heftplanung im Hinblick auf die damals bevorstehende Neuwahl des Herausgebergremiums nicht sehr sinnvoll gewesen wäre, wurde folgerichtig keine Bedeutung zuerkannt. Es geht nicht mehr um die vermeintlichen und vorgeblichen Rechtsbrüche des diskus, sondern im Rahmen der Aufgabe, eine der nach landläufiger Meinung unruhigsten Universitäten zu befriedigen, um die vollständige Liquidierung einer oppositionellen Studentenpresse. Das System der administrativen Unterdrückung ist durch die Wahl seiner Mittel wieder offenkundig geworden: durch juristisches Beiwerk nur mühsam getarnte rechtswidrige Maßnahmen der universitären Machthaber wird jede kritische publizistische Arbeit unmöglich gemacht. Werden unterdessen die Lügen, Verdrehungen und Halbwahrheiten, auf denen das Ganze beruht, aufgedeckt, erfolgen prompt neue Behauptungen, welche die zuvor erkannten Rechtsbrüche belegen sollen. Der obligatorische Hinweis auf den Rechtsweg steckt unser Aufgabengebiet ab: Prozessieren statt Publizieren. Die Frage des längeren Atems scheint bereits beantwortet zu sein, auch wenn – wie in dem aktuellen Fall – die Vorrunde an uns geht (die Hauptverhandlung steht noch aus). Da wundert es selbst eine sich diesmal bieder gebende FAZ, wenn sie – so im Sommer letzten Jahres – das Résumée nunmehr 25-jähriger diskusarbeit zieht, daß der (übrigens „graphisch recht anspruchsvoll aufgemachte" – Dankeschön) diskus es „dennoch verstanden (hat), sein nicht immer regelmäßiges Wiedererscheinen abzusichern." – In der Tat, wir haben – und wir haben auch noch Pläne.

Das faktische Verbot erfolgte ausgerechnet zu einer Zeit, in der wir soviel zu sagen gehabt hätten. Die vergangenen Mo-

diskus 1

25. Jahrgang, heft 1, 2. juni 1975

	Thema	Titel	Verfasser	Foto/Grafik
	Nachrichten			
4		nachrichten-magazin	Redaktion	gn
	Hochschule			
		Brigitte Heinrich-Dokumente		
	Terror			
1		Peter Brückner-Interview	Peter Mosler	dpa
20		Terror gegen Terror	Raoul Vaneigem	Hermano Lobo
19		Herbert Marcuse zu Stockholm		
	Studentenrevolte			
		Die Krise der Linken	Franz Marek	
14		Theorie und Praxis	Herbert Marcuse	dpa
22		Konstitution und Klassenkampf	Hans-Jürgen Krahl	
29		Die Revolte frißt ihre Väter	Peter Mosler	L. Boilly
53		Vietnam und Protest	Peter Mosler	der lange marsch
54		Chronologie des Vietnam Protests	Peter Mosler	dpa
		Vietnam und die Deutschen	Ulrike Meinhof	dpa
	Germanistik			
39		Bürgerliches Erbe und Revolte	Helmut Reinicke	Kirchhoff
	Justiz			
58		Zum Gewaltparagraph	Kramer-Info	
60		Sätze zur Gewalt		
64		Selbstzensur?	Klaus Wagenbach	

nate haben einen historischen Einschnitt von einer noch nicht absehbaren Tragweite gebracht: nicht nur die große wirtschaftliche Depression, die zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte die Krisenanfälligkeit des Systems klargemacht hat, sondern auch gegenläufige Bewegungen im versteinerten Weltzusammenhang: die Niederlagen der autoritären Regimes in Portugal und Griechenland, die fundamentale Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam, der schwindende Einfluß der Zentren, eine sichtbare Umverlagerung der wirtschaftlichen und politischen Macht auf Länder der Peripherie (vgl. „1,2,3, ... 1984 von Samir Amin und André Gunder Frank im Neuen Forum, Jan./Febr. 75) und nicht zuletzt die empfindliche Schwäche der Linken in den Metropolen. In dieser Situation gilt es Bestandsaufnahme zu machen, die vor allem die geschichtliche Dimension der Linken in Westdeutschland als einer in Genese und Verlaufsform studentischer Linke berücksichtigt. Deshalb sind außer den entsprechenden Beiträgen dieses diskus (mit dem historisch signifikanten Erscheinungstermin 2. Juni) in der nächsten Ausgabe schwerpunktmäßig weitere Artikel vor allem auch zur hochschulpolitischen Situation geplant. In loser Abfolge sollen dazu für die breite Leserschaft schwer zugängliche Beiträge mit dokumentarischem Charakter (erstmals in diesem Heft: Meinhof-Kolumne, Krahl-Rede) neu publiziert werden.

diskus 2

Heft 2/1975 erscheint voraussichtlich am 26. Juni 1975. Geplantes Schwerpunktthema: Professionalisierung der linken Subkultur. Beiträge (Artikel, Bildbeiträge, Leserbrief etc.) für den diskus kann jeder Interessierte einreichen. Die Entscheidung zur Veröffentlichung behält sich die diskus-Redaktion vor.

Die Themen und Redaktionstermine des jeweils nächsten Heftes werden im diskus veröffentlicht und sind am diskus-Büro (im Studentenhaus) angeschlagen. In Heft 2/75 werden wir die Themen und Termine für Heft 3, das Anfang des WS erscheint veröffentlichen. (Für Heft 2 lag der Redaktionsschluß vor dem Erscheinungstermin des vorliegenden Heftes.)

Beilagenhinweis

Diesem Heft liegen Bestellkarten der Deutschen Volkszeitung und der Monthly Review bei.

diskus frankfurter studentenzeitung
Heft 1, 25. Jahrgang, 2. Juni 1975

diskus-Verlag 6 Frankfurt am Main,
Jügelstraße 1, Studentenhaus,
Telefon 0611/7 98 31 88

Herausgeber Hans-Peter Bach, Lutz Bessel, Joachim Klein, Max v. Limbacher, Eberhard Zimmermann

Redaktionsleiter
Eduard Wolczak

Redaktion
Brigitte Heinrich, Peter Mosler

Bildredaktion/Gestaltung/Produktion
Lothar Leßmann

Verlagsleiter/Anzeigen/Vertrieb
Uli Single

Druck Max Schimmel OHG,
8700 Würzburg 2,
Robert-Koch-Straße 34-36

Satz Satzstudio H. Prinz
6000 Frankfurt, Wolfsgangstraße 53

Auflage 15.000

Erscheinungsweise 8 mal im Jahr

Preis 2 DM

nachrichten★magazin

Radikalenerlaß und Berufsverbotspraxis.

Grünes Licht für eine Ausdehnung der Berufsverbote gab das Berliner Bundesverwaltungsgericht exemplarisch am Berufsverbot für die DKP-Genossin Anne Lenhardt:

„Die Mitgliedschaft in extremen Parteien (als auch in „extremen Gruppen") berechtigt zu Zweifeln an der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst." Nur diese Zweifel müssen zukünftig noch nachgewiesen werden. Durch eine Beweislastumkehr muß der Kandidat zukünftig seine „Verfassungstreue" und sein Eintreten für die „freiheitlich demokratische Grundordnung" (FDGO) beweisen! Denn, so das Gericht, „bei Zweifeln ist die Aufnahme in den öffentlichen Dienst abzulehnen."

Bei allen Neueinstellungen, Aufnahmen in das Beamtenverhältnis und Vertragsverlängerungen meldet der öffentliche Arbeitgeber die Namen der Bewerber dem Landesamt für Verfassungsschutz. Der Verfassungsschutz baut ein immer perfekteres Informations- und Bespitzelungsnetz auf. „Hepolis" heißt das laut Innenminister Bielefeld in Hessen, besser wäre Kontrollpolis. Die Ergebnisse werden dazu verwandt, „politisch zweifelhafte" Bewerber aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. Wie lange wird es wohl dauern, bis auch die Industrie, die bisher nur mit „primitiven" Listen arbeitet, solch ein Informationssystem zur Verfügung hat?

Den Legitimationscharakter des „demokratischen Rechtssystems" erhalten Verfassungsschützer und der Innenminister durch Anhörungsverfahren für die Bewerber. Diese sind eine Farce, denn die Entscheidung über Einstellung oder Verweigerung ist längst vorher getroffen worden.

Die Einschüchterung aller politisch arbeitenden Linken ist der wichtigste Punkt bei dieser Kampagne! Denn wer wird noch schriftlich bzw. öffentlich systemkritische Äußerungen wagen, wenn sie ihm später als Einstellungshindernis vorgelegt werden. So würgt man Kritik am kapitalistischen System und eine Auseinandersetzung mit sozialliberaler „Reform"politik – auch ohne Maulkorberlaß – im Keime ab ...

Diese Überprüfungen sind geistiger Terror und Unterdrückung oppositioneller Gedanken!

Juso-Info
Frankfurt-Westend

„Verfassungsfeindlichkeit" ist ein politischer Kampfbegriff.

Verfassungsfeindlichkeit ist ein politischer Kampfbegriff, kein Rechtsbegriff und schon gar nicht ein Verfassungsbegriff. Was alles unter dem Begriff der Verfassungsfeindlichkeit gefaßt wird, unterliegt deshalb nicht der rechtlichen Beurteilung, sondern hängt wesentlich davon ab, welches interfraktionelle Parteiprogramm der Block der sich selbst für einzig regierungsfähig erklärenden Parteien zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" hochstilisiert.

AStA-Info
Gießen

KuMi-Geheimprotokoll zu den Berufsverboten.

Geheimprotokoll einer Konferenz des hessischen Kultusministers Krollmann, der Staatssekretärin Rüdiger und den Präsidenten aller Landesuniversitäten
(Auszüge)

„Herr Zingel (Uni Marburg) hebt hervor, daß auch echt liberale Kräfte inzwischen in einer Einheitsfront mit den Radikalen stehen und sich in der Ablehnung der gegenwärtigen Praxis einig seien. ... durch die Art der Behandlungsweise eine an sich notwendige Sache in Gefahr stehe, daß sich keine Mehrheit damit identifizieren wolle."

Kantzenbach (bis April Uni-Präsident in Frankfurt): „ ... erwarte er durchaus positive Auswirkungen durch die Überprüfung. Es habe lange Zeit in studentischen Kreisen einfach als ‚schick' gegolten, „links" zu sein. Hier könne man künftig eine Mäßigung erwarten, wenn den Betroffenen bewußt werde, daß bestimmte Verhaltensweisen mit Risiken verbunden seien."

„Herr Krupp (amtierender Uni-Präsident Frankfurt) wirft die Frage auf, ob durch das augenblickliche Ausmaß der Überprüfungen die Kapazitäten der Verfassungsschutzämter nicht überfordert seien, die dadurch sich ergebenden Fristen das Verfahren pervertierten und damit im Grunde ein Rückfall in einen anderen Zustand vorbereitet werde. Das Verfahren müsse so gestaltet sein, daß es auch verwaltungsmäßig durchführbar sei."

Kultusminister Krollmann (SPD): „ ... entschlossen, eine sehr deutliche Linie in der Praktizierung des Radikalenerlasses aufzuzeigen. ... Die Zugehörigkeit zu bestimmten Parteien, auch wenn diese nicht verboten seien, hindere nicht, diese Zugehörigkeit als Anlaß anzusehen, darüber Überlegungen anzustellen, ob die Verfassungstreue bei dem Bewerber gewährleistet sei. ... er hoffe, daß durch die sich aus den Ablehnungen ergebenden Gerichtsentscheidungen die Kriterien mit der Zeit durch die Rechtssprechung abgesichert würden. Eine Mitgliedschaft in bestimmten Parteien sei ein Indiz für mangelnde Verfassungstreue, die zur Überprüfung des Einzelfalles zwinge. Es könne durchaus sein, daß die praktischen Unterschiede dann zwischen den A- und den B-Ländern (wohl CDU/CSU- und SPD/FDP-regierte Länder) gar nicht so groß seien. ... Anzustreben sei mit ernsthafter Realisierungschance eine Gattung des Verwaltungsganges, auch in der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutzamt ... ! ...Für ihn sei das Problem, daß aufgrund des Radikalenerlasses Duckmäuser und Tarner in größerem Umfange entstehen könnten und Menschen u.U. das ganze Leben verlegt würde. Verhütet werden müsse, daß die Überprüfungen auf das allgemein-politische Klima im Sinne einer Hexenjägerei zurückwirkten."

Organisierte Lehrerarbeitslosigkeit in Hessen:

1.000 ausgebildete Lehrer und ca. 1.600 Lehramtskandidaten sollen zum 1.8.75 nicht eingestellt werden

Die hessische Landesregierung ist festen Willens, zum 1.8.75 erstmals in der Nachkriegsgeschichte fertig ausgebildete Lehrer nicht in den Schuldienst einzustellen. Zum Einstellungstermin 1.2.75 konnten entsprechende Pläne noch einmal abgewendet werden – nicht zuletzt aufgrund massiver Proteste der Betroffenen, der Eltern und der Schüler und einzelner GEW-Gliederungen, wie z.B. des Bezirksverbandes Frankfurt.

Die magische Zahl 2.000 arbeitsloser Lehrer im Jahr 1976 ist genauso fiktiv wie die derzeitig kursierenden Zahlen für den 1.8.75. Bisher konnten wir uns auf Angaben aus dem Bezirkspersonalrat Darmstadt stützen, wonach am 1.8. von 1.580 ausgebildeten Lehrern 630 auf der Straße stehen würden. Nun bringt das KuMi 850 derzeit offene Planstellen (zu verteilen auf Berufsschulen: 400, auf Gymnasien: 420 und GHRS: 30) und zu-

sätzlich 450 durch frühzeitige Pensionierung und Tod freiwerdende Planstellen zum Ansatz (davon sollen ca. 50 % den GHRS zugeschlagen werden).

Diesen 1.300 offenen Planstellen zum 1.8.75 stehen nach Informationen aus den Bezirkspersonalrat Darmstadt gegenüber:

1.315 LzA für den GHRS-Bereich
240 Fachlehrer für mus.techn. Fächer z.A.
174 STRzA für Berufsschulen
600 STRzA für Gymnasien

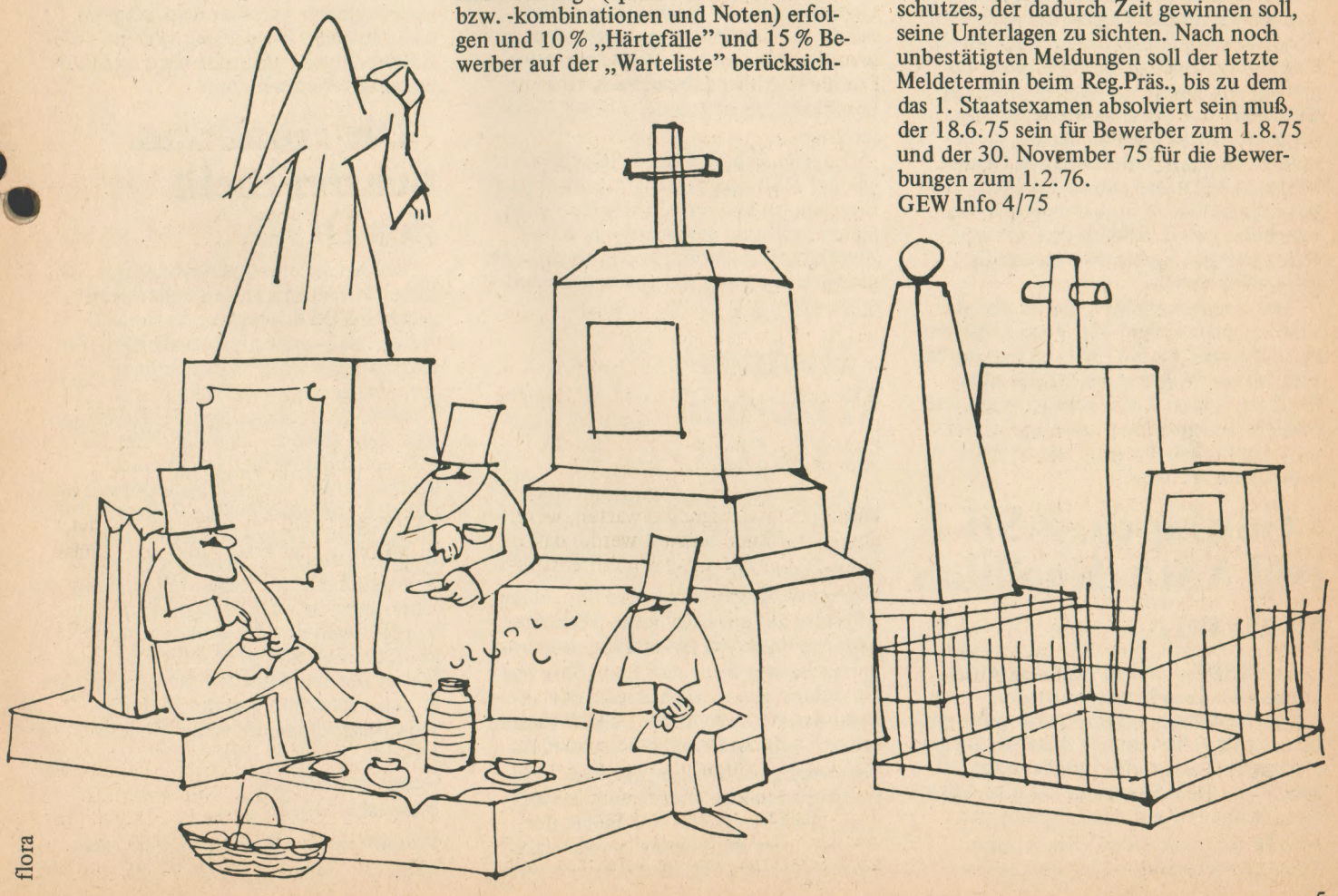
2.329 – 1.300 = 1.029

Von den 2.329 Lehrern, die zum 1.8.75 ihr 2. Staatsexamen machen, werden 1.029 auf der Straße stehen – trotz Lehrermangel und Unterrichtsausfall.

Noch härter soll es die Bewerber für den Vorbereitungsdienst treffen: Den 3.210 Bewerbern für alle Schulformen und -stufen (Stand 30.4., davon 530 außerhessische Bewerber) stehen nur 1.580 freiwerdende Ausbildungsstellen gegenüber; d.h. nach den Plänen des KuMi sollen 1.630 nicht in den Vorbereitungsdienst übernommen werden. Nach den Angaben aus dem KuMi und RegPräs. ist nicht klar, ob in der Gesamtzahl bereits die abgewiesenen Bewerber am 1.2.75 enthalten sind.

Die staatlichen Behörden zeichen sich bei der Bewältigung ihrer Aufgabe – die Selektion der „überzähligen" Bewerber für Planstellen und Ausbildungsplätze – durch Erfindungsreichtum aus. Die zum 1.2. wirksamen, mit Zustimmung der Bezirkspersonalräte erlassenen „Richtlinien für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst" (vgl. Dok. vom April 75) waren im Vergleich zu den jetzt kursierenden Erlaßentwürfen noch relativ simpel. Die Selektion soll nach den Vorstellungen des KuMi schon an den Universitäten beginnen: die Hochschullehrer sind angewiesen, „die gesamte Notenskala breit auszuschöpfen". Ein Entwurf zur Änderung des Lehramtsgesetzes (vom 1. April) macht die Zulassung zum Vorbereitungsdienst von den „im Haushaltsplan des Landes zur Verfügung stehenden Stellen und Mitteln" und den „Ausbildungskapazitäten" abhängig. Die Einstellung soll zu 75 % nach „Eignung und Leistung" (sprich: Bedarfsfächer bzw. -kombinationen und Noten) erfolgen und 10 % „Härtefälle" und 15 % Bewerber auf der „Warteliste" berücksichtigen. Der „Entwurf einer Verordnung über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst" (vom 15.3.) konkretisiert diese Kriterien. Die Grundlage der Leistungsbeurteilung soll nicht länger die Note des 1. Staatsexamens sein, sondern ihr arithmetisches Mittel: die Gesamtnote wird mit 2 gewichtet, die zwei Einzelnoten jeweils mit 1, dieser Zähler ist dann durch 4 zu dividieren und das Ergebnis bis auf 2 Stellen hinter dem Komma zu errechnen. Für die verschiedenen Notenkategorien wird eine Rangskala erstellt und im Bedarfsfall (bei mehreren Bewerbern) der Gewinner ausgelost. Als „Härtefälle" gelten a) Schwerbeschädigte, b) Absolventen einer Dienstpflicht nach Artikel 12 GG, c) Bewerber, die gegenüber anderen Personen gesetzlich zu Unterhalt verpflichtet sind und d) Bewerber, die „unverschuldet" während oder vor ihrem Studium Zeitverluste erlitten. Abgewiesene Bewerber erhalten pro Ablehnung sogenannte „Wartepunkte". Die vorgezogenen Meldetermine 1.10. (für den Einstellungstermin 1.2.) und 1.5. (für den 1.8.) werden durch den Umfang der Verwaltungsarbeiten begründet, nicht zuletzt der Tätigkeit des Verfassungsschutzes, der dadurch Zeit gewinnen soll, seine Unterlagen zu sichten. Nach noch unbestätigten Meldungen soll der letzte Meldetermin beim Reg.Präs., bis zu dem das 1. Staatsexamen absolviert sein muß, der 18.6.75 sein für Bewerber zum 1.8.75 und der 30. November 75 für die Bewerbungen zum 1.2.76.

GEW Info 4/75



flora

nachrichten★magazin

MSB-Spartakus brach in diskus-Büro ein.

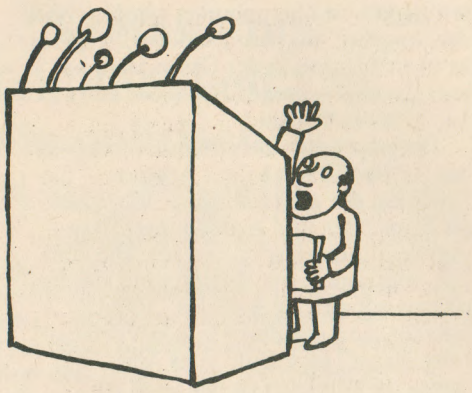
Im Vorfeld der StuPa-Wahl an der Frankfurter Universität, dachten die MSB-Spartaken, mit einem Einbruch in die diskus-Räume einen Einbruch in das ihnen bisher abholde Wählerreservoir vorprogrammieren zu können, indem sie redaktionsinterne Papiere, die der Konzeptionsdiskussion dienten, stahlen und über verfälschendes Zitieren in ihre Diffamierungskampagne gegen die bestehende AStA-Koalition von SHI und Juso-HSG einzubauen versuchten. (Diesem Versuch schloß sich natürlich auch der Rest des Frankfurter SHB an, bedeutenderweise aber gleichfalls der LHV.)

Angesichts der Konflikte des diskus mit dem hiesigen Präsidialamt (z.B. anstehenden Hauptverfahren wegen Geldersperrung), ist die außerdem erlogene Behauptung, es solle der diskus „aus der Uni" genommen werden, besonders schädlich. Werfen die MSB-Spartaken einerseits AStA-Koalitionären und diskus vor, sie würden die Organe der verfaßten Studentenschaft zerstören (!), haben sie eine offensichtliche Affinität dazu, Lügen zur sinnlosen Provokation oder zur Eskalation von Auseinandersetzungen, die gerade diese Organe lähmen, zu benutzen. Dies gilt gleichermaßen für den Versuch, AStA und diskus-Kollektiv auseinanderzudividieren, indem jenem unterschoben wird, er halte den AStA in seiner jetzigen Zusammensetzung für „abgewirtschaftet".

Das diskus-Kollektiv, das im übrigen keine Alternative zur SHI/Juso-Koalition sieht, braucht für die Frankfurter Universität keinen Wahlsieg des MSHB zu befürchten, dessen Art, Verleumdungs- und Lügenkampagnen zu starten weder neu noch sonderlich erregend ist: er kann nichts anderes mehr.

Göttingen: KSB ließ AStA-Koalition platzen.

Der KSB ließ die an der Uni Göttingen mit der Juso-Hochschulgruppe – die zur antirevisionistischen Fraktion bei den Jusos zählt – bestehende AStA-Koalition platzen und nahm eine mögliche Einflußnahme des MSB Spartakus auf eine AStA-Neubildung in Kauf. Hintergrund dazu war die Ablehnung des KSB, Kompromisse zu schließen und anzuerkennen,



auf deren Grundlage eine Aktions- und Arbeitsprogramm möglich geworden wäre. Als man seitens des KSB merkte, daß die eigene Linie ohne Abstriche nicht durchgesetzt werden konnte, wohl aber den Koalitionspartner boykottieren, versuchte er über taktische Manöver das Organ des Göttinger AStAs für sich zu instrumentalisieren und lehnte gleichzeitig eine AStA-Veranstaltung zum 30. Jahrestag des Endes der faschistischen Herrschaft ab. Der KSB ging soweit, dem imperativen Mandat von Vollversammlungen die Gültigkeit abzusprechen, da er Beschlüsse zugunsten der Juso-HSG befürchtete.

Es zeigt sich, daß der KSB – ähnlich wie der MSB Spartakus – machttaktische Erwägungen vor verbal bekundete Prinzipien stellt und gruppenegoistische Zwecke offensichtlich höher erachtet als das Interesse einer sozialistischen Studertenbewegung.

Hannes Weinrich in Haft.

Am 24. März wurde Hannes Weinrich unter den seit neuem üblichen Umständen – 10 zivile und 30 grüne stürmten morgens um 6 das Haus – festgenommen. Vorgeworfen wird ihm, einen Anschlag auf ein israelisches Verkehrsflugzeug logistisch unterstützt zu haben.

Als Beweis dient den Ermittlern das Gutachten eines Graphologen, der anhand der Methode dieser „Gemütswissenschaft" aufgrund einiger Schnörkel im Namenszug nachweisen will, daß Weinrich irgendwelche Mietpapiere in Paris unterschrieben haben soll. Selbst der Vertreter der Bundesstaatsanwaltschaft mußte zugeben, daß dieser Beweis weder für eine Verurteilung, noch für eine Eröffnung eines Prozesses ausreicht. (Hans de With)

Trotzdem sitzt H. Weinrich weiter in Isolierhaft.

FVV-Fahrpreiserhöhungen in den Semesterferien.

Nachdem nun so gut wie sicher ist, daß die Fahrpreise in Frankfurt um 30 % erhöht werden, kann wieder eintreten, was vor einem Jahr bei der Einführung des FVV (Frankfurter Verkehrsverbund) geschah und sich kürzlich in Hannover wiederholte, nämlich daß die Grünen auf die Straße geschickt werden mit der Aufforderung: *„Jungs, haut drauf, haut drauf, wenn sie die Straßenbahn blockieren wollen, dann mal volle Pulle, Schlagstock frei, und dann drauf!"*
(Oberwachtmeister in Hannover)

Allerdings kann man den Herren im Rathaus nicht nachsagen, sie würden unvermeidlichen Auseinandersetzungen nicht aus dem Wege gehen wollen: Die Erhöhung der Fahrpreise wird erst in den Semesterferien wirksam.

Die Koalition aus der Sicht des DGB.

Die Koalition reformierte nichts. Zu dieser Erkenntnis gelangte inzwischen selbst der DGB Vorsitzende Heinz O. Vetter. Bei seiner Analyse allerdings bewegt sich der DGB Vorsitzende im Rahmen des gewohnten Denkschemas. Die Ursache für das Scheitern der Reformpolitik sieht er in der Unmöglichkeit, einen mit Vollzugsaufgaben befaßten und strukturierten Verwaltungsapparat schnell auf eine vorausschauende Reformpolitik umzustellen. Trotzdem ringt er sich zu dem Satz durch, ... wenn wir die Konfrontation mit der Regierung und den Unternehmern suchen, werden unsere Forderungen nur das wert sein, was wir zur Durchsetzung an Mobilisierung aufbieten können. Für die Zukunft deutet er „eine schärfere Gangart in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung an".

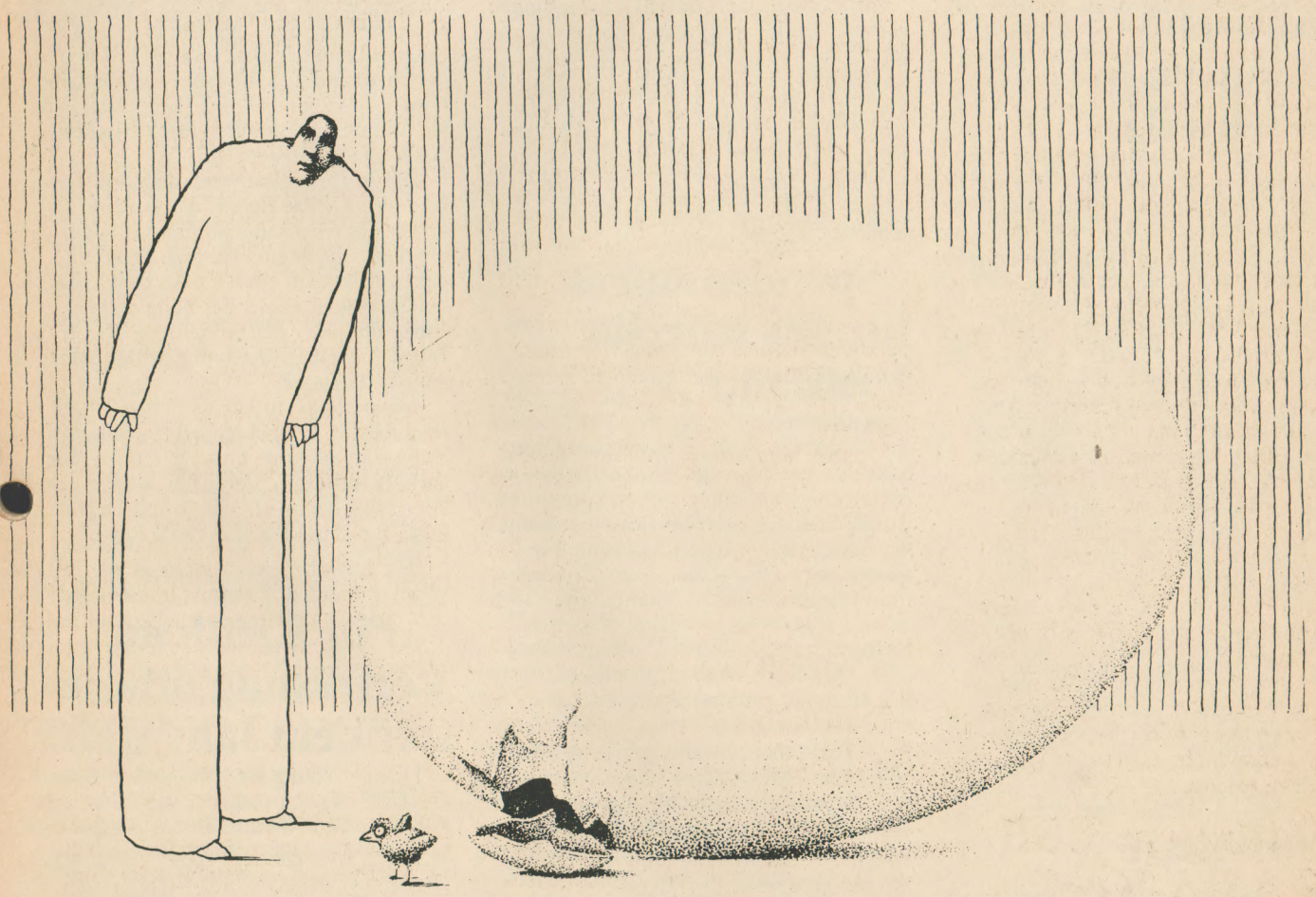
Gewerkschaftliche
Monatshefte 4/75

Wir hoffen, den Worten werden Taten folgen.

Neuer VDS-Vorstand gewählt. MSB/SHB mußte zurückstecken.

Trotz massiver Verzögerungstaktik und einer bundesweiten Diffamierungskampagne von MSB/SHB wurde in Gießen Anfang Mai der Vorstand des neuen studentischen Dachverbandes, der Vereinigten Deutschen Studentenschaften gewählt, die die Vereinigung der beiden alten Verbände VDS und SVI darstellt. Durch ein weitgehend einheitliches Vorgehen der Juso-HSGs, Basis-Gruppen und des LHVs konnte die kompromißlose Politik des MSB/SHB, insbesondere was satzungstechnische Fragen anbetraf, gebrochen werden. Die Fortsetzung der Diffamierungskampagne jedoch, mit dem Versuch, ein einheitliches Vorgehen, koordiniert durch den neuen Verband, zu unterlaufen, ist bereits von den Bundesvorständen des MSB/SHB beschlossen. Davon wird man insbesondere an den Universitäten, an denen Wahlen anstehen, zuerst etwas zu spüren bekommen.

Der neue VDS-Vorstand, der aus je einem Vertreter der Juso-HSGs, Basis-Gruppen, LHV, MSB und SHB zusammengesetzt ist, muß nun beweisen, ob das bürokratische Gebilde des Verbandes tatsächlich in der Lage ist, mehr als nur Gremienpolitik auf scheinrelevanten Auseinandersetzungsebenen oder aufgepfropfte bundesweite Massenaktionen zu führen, d.h. unterstützend und initiativ in die regionalen Auseinandersetzungen an den Universitäten eingreifen kann, insbesondere jetzt bei der Neutralisierung von MSB/SHB. Diese wiederum hängt entscheidend vom Verhalten der LHV-Vertreter im VDS-Vorstand ab, deren Gruppierung bundesweit lediglich mit einem kleinen Wählerreservoir in wenigen Asten als Koalitionär relevant sind.



VDS und SVI werden ein Verein.

nachrichten★magazin

Zusammenschluß von Prokla und Rotbuch?

Seit Ende 1974 hat die Zeitschrift PROKLA (Probleme des Klassenkampfs) seinen Vertrag mit Politladen Erlangen gelöst. Seit mehreren Wochen sind PROKLA und ROTBUCH, beide Berlin, in Verhandlungen. Die Verhandlungen waren bei Redaktionsschluß noch nicht abgeschlossen. Nach dem Stand der Gespräche steht jedoch alles dafür, daß PROKLA und ROTBUCH zusammengehen werden.

Politische Gefangene in der Schweiz.

Am 20. März 1975 wurden in der Gegend von Zürich fünf Genossen von der politischen Polizei der Schweiz verhaftet, darunter zwei Deutsche. Eine von ihnen wurde inzwischen in die BRD ausgeliefert. Die andere, Petra Krause, konnte seit zwei Monaten noch keinen Anwalt sehen. Über die Anschuldigungen, die gegen sie erhoben werden, weiß man bisher nur aus einer Pressekonferenz der schweizer politischen Polizei, die die öffentliche Meinung mit der Geschichte von einer unglaublichen internationalen Anarchistenorganisation, von gigantischen Waffenlagern, aus denen der bewaffnete Kampf in ungefähr ganz Europa versorgt worden sein soll, zu schokkieren versucht.

Da bisher weitere Einzelheiten über die Behandlung politischer Gefangener, besonders über die Behandlung von Ausländern, noch nicht vorhanden sind, können wir darüber erst in der nächsten Nummer berichten.

3 Todesstrafen in Spanien?

Am 13. September 1974 explodierte ein Sprengkörper in einer Cafeteria in Madrid. 11 Menschen wurden getötet, 72 verletzt. Obwohl bisher keine der politischen Organisationen Spaniens dafür die Verantwortung übernommen hat, versuchen die franquistischen Behörden dieses Attentat mit allen Mitteln revolutionären Organisationen anzuhängen. Drei Tage später verhafteten sie Eva Forest Farrat, sowie sieben weitere Personen, die meisten unter ihnen bekannte Intellektuelle. Alle wurden bestialisch gefoltert und nun beschuldigt, Mitglieder der PCE (Carillo) sowie der ETA (65. Versammlung) zu sein. Nicht einmal dies entspricht den Tatsachen. Die Kampagne, die die Polizei nach den Verhaftungen ins Werk setzte, in der die Genossen beschuldigt werden, das Attentat begangen zu haben, ist, wie auch das Attentat selbst, nichts als faschistische Provokation. Das Attentat wird in der Anklageschrift der Beschuldigten nicht einmal erwähnt. – Die Direction de Seguridad (Sicherheitspolizei), die genau über der Cafeteria in der Calle del Correo liegt, hat selbst einige Tage vor dem Attentat einen Rundbrief an alle Mitglieder verschickt, in dem vor dem Besuch der Cafeteria gewarnt wurde.

Auch die unmenschlichen Folterungen vermochten keine Beweise für das Attentat zu Tage zu fördern. Aber Beweise spielen sowieso keine Rolle – in Spanien. Sie sind unwesentlich. Die spanische Justiz wird von der franquistischen Armee beherrscht und manipuliert, und die Massenmedien (und wie „frei" die in Spanien sind, ist ja bekannt), haben die Urteile schon gesprochen.

Spendenaufruf für das befreite Vietnam!

Mehrere unabhängige Persönlichkeiten aus Westberlin und der Bundesrepublik haben zu einer Spendenaktion für die befreiten Regionen Südvietnams aufgerufen, wo die Provisorische Revolutionsregierung der Südvietnamesischen Republik die Macht ausübt. Sie stellen fest: „Die legitime Vertretung des vietnamesischen Volkes von Südvietnam – die Provisorische Revolutionsregierung der Südvietnamesischen Republik – hat dringend um sofortige Hilfe bei der Versorgung und dem Wiederaufbau der befreiten Gebiete gebeten." Die Rechtsanwälte Schily und Ströbele haben zwei Konten eingerichtet, deren Unterlagen ebenso wie die von der Befreiungsfront unterzeichneten Quittungen von jedem Spender eingesehen werden können (Nr. 100470402, Bank für Gemeinwirtschaft Westberlin, Kennwort „Befreites Südvietnam", Postscheckkonto der Bank, PSchA Berlin-West, Nr. 82800100)

Chile-Manifest aus der CSSR.

In einem Brief an den Verein tschechoslowakischer Journalisten berufen sich die Verfasser auf die Resolution des Juristen-Vereins, der gegen die Brutalitäten der faschistischen Junta in Chile protestierte. In dem Brief heißt es:

„Eure Resolution zur Unterstützung der bürgerlichen Rechte in Chile und gegen die dortige faschistische Junta ist heuchlerisch. Eure Sprache muß falsch sein. Uns ... verbinden enge Bande der Freundschaft, der Solidarität, der Übereinstimmung oder der Verwandtschaft der Ideen und der Aktionen mit den chilenischen Sozialisten, Kommunisten, revolutionären Marxisten, Christen und weiteren Demokraten, je nach unseren verschiedenen politischen Ausrichtungen. Euch verbindet jedoch mit ihnen gar nichts und die heuchlerischen Worte sind außerstande, dies zu verdecken. Eure Aufgabe ist nur die propagandistische Sicherstellung der Lage, die in unserem eigenen Land herrscht und die unter anderem auch durch die muntere Geschäftemacherei zwischen der Tschechoslowakei und der chilenischen faschistischen Junta charakterisiert ist."

Die Autoren bestreiten dem Journalisten-Verein das Recht, den fortschrittlichen Chilenen seine Solidarität auszudrücken. „Es ist uns nämlich kein Fall bekannt, in dem euer Verein zum Schutze der Menschenrechte, der bürgerlichen Freiheiten oder der Einhaltung der Gesetzmäßigkeit in unserem eigenen Land aufgetreten wäre."

Inzwischen wurden 1974 drei Unterzeichner des Chile-Manifests – Bohumir Kuba, Jan Svoboda und Vit Lepil – wiederholt verhaftet. Sie waren Anfang der 70er Jahre schon einmal politische Häftlinge. Bis heute hat noch kein Prozeß stattgefunden.

(nach: Listy-Blätter 1-2 (9) Jahrgang III)

„Für Kritik an Verfassung mindestens ein Jahr Haft"

Diese Meldung stammt aus Südkorea; die BRD ist noch nicht so weit. Hier gibt es bisher „nur" Berufsverbote gegen Leute, deren „Verfassungstreue" (für welche Verfassung denn? – mit Notstandsgesetzen? ohne Notstandsgesetze? für die heutige? für alle zukünftigen?) staatlich nicht festgestellt werden kann. Aber die BRD finanziert in Südkorea: 35 Millionen Mark für Entwicklungsprojekte für die Park-Diktatur (1974: Erlaß verschiedener Notstandsverordnungen, die Kritik am Regime unter strengste Strafe stellen, 1975: offene Unterdrückung der Pressefreiheit selbst bei den größten und angesehensten Tageszeitungen) und hier: 20 Millionen für Bespitzelungen pro Jahr.

nachrichten★magazin

Schah Reza läßt Regimegegner liquidieren.

In der zweiten Aprilhälfte berichteten persische Zeitungen von der Erschießung von neun politischen Gefangenen – „auf der Flucht". Nach offizieller Darstellung hätten während eines Gefangenentransportes zwei der Gefangenen zu fliehen versucht. Daraufhin erschoß man alle neun. Sie alle waren 1969 wegen „kommunistischer Gesinnung und Verschwörung gegen die Monarchie" (eine übliche Anklageformel der iranischen Militärtribunale gegen Regimegegner) zu teilweise lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt worden. Mit allen erdenklichen Folterungen hatten SAVAK-Agenten versucht, die Gefangenen umzudrehen und zur Abgabe öffentlicher Loyalitätserklärungen für das Regime zu zwingen. Schließlich ließ man die Gefangenen verschwinden, so daß bis zur offiziellen Erklärung „auf der Flucht erschossen" niemand außer dem SAVAK über deren Verbleib wußte.

Eine neue Methode, politische Gefangene physisch zu vernichten. Lange Zeit hatte sich das Regime mit den Protesten der Weltöffentlichkeit gegen die durch von keinem anderen Regime der Welt übertroffene Praxis permanenter Hinrichtungen auseinanderzusetzen. Immerhin wurde den politischen Gefangenen in der Vergangenheit noch der Prozeß gemacht, wenn es sich auch meist um militärische Schauprozesse handelte, dessen Urteile schon vorher von Schah Reza Pahlevi festgelegt wurden. Seit einigen Monaten nun gibt es in Persien weder Prozesse noch offizielle Informationen über Hinrichtungen. Politische Gefangene werden heute massenhaft „auf der Flucht" erschossen.

Die bürgerliche Presse schweigt

Sie tut dies insbesondere in der BRD, und zwar seit dem Besuch Willi Brandts beim Schah, seit die Riesengeschäfte über Öl und die Lieferung von Waffen und Rüstungsfabriken eingeleitet wurden. Seither ist die bundesrepublikanische Presse voll von Lobhudelei auf Investitions- und Handelsaussichten. Seither erhält ein orientalischer Despot vom Kaliber Pahlevi mit seiner hinterhältigen, doppelzüngigen Politik, die in geschickter Anbiederei von Petrodollars gegenüber dem westlichen Großkapital und der brutalen Knechtung des persischen Volkes besteht, die Ettikette eines „Freundes des Westens", und „weitsichtigen Mannes des Vorderen Orients".

Persische Studenten besetzten die kaiserlich iranische Botschaft in London

Nachdem die brutale Liquidierung der politischen Gefangenen in der Massenpresse totgeschwiegen wurde, besetzten persische Studenten aus mehreren Ländern die iranische Botschaft in London. Der SAVAK war schon da. Kurz nach der Besetzung wurden alle verhaftet und erst nach mehreren Tagen aus dem Gefängnis Brixton gegen Kaution entlassen. Der Prozeß steht noch bevor.

Berufsverbote in Ungarn.

Seit September 1974 prüfen die Behörden der Bundesrepublik, ob sie dem Soziologen György Pór (geb. 1944) und der Studentin Zsuzsa Körösi (geb. 1950) – eine Kusine des Schriftstellers und Soziologen Miklós Haraszti („Stücklohn", Vorwort: Heinrich Böll, Berlin 1975) – die Erlaubnis zur Einreise in die BRD geben sollen. Beide sowie der Lyriker und Happening-Künstler Tamás Szentjóby wollen Ungarn verlassen, weil sie praktisch Berufsverboten unterliegen.

Mitte Juli 1974 wurde in Budapest Frau Körösi vor einen Universitäts-Disziplinarausschuß gestellt, der beschloß, sie nicht zur Diplomprüfung für das Fach Geschichte und Englisch zuzulassen Vorgeworfen wurde ihr, eine „sich der demographischen Politik Ungarns widersetzende" Kampagne organisiert und Unterschriften gesammelt zu haben. Seit 1956 war in Ungarn ein Abtreibungsgesetz in Kraft, das praktisch für jede Frau die Abtreibung bis zum dritten Monat der Schwangerschaft möglich machte. Im Sommer 1973 häuften sich in der ungarischen Presse Artikel, die das gültige Gesetz angriffen und eine Beschränkung des Abtreibungsrechtes forderten. Im August 1973 formulierten einige junge Ungarinnen eine Petition, in der die Parlamentsabgeordneten aufgefordert wurden, das gültige Gesetz zu verteidigen. Der Brief wurde von 1553 Personen unterzeichnet, unter ihnen Parteimitglieder und etwa 50 Persönlichkeiten des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens. Im Oktober 1973 wurde von der Regierung ein Gesetzes-Erlaß verabschiedet, der für die Mehrheit der betroffenen Frauen die Unterbrechung unerwünschter Schwangerschaften untersagt, – ausgenommen unverheiratete Frauen, Frauen über 35, Frauen ohne Wohnung und Frauen mit drei oder mehr Kindern. Strenge Maßregelungen wie Androhung des Arbeitsplatzverlustes und der Paßverweigerung mußten jene Parteimitglieder erfahren, die den Brief unterzeichnet hatten. Parteisekretär Kádár sprach vor dem ZK der USAP sogar davon, daß dieser Brief Teil oppositioneller Aktivitäten sei, die vor allem auf das Konto von G. Pór gingen (was den Tatsachen nicht entsprach). Diese Worte Kádárs waren Anlaß für die Behörden, Zsuzsa Körösi und ihrem Mann Pór ständigen Repressalien auszusetzen.

György Pór wurde 1966 aufgrund von der Parteilinie abweichender Auffassungen nach dem 7. Semester von der Universität relegiert und 1968 wegen sogenannter „antistaatlicher Aktivitäten" zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Obwohl er nie die Gesetze des Landes verletzt hatte, wurde er diskriminiert und belästigt: z. B. verlor er als soziologischer Mitarbeiter auf Druck von oben mehrfach seinen Arbeitsplatz, obwohl die unmittelbaren Vorgesetzten mit seinen Leistungen zufrieden waren. Seine beiden empirischen soziologischen Umfragen (über die Wirkungen bestimmter Filme auf die Zuschauer ((1972)); über die kulturellen Bedürfnisse junger Facharbeiter ((1974))) wurden ohne Angabe von Gründen vom Innenministerium verboten; ebenso konnten zwei soziologische Anthologien, die er herausgeben wollte, nicht erscheinen. Reisen in sozialistische Länder wurden ihm verboten.

Das Bonner Auswärtige Amt schweigt bis heute zu den Anträgen der beiden politisch verfolgten Ungarn. Die Volksrepublik Ungarn soll mit einer Ausreise einverstanden sein, falls sich ein Land zur Aufnahme der beiden bereit erklärt. Auf eine Einladung nach Frankreich durch die Witwe des Dichters Paul Eluard haben die ungarischen Behörden bis heute nicht reagiert.

Tamás Szentjóby, ungarisch-schweizer Doppel-Staatsbürger, arbeitete als Landvermesser, bevor er wegen seiner künstlerischen Tätigkeit („Happenings") eine psychiatrische Zwangsbehandlung über sich ergehen lassen mußte. Für seine experimentelle Lyrik schenkte ihm sein Förderer, der Lyriker Sándor Weöres, 1970 einen Teil des größten ungarischen Staatspreises. Am 23. Oktober 1974 wurde Szentjóby in Budapest verhaftet; nach zwei Tagen allerdings wieder freigelassen. Ursache der Verhaftung: die Geheimpolizei hatte bei ihm ein von dem Schriftsteller György Konrád und dem Soziologen Iván Szelényi verfaßtes Manuskript „Der Weg der Intelligenz zur Klassenherrschaft" gefunden.

Schon zweimal versuchte Szentjóby Ungarn auf dem Weg über Polen und Jugoslawien zu verlassen: beim Versuch einer legalen Ausreise erkannte die Polizei seinen Schweizer Paß nicht an.

Die Linken in der Krise. Die Krise der Linken.

In einer erstaunlich gleichlaufenden Entwicklung sind seit der Studentenrevolte, in der erstmals die versteinerten Verhältnisse der bis dato wesentlich ungebrochenen Tradition der Arbeiterbewegung zum Tanzen gebracht wurden, kommunistische Intellektuelle (selbst mit stalinistischer Vergangenheit) von einer Kritik am Fehlverhalten der Parteioffiziellen in den westlichen KPen zu einer Option auf das Konzept der autonomen Bewegungen, in den Orthodoxe und Puristen längst von dem Avantgardismus der Massen widerlegt sind, gelangt. So die Repräsentanten von Il Manifesto in Italien, Jean-Paul Sartre in Frankreich (vgl. Rossana Rossanda (Il Manifesto), Über die Dialektik von Bruch und Kontinuität, Ffm. (es) 1975). Zu ihnen ist aufgrund der vergleichsweise großen Bedeutung der österreichischen KP in der Nachkriegszeit – aus der Sicht der BRD – auch Franz Marek zu zählen.

Franz Marek, 1912 geboren, trat 1946 der KPÖ bei, war Zeit seiner Mitgliedschaft im Politbüro der Partei, bis 1968 Chefredakteur des theoretischen Organs „Weg und Ziel", wurde 1969 aufgrund seines Engagements gegen die Sowjet-Okkupation in der CSSR zusammen mit Ernst Fischer aus der KPÖ ausgeschlossen. Buchveröffentlichungen (zusammen mit Ernst Fischer): „Was Marx wirklich sagte", 1968; „Was Lenin wirklich sagte", 1969. Red.

Amerikanische Ökonomen fachsimpeln: Gleicht die Krise einem V, sodaß dem Abstieg ein ebenso jäger Aufstieg folgen wird, oder einem L, sodaß die abrupte Stagflation in eine Stagnation übergehen wird? Oder einem amputierten W, in dem Sinn, daß eine gewisse Erholung einer neuerlichen Rezession weichen wird? Einig scheinen sich wohl alle darin zu sein, daß die Belle Epoque, die schöne Zeit der langjährigen Konjunktur, in der steigende Produktion, enormer Verschleiß und hektischer Erwerb von aufgezwungenen Wohlstandssymbolen den Glanz einer „Konsumgesellschaft" leuchten ließen, zu Ende ist – und Keynes ist kein Prophet mehr. Immer weniger waren die Regierungen imstande, die Inflation in den Griff zu bekommen, und die Energiekrise war das letzte Kopfstückerl, das die trabende Inflation in den Galopp versetzte und die Alternative Inflation oder Arbeitslosigkeit durch eine Kombination beider überwand. Es war kurios, daß der Präsident der USA – mit einem eigenen Abzeichen im Knopfloch – die Inflation als Hauptfeind bezeichnete, um wenige Tage später – diesmal ohne Abzeichen im Knopfloch – dramatisch die Arbeitslosigkeit als das Hauptproblem der USA zu präsentieren. Wir denken an die Worte Lenins 1920, auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale, als er davor warnte, eine Krise schon als ausweglose Katastrophe einzuschätzen, sich aber über jene lustig machte, die diese Krise bloß als „Störung" bezeichneten. Die gegenwärtigen Krisenerscheinungen können gewiß nicht mit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre verglichen werden, weder mit deren Produktionsrückgang bis zu 40 Prozent, noch mit dem Zusammentreffen der Industriekrise mit einer Agrarkrise. Aber immerhin, siebeneinhalb Millionen Arbeitslose in den USA, mehr als eine Million in der Bundesrebublik, 740.000 in England, mehr als 200.000 in Holland, 1,2 Millionen in Frankreich – das sind schon waschechte Krisenerscheinungen, deren politische Aspekte von den fachsimpelnden Ökonomen oft unberücksichtigt bleiben. Hat es den neokolonialistischen Vorstellungen entsprochen, die Entwicklungsländer als billige Rohstofflieferanten - und die Zufuhr billigen Erdöls war ein wesentlicher Faktor der Konjunkturperiode – und wie eine Art Gastarbeiter als Produzenten von Gebrauchsartikeln, die keine hohe Technologie voraussetzen, zu behalten, so hat die Energiekrise eine Art feudalen Finanzkapitals und eine neue Staatsbürokratie als Partner gezeigt, die diese Hoffnungen und Vorstellungen zu sprengen imstande sind. War es die

Bestrebung Washingtons, die kapitalistischen Länder unter der Führung der USA enger zusammenzuführen, so hat der Kampf um die Märkte und um die notwendigen Rohstoffe die Gegensätze und zentrifugalen Kräfte verstärkt, zumal die USA ihre Arbeitslosigkeit in die exportierenden Länder Westeuropas exportierten.

So hat die moralische und politische Krise des kapitalistischen Systems, die ja die Studentenrebellion von 1968/69 ausgelöst hat, in ökonomischen Krisenerscheinungen ihre Ergänzung gefunden und die Autoritätskrise der Institutionen verschärft, die auch von den leidenschaftlichsten Anhängern dieses Systems nicht geleugnet wird, freilich mit der Schlußfolgerung, daß diese Autoritätskrise nur durch eine autoritäre Verstärkung der Autorität überwunden werden könne, durch eine feste Garantie für Gesetz und Ordnung, die mit Kriminalität, Geiselentführungen, Bombenanschlägen ebenso aufräumen soll wie mit Studentendemonstrationen und allzu begehrlichen Gewerkschaften. Fanfani, Strauß, Miß Theatcher denken hier ebenso wie der französische Innenminister Poniatowski, der die Milde der Richter beklagte und das Recht der Polizei unterstrich, in den Kirchen ebenso wie in den Universitäten die Orndung zu sichern. Man muß an die Worte Gramscis denken, daß Militär, Polizei und Bürokratie zu antidemokratischen Maßnahmen, zu autoritären Entscheidungen, ja selbst zum Staatsstreich dann imstande sind, wenn die Schichten, aus denen sie sich vor allem rekrutieren, für diese Stoßrichtung gewonnen wurden.

In einem Zeitpunkt, in dem es der Linken wahrlich nicht an Argumenten fehlt, daß das kapitalistische System anachronistisch und überflüssig geworden ist, ist es ihr größtes Handicap, daß die Länder, in denen eine authentische Revolution stattgefunden hat, keine authetische Alternative bilden. Wir kommen immer wieder auf die Tatsache zurück, daß die politische, moralische und nun auch ökonomische Krise des Kapitalismus mit einer geistigen Krise der Arbeiterbewegung zusammenfällt. Gewiß, es gibt in den osteuropäischen Ländern keine galoppierende Inflation, und darin spiegeln sich Vorzüge einer, wenn auch bürokratisch gelenkten, Plan- und Bedarfswirtschaft. Die Inflation ist nur eine schleichende, manchmal auch eine trabende, wird oft kaschiert, sei es durch neue Markenartikel oder auf andere originelle Weise – wie etwa bei den Straßenbahnen in der CSSR, die ihre Tarife nicht erhöhten, aber von den Konsumenten bei jedem Umsteigen eine neue Karte verlangen; von den freien Preisen auf den Kolchosmärkten in der Sowjetunion ganz zu schweigen, die die Problematik einer Bedarfswirtschaft signalisieren, in der es immer wieder an Bedarfsartikeln zu offiziellen Preisen mangelt. Gewiß, es gibt in diesen Ländern – wenn man von Jugoslawien absieht – keine Arbeitslosigkeit, aber die Durchschnittslöhne sind oft niedriger als die Arbeitslosenunterstützung in manchen westlichen Ländern. Unbestreitbar, es gibt kein Kartell, das Zucker hortet, um die Preise zu steigern, keine Grundstückspekulanten, die den Boden, auf dem gebaut werden soll, unerschwinglich gestalten, trotz aller Schwächen und Mängel fehlt es nicht an Tatbeständen, die die Vorzüge einer nicht auf Profit orientierten Bedarfswirtschaft beweisen – könnten:

Wenn sie nicht mit einem politischen System verbunden wären, das der Alternative jede Attraktivität nimmt, mit einer Repression und einem die Bevölkerung wie ein Netz umschlingenden Staatssicherheitsdienst, mit dem Verzicht auf zahlreiche Freizügigkeiten und mit einer Option des „Produktivismus", die ursprünglich in diesen einst rückständigen Ländern verständlich und legitim war, aber unter der nicht realisierten Losung „Den Kapitalismus einholen und überholen" auch die hierarchischen Strukturen zementiert hat, im Betrieb, in der Schule, in den Ämtern, im öffentlichen Leben, in der Armeee usw. Die Oktoberrevolution, schrieb Gramsci 1926 an Toglatti, hat als Revolution fasziniert, aber das ist bereits eine Sache, die stattgefunden hat; nun kommt es auf die Konstruktion des Sozialismus an. Darunter verstand er, im Sinne von Marx, und auch aufgrund seiner ersten Eindrücke im jungen Sowjetstaat, eine völlige Umwälzung der sozialen Beziehungen, eine neue Art des Denkens und Verhaltens, eines neuen Menschen. Aber die osteuropäischen Staaten vermitteln uns heute in ihren Vertretern nicht den neuen Menschen, den wir vom Sozialismus erwarten, sondern den alten Spießer, den wir vom Kapitalismus her kennen. Das große Ziel, das man der Bevölkerung vorhält, ist die westliche „Konsumgesellschaft", von Chruschtschows „Gulasch-Kommunismus" bis zu Breschnews „Autokommunismus", in einer vulgären und engen Interpretation von Marxens Worten in seiner Kritik zum Gothaer Programm, daß jedem nach seinen Bedürfnissen gegeben werden wird. Ein Moskauer Witz illustriert den Kontrast zwischen der offiziellen Perspektive und der Vision einer kommunistischen Lebensordnung, in der die sozialen Beziehungen revolutioniert sind, die Dominanz von Bürokratie und Exekutive beseitigt ist:

Zwei Armenier verkaufen vor dem Kreml Nüsse und Kürbiskerne. Sie diskutieren darüber, was wohl Kommunismus ist. Der eine entschließt sich, bei Breschnew selbst nachzufragen. Dieser empfängt ihn, führt ihn zum Fenster und zeigt ihm zwei große schwarze Limousinen. Die eine gehört mir, sagt der Generalsekretär, die zweite Kossygin, wenn noch eine dritte hinzukommen wird, die dir gehören wird, so werden wir den Kommunismus haben. Nach diesem Anschauungsunterricht kommt der aufgeklärte Armenier zu seinem Kollegen wieder zurück und berichtet seinem Freund, daß er ihm die erhaltene Auskunft einfacher wiedergeben wolle. Stell dir vor, sagt er, an einem Eck verkaufst du die Nüsse, am anderen Eck ich, wenn Breschnew nun in die Mitte tritt und gleichfalls Nüsse verkauft, dann werden wir den Kommunismus haben.

Es handelt sich bei diesem Witz nicht einfach um einen primitiven Egalitarismus, wie manche einwenden könnten, sondern um die dem elementaren Rechtsempfinden entsprechende Vorstellung von einer Lebensordnung, die die Menschen von der drückenden und erdrückenden Dominanz einer Oberschicht befreit.

Es gehört zur Größe Maos, die Fehloption der osteuropäischen Länder erkannt und für China ein anderes Akkumulationsmodell gewählt zu haben, das die Industrialisierung nicht auf Kosten der Bauern durchführt, beachtliche Versuche unternimmt, um den Unterschied zwischen Stadt und Land, zwischen Intellektuellen und Arbeitern zu überwinden und die Herausbildung einer festen Mandarinenschicht zu verhindern. Gleichzeitig, an der Basis, im Betrieb und vor allem in der Volkskommune, wurden Formen einer direkten Demokratie entwickelt. Was freilich nichts daran ändert, daß lebenswichtige Fragen der Innen- und Außenpolitik im engsten Kreise entschieden werden, wobei die Führer der unterliegenden Fraktion noch im nachhinein nach Stalinschem Vorbild mit unglaubwürdigen Details beschmutzt und verleumdet werden.

So hat die Linke in Westeuropa, angesichts der geistigen Krise der Arbeiterbewegung, allen Grund, die Vorstellungen zu diskutieren, die Gramsci für die westeuropäische Arbeiterbewegung entwickelt hat. Er ging von der Überzeugung aus, daß hier eine Frontalattacke nach dem Vorbild der Oktoberrevolution – und in der Tat schweben vielen linken Gruppen nur die Bilder des Sturms auf die Bastille oder auf den Winterpalast vor Augen – unwahrscheinlich ist; daß man sich hier nicht auf einen Bewegungskrieg, sondern auf den Stellungskrieg einstellen muß, weil die Stärke des Kapitalismus nicht allein in der repressiven Gewalt, sondern auch in dem Konsens von Urteilen und Vorurteilen, Gewohnheiten, Lebensregeln, Traditionen und

Institutionen liegt, sodaß die Arbeiterklasse die Hegemonie in der Gesellschaft nur erringen kann, wenn sie die Schützengräben, die vor der Festung leigen, erobert, wenn in einer „interllektuellen und moralischen Reform" die Auffassungen, die Art des Denkens und des Lebens in breiten Massen revolutioniert werden. Gramsci billigte die Worte des französischen Dichters Barbusse, der 1919 schrieb: „Man muß die alte Welt zerstören und eine neue Welt errichten. Aber dazu ist es notwendig, daß die Menschen an diese Welt glauben und wissen, daß sie errichtet werden muß. Man muß vor allem die Revolution im Denken durchführen, damit eine große Umwälzung die Menschen befreit und diese den meisten als evident und logisch erscheint." Von diesem Standpunkt polemisierte Gramsci auch gegen die Vorstellungen, die Trotzki über die Revolution im Westen entwickelte, aber auch gegen die vereinfachenden Thesen der Kommunistischen Internationale, die im Gefolge der Wirtschaftskrise einen Turnus von Revolutionen erwartete. Nebenbei: Ein Aktionismus, der ohne Rücksicht auf den Bewußtseinsstand der Bevölkerung agiert, ohne Verständnis, das provozierte verstärkte Repression eher Zustimmung als Ablehnung findet, placiert sich außerhalb der Arbeiterbewegung, auch wenn an seiner antikapitalistischen und antiimperialistischen Einstellung kein Zweifel ist. Nicht zufällig reduziert sich seine Dialektik auf komplizierte Vereinfachungen.

In einem Zeitpunkt, in dem bürgerliche Publizisten genüßlich über die Studentenrebellion 1968/69 schreiben und ihr erfreut die relative Ruhe und Ordnung auf den Universitäten gegenüberstellen, ist der Hinweis notwendig, daß diese Rebellion in Wirklichkeit das große Flammenzeichen war, das die Brüchigkeit einer Lebensordnung beleuchtete. Daß sie ohne große unmittelbare Folgen blieb, dafür trägt die Arbeiterbewegung die Verantwortung, die nicht fähig und nicht willens war, dieser Empörung die notwendige Rückendeckung zu geben. Wenn Marx im Aufkommen der Aktiengesellschaften, in der Trennung von Besitz und Leitung im Betrieb, den wachsenden gesellschaftlichen Charakter der Produktion und den Anachronismus der kapitalistischen Produktion erkannte, so fehlt es in unserer Zeit nicht an Zeichen, Errungenschaften und Konzessionen, durch die, wie bei einem Fenster, die neue Lebensordnung hineinscheint. In allen möglichen Formen – verzerrt und pervertiert und vor allem integriert – meldet sich der Gedanke der Arbeiterkontrolle, der einfache Gedanke, daß dort, wo die meisten Menschen den Großteil ihres bewußten Lebens verbringen, noch keine Demokratie herrscht, von der Kontrolle des Arbeitsprozesses in italienischen Betrieben bis zu den kläglichen Praktiken der Mitbestimmung. Nur eine Überwindung der Profitwirtschaft kann der Selbstverwaltung zum Durchbruch verhelfen. In allen möglichen Formen – verzerrt und pervertiert und vor allem integriert –, im Bildungsurlaub, in egalitären Lohnforderungen, meldet sich der Gedanke an, daß die Trennung von Arbeit und Schule die hierarchischen Strukturen festigt, sodaß gerade aufgrund der technischen Umwälzungen der Widerstand gegen diese Gliederung der Gesellschaft zum Durchbruch kommt. Erst die Überwindung der Profitwirtschaft schafft die Voraussetzungen für die Realisierung des Modeworts der Chancengleichheit. In allen möglichen Formen, auf den Universitäten, in Frauenbewegungen –verzerrt und pervertiert und vor allem integriert–, werden Tabus gebrochen und Grundsätze einer Lebensweise verkündet, die erst nach der Überwindung der Profitwirtschaft voll realisiert werden können – aber nicht müssen – und von der erwartet wird, daß man nicht nur besser lebt, sondern auch anders lebt. Es ist gewiß ein Unterschied, ob manche Zielsetzungen im Kampf errungen oder sozialpartnerschaftlich ausgehandelt werden, aber die Bedürfnisse nach einer neuen Lebensordnung, das Bewußtsein ihrer Notwendigkeit, kommt in den verschiedensten Formen und auf den verschiedensten Gebieten zum Ausdruck, als Elemente jener „intellektuellen und moralischen Reform", die Gramsci für die Revolution in westeuropäischen Ländern als unbedingte Voraussetzungen wertete, die freilich angesichts der Wucht der Medienfabriken unserer Zeit in mancher Hinsicht schwieriger zu schaffen sind als zur Zeit Gramscis.

Für diese große Bewußtseinsänderung, die natürlich dort vor allem vor sich gehen wird, wo sie schon jetzt mit Kämpfen und erkämpften Erfolgen angestrebt wird, wirken die verschiedensten Kräfte: die revolutionären Sozialisten in den traditionellen Arbeiterorganisationen; außerparlamentarische linke Gruppen, die in manchen Ländern bereits eine heilsame Funktion als Pressure-groups ausüben; die verschiedenen Tendenzen der Studenten- und Frauenbewegungen: Arbeitskreise, Diskussionskonferenzen und Zeitschriften, unentbehrlich als Produzenten von Ideen und Anregungen, als Laboratorien von Überlegungen und Schlußfolgerungen, deren Existenz allein die beste Antwort auf die oft gestellte Frage ist, wo eigentlich bei aller Kritik an den bisherigen sozialistischen Experimenten das Positive bleibt. Auch das Nebeneinander und Gegeneinander verschiedener Gruppen und Tendenzen nimmt eine neue Lebensordnung vorweg, von der es unwahrscheinlich ist, daß ihr eine führende Partei das Gepräge geben wird. Es fehlt gewiß nicht an Gruppen und Parteien, die diesen Anspurch auf das Monopol der Führung und des Rechts auf Irrtum erheben, aber auch nicht an Erfahrungen mit führenden Parteien,die mit Berufung auf ihre erzieherische Funktion zu repressiven Apparaten degradierten, sodaß im allgemeinen kein großes Bedürfnis besteht, von ihnen geführt zu werden. Manche Schwierigkeiten der linken Kräfte in Frankreich und Portugal sind auf den antiquierten Anspruch zurückzuführen, und kommunistische Parteien, die sich in ihren programmatischen Erklärungen zum Pluralismus beim Aufbau des Sozialismus bekennen, werden unglaubwürdig, wenn sie schon beim Kampf gegen den Kapitalismus den Pluralismus nur als Variante ihrer Führung akzeptieren.

Aber wie ist dann überhaupt eine sozialistische Perspektive möglich, angesichts der vielen Gruppen und Parteien der Linken, die gegeneinander wirken? Und wie kann jene große Bewußtseinsänderung erwirkt werden, angesichts der geballten Macht der Medienkonzerne unserer Zeit? Um die Welt zu verändern, sagte Gramsci, muß man sie erkennen. Und weil sie so ist, wie sie ist, „groß und schrecklich", übernahm Gramsci das Wort Romain Rollands: Pessimismus des Verstands, Optimismus des Wollens.

Franz Marek

Der Abdruck des vorliegenden Artikels aus der April-Nummer des „Wiener Tagebuch" erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

Wer die Götter nicht nur liebt,
sondern auch neckt. Wen ihr Standbild zum
Halt verlockt. Wer so l'art pour l'art
in Engagement verwandelt.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.

Die Echten aus Frankreich. Würzig
und unverwechselbar im Tabak.

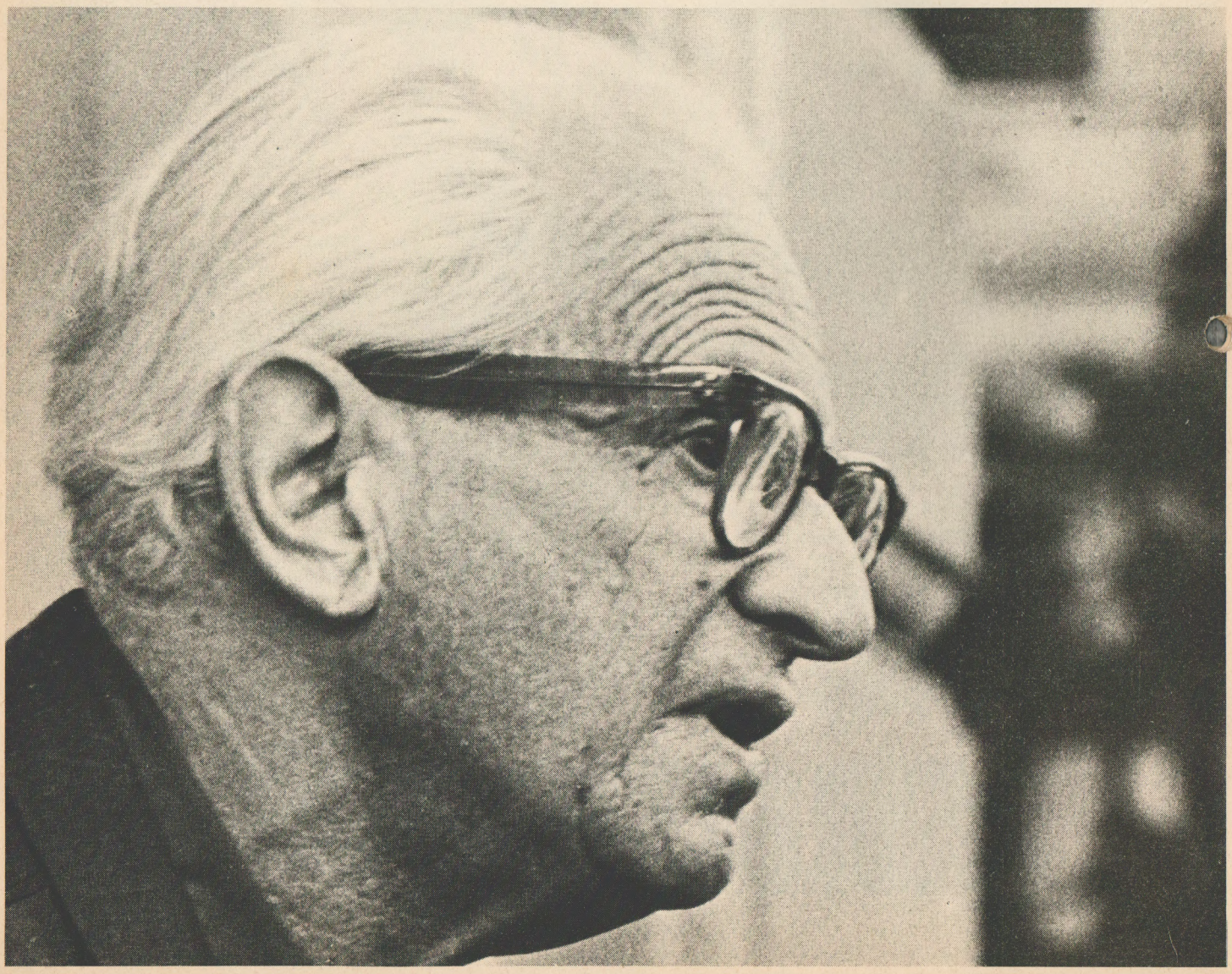
GAULOISES

Die Echten
aus Frankreich

GL 506

HERBERT MARCUSE: BEMERKUNGEN ZUM VERHÄLTNIS VON THEORIE UND PRAXIS.

Vortrag in der Universität Frankfurt am 28.6.1974



Ich hoffe, daß Ihr Beifall Rudi Dutschke gilt, der heute hier mit uns ist.

Beifall

Ich gehe in meinen Bemerkungen von einer der Grundthesen des Instituts aus, nämlich, daß es keine unmittelbare Einheit von Theorie und Praxis gibt und geben kann. Würde es eine solche unmittelbare Einheit geben, dann würden Theorie und Strategie zusammenfallen. Das können sie nie. Das ist [illegible] Einheit von Theorie und Praxis. Keine Einheit von Theorie und Praxis, aber Spannung und vielleicht sogar Konflikt, und Spannung und Konflikt mit der Praxis liegen im Wesen der Theorie selbst, denn die Theorie hat einen antizipierenden, kritischen Charakter, sie bestimmt das Allgemeine im Besonderen, und ihre Begriffe, als dialektische begriffen, begreifen Tendenzen, die in der Praxis abgebogen oder verstellt werden können. Andererseits hat die Theorie ihre unabdingbare empirische Basis. Die von der Theorie begriffenen revolutionären Kräfte müssen in der gegebenen Gesellschaft existieren, müssen in der gegebenen Gesellschaft aufweisbar sein. Je weniger dies der Fall ist, je weniger revolutionäre Kräfte in der bestehenden Gesellschaft aufweisbar sind, desto abstrakter der Charakter der Theorie.

Zwischenrufe: Übertragen! – Eine Übertragung in den Hörsaal 5 ist technisch nicht mehr möglich

Ich wiederhole: je weniger in der gegebenen Gesellschaft revolutionäre Kräfte aufweisbar scheinen, desto abstrakter der Charakter der Theorie. Aber diese Abstraktheit macht die Theorie nicht zur bloßen Ideologie, zum falschen Bewußtsein. Solange, als die scheinbare oder wirkliche Abwesenheit revolutionärer Kräfte in der theoretischen Analyse der Gesellschaft selbst begründet, daß diese Abwesenheit antizipiert werden kann, daß die Theorie die Abwesenheit revolutionärer Kräfte aus ihren Begriffen selbst ableiten kann. Die theoretische Analyse, und ich glaube, ich brauche es nicht hier nicht zu sagen, unter Theorie verstehe ich die Marxsche Theorie, unter Praxis die radikale Praxis der Veränderung der Welt, die theoretische Analyse unterscheidet, entsprechend der dialektischen Struktur der Gesellschaft, Grundtendenz und Gegentendenzen, und zwar so, daß die Gegentendenzen aus der Grundtendenz ableitbar sein müssen und nicht von außen der Theorie hinzugeführt oder ex post an die Theorie angepaßt werden.

Was ist die Grundtendenz? Die Grundtendenz ist die innere Dynamik des Kapitalismus, die zum Zusammenbruch treibt, trotz und in den Gegentendenzen wie Imperialismus, Neokolonialismus, Faschismus, Monokapitalismus und so weiter. Diese dialektische Struktur ist wirksam nicht nur in den objektiven Bedingungen der Veränderung, sondern auch im Subjekt der Veränderung selbst, nämlich in der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern heute nicht revolutionär, und zwar nicht nur in dem Sinn der sozusagen normalen temporären Abwesenheit eines revolutionären Bewußtseins, sondern auch in dem Grad der Integrierung ihrer Bedürfnisse und ihrer Aspirationen. Mit anderen Worten: die Arbeiterklasse ist in ihrer Majorität in den höchstentwikkelten kapitalistischen Ländern nicht mehr die bestimmte Negation des Beste enden, als die Marx sie angesprochen hat. Nun, die schematische Formel „an sich" und „für sich" revolutionär ist nicht mehr zureichend, heute, die Entwicklung revolutionären Bewußtseins ist mit diesen Formeln nicht mehr zu treffen. Die Entwicklung revolutionären Bewußtseins ist eine Dimension des gesellschaftlichen Seins, und es ist das gesellschaftliche Sein, das im Spätkapitalismus die Veränderung des Bewußtseins blockiert. Vom laissez-faire zum Monopolkapitalismus bleibt die Grundtendenz herrschend, bleibt die Arbeiterklasse das gesellschaftliche Subjekt der radikalen Veränderung, aber diese Klasse ist nicht mehr das Marxsche Proletarait, obgleich sie „als Klasse" das Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung bleibt.

Diese Klasse ist nicht mehr das Marxsche Proletariat, und zwar nicht nur in dem Sinn der Überholung der Verelendungstheorie, auch der relativen, sondern auch in der Zusammensetzung, in der gesellschaftlichen Funktion der Arbeiterklasse. Ich kann nur einige Hinweise geben, was die verschiedene Zusammensetzung betrifft: der wachsende Anteil von white-collar-Angestellten, die Einbeziehung großer Schichten der Mittelklassen in die Arbeiterklasse, der wachsende Anteil intellektueller Arbeit, auch im Produktionsprozeß, und die ständig wachsende Produktion von Dienstleistungen anstelle von Gütern. Und als Folge dieser Tendenz nicht Proletarisierung, sondern Verbürgerlichung auf relativ hohem Lebensniveau. Nicht Politisierung entsprechend der Vorherrschaft systemimmanenter Bedürfnisse auch in der Arbeiterklasse. Das ist die Folge der Integrierung, die den Spätkapitalismus zur temporären Stabilisierung führt, und ich deute ganz kurz die verschiedenen Schichten dieser Integrierung hier an. Möchte noch einmal betonen, ich spreche von den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern, und *nur* von diesen. Eine weitgehende Befriedigung und die Reproduktion systemerhaltender Bedürfnisse. Eine intensive und extensive Kontrolle in allen Dimensionen der Existenz. Die ungeheure Konzentration und Perfektion der Gewalt in dem herrschenden Machtapparat. Die Schwächung und Isolierung der radikalen Linken in der Ritualisierung und Verdinglichung dialektischer Begriffe.

Theorie und Praxis wird in dieser Situation konfrontiert mit der Aufgabe, diese integrierte und integrierende Totalität aufzusprengen, um das in dieser Gesellschaft enthaltene und verwaltete revolutionäre Potential freizusetzen. In dieser Aufgabe kann sich die Theorie im Anfang auf keine revolutionären Massen stützen. Die in den großen sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gewerkschaften organisierten Massen sind ihrer Majorität reformistisch, und in den kapitalistischen Metropolen installiert sich die Gegenrevolution, die präventive Gegenrevolution immer effektiver. Resultat: der Konflikt zwischen Theorie und Tatsachen ist fundamentaler heute als der in der Theorie inhärente Konflikt, weil dieser Konflikt das gesellschaftliche Subjekt der Veränderung selbst infrage stellt. Diese Spannung modifiziert nun die Beziehung von Theorie und Praxis. Einseits scheint die Theorie die traditionelle Verbundenheit mit der Praxis zu suspendieren in der Neubestimmung dieser Begriffe, der subjektiven und objektiven Bedingungen, und das erscheint als die Regression der Theorie zur Philosophie. Interpretation der Welt wieder als Vorbedingung ihrer Veränderung. Gleichzeitig sollte die Theorie heute die

relative Eigenständigkeit der Praxis anerkennen. Die Theorie bleibt der Möglichkeit offen, daß sich in der Praxis selbst bisher nicht entwickelte Elemente und Aspekte der Theorie zeigen, deren Entwicklung die Theorie wieder zum Leitfaden der Praxis machen kann. Ich glaube, daß die Aspekte und Elemente der Theorie, die heute der Neubestimmung bedürfen, besonders die folgenden sind.

1. Die Reproduktion des Bestehenden in und durch die Individuen selbst, die die Opfer des Bestehenden sind. 2. Die Motive und Möglichkeiten einer Revolution im 20. Jahrhundert in den höchstentwickelten Industrieländern und 3. die neuen Formen des Übergangs zum Sozialismus und die Neubestimmungen des Sozialismus selbst, die sich auf dieser Stufe der Entwicklung ankündigen.

Ein paar Bemerkungen zu jedem dieser drei Titel. Die Einordnung der Tiefenpsychologie in den Marxismus ist kein Rückfall in ideologische Interpretation, denn der Spätkapitalismus hat die Relation Basis und Überbau verändert, und das meint nicht Ende der Ideologie, sondern im Gegenteil: Institutionalisierung und im wirklichen Sinne Verkörperung der Ideologie im alltäglichen Verhalten, Funktionieren der Gesellschaft und der Individuen, besonders natürlich durch das immer besser sich ausbildende ‚management of the mind', gesteuerter technischer Fortschritt und gesteuerte Bedürfnisbefriedigung, mobilisieren die Triebstruktur der Individuen für die Reproduktion des Bestehenden.

Zweitens: Technischer Fortschritt, steigende Produktivität der Arbeit und Intensivierung der Ausbeutung haben zu geschichtlich neuen, alle traditionellen Begriffe übersteigenden Möglichkeiten der Befreiung geführt.
Zwischenrufe: Rausgehen! Campus! Marcuse: Ich schlage vor, daß die, die auf den Campus gehen wollen, es jetzt tun, die anderen bleiben hier, und ich komm nachher runter. Okay? Ich komm nachher runter, ich versprech es. Ich kann nicht ohne Mikrophon reden, ich kann runterkommen und mit kleinen Gruppen dort reden. Etwas Rücksicht sollte man auch auf der Linken verlangen können.

Ich habe gesagt, daß der technische Fortschritt, die steigende Produktivität der Arbeit und intensivierte Ausbeutung zu geschichtlich neuen, alle traditionellen Begriffe übersteigenden Möglichkeiten der Befreiung geführt haben, die in allen Dimensionen des Systems blockiert, verstellt und systemgesteuert werden. Diese Möglichkeiten deuten an die Überwindung des Leistungsprinzips und seiner Ablösung durch ein qualitativ verschiedenes Realitätsprinzip, begründet in nicht-entfremdeter Arbeit und nicht-entfremdeter Lust und Emanzipation der Sinnlichkeit, der Einbildungskraft und der Vernunft und der radikalen Rekonstruktion der Gesellschaft. Es ist heute die Aufgabe der Theorie, diese Möglichkeiten von ihrem utopischen Schleier zu befreien und sie als mögliche Praxis zu definieren. Diese Aufgabe hat heute ihre materielle gesellschaftliche Basis. Die spätkapitalistische Produktion erzeugt Tendenzen, die die Blockierung der Befreiung nicht nur unterminieren, sondern die Befreiung selbst fördern, das Bestehende zu sprengen drohen. Diese Tendenzen finden ihren Ausdruck in der dem Spätkapitalismus eigenen Dynamik, eine Abwandlung der klassischen Zusammenbruchstheorie, selbst die Konsequenz der neuen Stufe der politisch-ökonomischen Entwicklung. Ich werde jetzt versuchen, diese, meiner Meinung nach dem Spätkapitalismus eigene, Dynamik so kurz wie möglich zu formulieren. In den höchstentwickelten kapitalistischen Staaten hat die Befriedigung der vitalen materiellen und kulturellen Bedürfnisse und die Saturierung des Marktes den Spätkapitalismus gezwungen, auf erweiterter Stufenleiter sogenannte Luxusgüter und Dienste zu produzieren, d.h. Güter und Dienste für ein Reich der Freiheit jenseits der Arbeitswelt. Damit aber erzeugt der Kapitalismus dauernd Bedürfnisse, muß er dauernd Bedürfnisse erzeugen, die er nicht erfüllen kann, vor allem das Bedürfnis nach Abschaffung der Arbeit als Lebensfron. Aber der Kapitalismus ist abhängig von der Reproduktion und Intensivierung der ausgebeuteten Arbeit; die Luxusgüter, das kapitalistische Reich der steigenden Befriedigung und der Lust sind Waren, die gekauft und verkauft werden müssen, sind Tauschwerte. So transformiert der Spätkapitalismus das Reich der Freiheit, das er selbst provoziert und erscheinen läßt, in ein Reich der Notwendigkeit. Die Arbeit für Luxusgüter außerhalb der Arbeitswelt, die Arbeit für Abschaffung der ausgebeuteten Arbeit wird zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Das ist der Grundwiderspruch des Spätkapitalismus, das Schema der sogenannten ‚revolution impossible', unmögliche, wo sie nicht im materiellen Elend begründet ist, wenn, dann in der sogenannten ‚Gesellschaft im Überfluß'. Aber diese Gesellschaft im Überfluß ist jetzt in ihren ökonomischen Grundlagen erschüttert. Der zur Reproduktion des Spätkapitalismus erforderliche Wohlstand ist aufs äußerste bedroht, bedroht durch die dem System immanente Inflation, die die Armut wieder bringt und den Klassenkampf verschärft, besonders sichtbar heute in Italien, England und Frankreich, bedroht durch die Intensivierung der interkapitalistischen Konkurrenz, bedroht durch den Raubbau, den zunehmenden Mangel an den zur Erhaltung des materiellen Wohlstands verbrauchten Rohstoffen und Energiequellen und bedroht durch die wachsende ökonomische und politische Machtstellung der diese Rohstoffe und Energien liefernden Entwicklungsländer. Die unüberschreitbare Grenze des Imperialismus und Kolonialismus scheint in der Nähe zu liegen. Die Bedrohung von außen verschärft den inneren Widerspruch. Das System als Ganzes ist jetzt in Frage gestellt, auch und gerade in seinen positiven Errungenschaften, seiner Naturbeherrschung, seiner Produktivität. Und die Alternative erscheint als die Möglichkeit einer radikal anderen Lebensform, die schwer in das traditionelle Schema des Überbaus zum Sozialismus und des Sozialismus selbst zu passen scheint. Wenn es nun die Aufgabe der Theorie ist, diese neuen Möglichkeiten als Möglichkeiten der Praxis sichtbar zu machen, dann bedeutet das, heute auch die Praxis neu zu begreifen, ihren Begriff aus einem geschichtlich überholten Schema herauszulösen. Heute hat die Praxis der radikalen Veränderung in sich selbst ein antiautoritäres, libertäres Element. Spontan, aber subjektiver Ausdruck der Revolte, die auch die traditionellen Formen der Organisation infrage stellen, als der Größe der möglichen Veränderung nicht mehr gerecht. Aber diese Spontanität, diese Subjektivität bleibt wirkungslos, wenn sie nicht die ihr eigenen neuen Formen der Organisation findet, ein Gegenstand, der zu diskutieren für euch eine der dringendsten Aufga-

ben ist. Keine Spontanität ohne Organisation, keine wirksame ohne Spontanität.

Beifall

Die Revolte gegen den Spätkapitalismus tendiert heute zu einer Totalisierung der ökonomisch-politischen Forderungen, zu dem, was man eine westliche Kulturrevolution nennen könnte. Sie enthält eine Umwertung der Werte, vom Leistungsprinzip zum Lebensprinzip, von der entfremdeten und ausgebeuteten zur schöpferischen Arbeit, von der Naturbeherrschung zur Kooperation, von der Repression zur Autonomie. Diese Umwertung erscheint in den gegenwärtigen Folgen der Revolte, die die Keime einer Gegengesellschaft, einer Parallelgesellschaft in der bestehenden darstellen und sich in allen Dimensionen dieser Gesellschaft finden, aber noch nicht den Boden für ihre politische Vereinigung und Generalisierung gefunden haben. Beispiele: in den Fabriken der Kampf nicht nur gegen die herrschenden Arbeitsbedingungen, sondern die ganze hierarchische Organisation der Arbeit selbst, gegen den Job. In den Schulen und Universitäten nicht gegen das Lernen, sondern für neues Lernen, nicht gegen die Soziologie, sondern gegen die Marktsoziologie, nicht gegen die Geschichte, sondern gegen die unterdrückte Geschichte (Sprachnachlässigkeit: es muß heißen ‚für die unterdrückte Geschichte'). In der Frauenbewegung gegen die patriarchalischen Wurzeln der Ausbeutung, Ungleichheit und Aggression, in den Kommunen das Experimentieren mit den Möglichkeiten nichtverdinglichter Beziehungen zwischen den Geschlechtern, zwischen den Generationen, zwischen Mensch und Natur. Hier sind die Anfänge einer neuen Verbindung von Theorie und Praxis. In der Praxis sind Formen der Revolte entstanden, die in die Theorie hineingenommen werden müssen, auch und gerade dort, wo sie den traditionellen Begriffen wie zu widersprechen scheinen, wo sie auch außerhalb der Arbeiterklasse ihren Ausdruck finden, wo sie noch keine Massenbasis haben, wo sie mehrere Gestalten der Desintegrierung des Kapitalismus ankündigen. Nämlich diese neueren Möglichkeiten der Desintegrierung des Kapitalismus sind die eines dezentralisierten Verfalls als Folge einer dezentralisiert organisierten Praxis. Zum Beispiel: Ausbrechen einzelner Produktions- und Distributionseinheiten, Fabriken, Industriezweige, monopolistische Verkaufsbetriebe aus dem System. Örtliche und regionale Selbstverwaltung, progressive Funktionsunfähigkeit des Systems selbst. Im Begreifen solcher Tendenzen konkretisiert sich die Theo-

Rotbuch Verlag:

Rotbuch 128: Pellizzi, Mali+Werner Bernie der Milliardenflipper

Ein tragischer Comix aus der Hochfinanz.

»»Hart wie James Bond, flink wie ein Jaguar, zäh wie Adenauer! Das ist der IOS-Berater.‹ Solche Sprüche klopfen Pellizzis Comic-Figuren in diesem irren Reißer aus der heißkalten Finanzwelt. Zum Schießen, das Auf und Ab des Bernie Cornfeld! Mit so bekannten Figuren wie Dr. Marx, Papst Paul, Erich Mende und Zahnarzt Lieblich. Nebenher gibt's Ökonomie-Kunde.« (ran 1/1975)

96 Comic-Seiten. DM 8.–

Rotbuch 129: Preobrashenskij UdSSR 1975

Ein Rückblick in die Zukunft. Mit zwei Beiträgen von B. Rabehl.

Preobrashenskij beschreibt 1921 die Grundlagen der Industrialisierung der UdSSR und ihre Entwicklung als Utopie bis 1975. Rabehl geht auf die aktuelle Diskussion ein: Ist die UdSSR eine »sozialistische Gesellschaft« oder entsteht eine neue Herrschaftsform, der »Sozialimperialismus«?

160 Seiten. DM 8.– (im Abo: 7.–)

Rotbuch 130: Miklós Haraszti Stücklohn

Vorwort von Heinrich Böll.

Haraszti arbeitete in einer Budapester Traktorenfabrik an der Fräsmaschine. Er berichtet über den Stücklohn, der die Arbeiter »dafür bestraft, daß sie Menschen sind«, über Bedingungen und Auswirkungen des Leistungslohnsystems, das die Kluft zwischen den Arbeitern und »denen da oben« vertieft. Haraszti benennt im Detail den Widerspruch zwischen z. T. frühkapitalistischen Arbeitsverhältnissen und sozialistischen Parolen; er beschreibt die Haltung derer, die den Sozialismus wollen, aber täglich von Leistungsdruck und Bürokratie beschädigt werden.

120 Seiten. DM 7.–

Authentische Fabrikreportage aus einem sozialistischen Land

Rotbuch 131: Henning Kuhlmann Klassengemeinschaft

Über Hauptschüler und Hauptschullehrer und den Versuch herauszufinden, wann Schule Spaß machen könnte.

Kuhlmann ist Lehrer an einer Berliner Hauptschule. Sein Buch ist nun weder ein Rezept für »richtiges« Lehrerverhalten noch die Dokumentation eines gradlinigen Erfolgsmarsches. Seine Stärke liegt vielmehr darin, daß Erfahrungen, Enttäuschungen und Fehler reflektiert werden und daß dem linken Lehrer Mut gemacht wird.

120 Seiten. DM 7.– (im Abo: 6.–)

Rotbuch 132: Peter Paul Zahl Schutzimpfung

Gedichte.

In seinen Gedichten beschreibt Zahl die deutschen Zustände, den kapitalistischen Alltag als permanenten Bürgerkrieg: vor der Stempeluhr und in Wartezimmern, in den Sprüchen der Kapitalvertreter und Meinungsmacher, in den Schulen und Trabantenstädten und im Knast.

72 Seiten. DM 6.–

Rotbuch 133: Kurt Brandis Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie

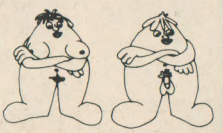
Die SPD bis zum Fall der Sozialistengesetze.

1975 gibt es einen denkwürdigen Geburtstag zu feiern: die SPD, 1875 in Gotha gegründet, wird 100 Jahre alt. Brandis Analyse untersucht die Wurzeln ihrer Entwicklung. Er belegt, daß es in der SPD zu keiner Zeit prinzipiell politische, sondern immer nur taktische Auseinandersetzungen gab.

120 Seiten. DM 7.– (im Abo: 6.–)

Rotkehlchen 2: Rote Grütze darüber spricht man nicht!

Vom Kindermachen und Kinderkriegen, vom Liebhaben und Schämen und was noch alles vorkommt. Eine Schallplatte für Kinder.



Die Rote Grütze zeigt – gemeinsam mit den Kindern –, wie lustig, wie normal und zartlich es sich über Sexualität reden läßt. Wie leicht und doch genau alle Kinderfragen zur Sexualität beantwortet werden konnen. Statt Krampf und Schamhaftigkeit, statt Sexual»erziehung« entsteht in einer Folge von Szenen, Mitspielsituationen, Gesprachen, Liedern und Improvisationen eine Atmosphare von Lust an Kommunikation, von Sinnlichkeit und Spaß.

Mit beiliegendem Textplakat.

LP 33 UpM DM 15.–

★ **Das kleine Rotbuch anfordern!** Sie erhalten es **kostenlos!** 64 Seiten mit Texten zu und aus den Rotbüchern/Kursbüchern, Fotos, Comics. Informationen über den Verlag und unsere kollektive Arbeit sowie ein vollständiges Bücherverzeichnis. ★

Rotbuch Verlag 1 Berlin 30 Potsdamer 98

rie, im Einklang mit den Strukturwandlungen des Spätkapitalismus und im Gegensatz zu seiner materiellen und intellektuellen Kultur. Die Theorie konkretisiert sich auch in der intellektuellen Kultur. Wenn und wo die Ideologie selbst, die Vernunft selbst zu Herrschaftsmitteln werden, die von den individuellen reproduziert werden, dann ist die Notwendigkeit gegeben, einer Gegenpsychologie, einer Gegensoziologie, einer Gegenerziehung, einer Gegenvernunft. D.h. im Widerspruch zur kapitalistischen Verschmelzung von intellektueller und materieller Kultur, von Vernunft und Ideologie, Befreiung der intellektuellen Arbeit für die ihr eigene Autonomie, nämlich als Intelligenz im Widerspruch. Diese theoretische Arbeit kann nicht die Weltanschauung, die Sprache, die unmittelbaren Bedürfnisse einer besonderen Klasse als verbindliches Medium der Kommunikation, als vorgegebene Kriterien der Analyse akzeptieren. Vorgegeben ist allein die bestehende Gesellschaft und die in ihr demonstrierbaren Tendenzen, und die kritische Analyse dieser Totalität kann auch vor der Arbeiterklasse nicht haltmachen, sie hat keine theoretische Immunität. Sonst besteht die Gefahr einer Verdinglichung der Begriffe, Klasse, Volk und so weiter. Lassen Sie mich diese Gefahr eines zeigen, der es besser gewußt hat, am Beispiel von Bert Brecht. Er schreibt, in seiner Polemik mit Lukacs, ich zitiere nach dem Gedächtnis: Das Volk ist der einzige Verbündete gegen die wachsende Barbarei. Daher ist es klar, daß man sich an das Volk wenden muß, und noch notwendiger ist es, seine Sprache zu sprechen. Und ebenso Sartre, ich zitiere: „Der Intellektuelle muß seinen Platz im Volk einnehmen, ein Platz, der ihn dort erwartet." Aber in der Metropole des Spätkapitalismus hat das Volk in großen Teilen Nixon gewählt, hat bis zuletzt den Krieg in Vietnam unterstützt, es haßt alles, was radikal ist, und seine Sprache,seine Weltanschauung reflektieren diese Haltung. Der Bruch mit ihr setzt voraus, daß sie diese Sprache und Begriffe verlernen, daß sie eine neue Sprache sprechen, daß sie aufhören – und wieder beziehe ich mich auf Brecht – daß sie aufhören. „die Innerlichkeit, seelische Zustände als etwas zu betrachten, von dem sie nichts wissen wollen." Ich glaube immer noch nicht, daß die Seele eine finstere bürgerliche Erfindung ist. Die praktische Arbeit, politische Aufklärung ist das Gegenteil von Popularisierung, und Brecht selbst wußte es, wenn er schreibt, in demselben Aufsatz, aus dem ich zitiert habe: „Politische Arbeit ist Arbeit mit dem Teil des Volkes, der Geschichte macht, der die Welt verändert und sich selbst." Gewiß kann die Praxis die Theorie überholen. Besondere Aktionen können Aspekte der Radikalisierung der Bewußtseinsentwicklung eröffnen, die in der Theorie nur eine marginale Stelle hatten, abstrakt geblieben sind. Dann konkretisiert sich die Theorie in der Praxis, oder vielmehr die Praxis konkretisiert die Theorie und erzwingt eine Neuabstimmung der Begriffe, die ihrerseits auf die Praxis zurückwirken.

Zwei sehr disparate Beispiele: das erste die Ereignisse von LIP, die Besetzung der französischen Uhrenfabrik durch die Arbeiter, die dann selbst die Produktion und Distribution organisiert haben und für Wochen durchgehalten haben. Hier finden wir die Idee des sogenannten ‚socialisme autogestionaire', selbstverwaltender Sozialismus, eine Idee, die mindestens seit Gramsci ein wichtiger Begriff des Übergangs zum Sozialismus war, eine Korrektur des klassischen Begriffs der Machtergreifung und der Organisation. Die Erfahrung von LIP hat nun die Theorie vor neue Aufgaben gestellt. Das Problem reformistischer oder revolutionärer Charakter der Selbstverwaltung, das Problem des Absorbierungspotentials des Spätkapitalismus, die Notwendigkeit und Grenzen der direkten Demokratie. Als zweites Beispiel für diese Wechselwirkung von Theorie und Praxis die Frauenbewegung. In der marxistischen Theorie nur als Punkt in der Plattform für sozialistische Gleichberechtigung. In der Praxis kann diese Bewegung mobilisieren politische und psychische Kräfte, die dem Kampf für die Veränderung der Welt eine neue Tiefendimension geben.

Abschließend einige Bemerkungen über die Rolleder Intellektuellen in dieser Periode. Die sich im Spätkapitalismus verschärfende Spannung zwischen Theorie und Praxis und die der Theorie inhärente Abstraktheit hat auf der Linken zu einem fatalen Antiintellektualismus geführt, zu einer fatalen masochistischen Selbstabdankung des Intellekts.

Beifall

Fatal, weil gerade in dieser Periode der vorbereitende und aufklärende Charakter der radikalen Bewegung und die neuen Formen und Forderungen der Praxis immer dringender der kritischen Analyse bedürfen. Aber diese notwendige Autonomie der theoretischen Arbeit rechtfertigt nicht die Neutralität des Intellektuellen gegenüber Aktionen, die den Protest gegen das Bestehende konkretisieren, die die Basis des Protests erweitern können, ohne schon in der Theorie ihre Stelle zu haben. Mehr, die Praxis kann die gegebene Stufe der Theorie nicht nur überholen, es gibt im geschichtlichen Raum der Revolution auch so etwas wie eine theorielose Praxis, es gibt Situationen, es gibt ganze Perioden, wo die Praxis keiner Theorie zu bedürfen scheint, weil es keine wirkliche Alternative zu geben scheint, zum Beispiel in Ländern, wo der Terror zum Schutz des Bestehenden so gründlich und so alltäglich funktioniert, daß jede Massenaktion unmöglich ist, kollektiver Selbstmord wäre, wie in einigen südamerikanischen Ländern. Aber in einer gegenrevolutionären Periode kann sich die Praxis auch in nichtterroristischen Staaten verselbständigen, unter Bedingungen besonders wirksamer Integrierung und besonders wirksamer Stabilität des Bestehenden. In jedem Fall: im geschichtlichen Raum der Revolution, und nur in diesem Raum, ist theorielose Praxis oft Ausdruck militanter Verzweiflung, einer militanten Verzweiflung, die notwendiges Element jeder geschichtlichen Revolution ist, auch der nicht vom materiellen Elend getriebenen. Notwendiges Element, aber nicht zu erreichendes, und in Isolierung selbstzerstörerisch. Die isolierte, minoritäre Aktion bedarf zu ihrer Verallgemeinerung ihrer eigenen Kritik,und diese führt auf die Theorie zurück.

Zum Schluß: Nicht aus der theorielosen Praxis, sondern aus der Theorie der Praxis kommt ihr die Hoffnung, die Verzweiflung erst zur verändernden Kraft werden läßt, nämlich das Wissen, daß die Menschen doch unter gegebenen Bedingungen ihre eigene Geschichte machen, selbst die verwalteten Menschen, das Wissen, daß die Menschen und die Welt verändert werden können. Diese, in der kritischen Analyse des Kapitalismus begründete, Einheit von Verzweiflung und Hoffnung ist Ausdruck des antagonistischen Verhältnisses von Theorie und Praxis.

HERBERT MARCUSE ZU DEN EREIGNISSEN IN STOCKHOLM.

In der ARD-Sendung „Monitor" wurde am 28. April 1975 Herbert Marcuse interviewt. Anlaß war der Überfall auf die Botschaft der Bundesrepublik in Stockholm.

Monitor: Sie sind selber ein Anwalt der Gewalt; tragen Sie deshalb nicht ein gut Stück Verantwortung an dieser Entscheidung?

Marcuse: Ich glaube, daß das Prädikat „Anwalt der Gewalt" etwas denunziatorisch ist. Aber anstatt darauf einzugehen,möchte ich den Satz vorlesen, den ich darüber geschrieb habe ...: „Ich glaube,daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein Naturrecht auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben." Ende des Zitats. Ich habe es nie verstanden, warum dieses Zitat solche Erregung hervorgerufen hat. Es tut nichts weiter, als zurückrufen, was eine der ältesten Kamellen der westlichen Zivilisation war, nämlich daß es so etwas wie ein Naturrecht des Widerstands in bestimmten Situationen gibt. Seit dem frühen Mittelalter hat die katholische sowohl wie später die protestantische Theologie dieses Recht für sich in Anspruch genommen. Ich sehe also wirklich nicht, was daran so neu ist.

Aber schleichen Sie sich jetzt nicht aus der Verantwortung? Weshalb sollen sich diese Terroristen nicht auf Sie, Herr Professor Marcuse, berufen, wo Sie doch die Gewalt als Mittel der Veränderung ansehen?

Ich betrachte mich immer noch als einen Marxisten. Der Marxismus lehnt den Terror ... individuellen Terror und Terror kleiner Gruppen ohne Massenbasis als revolutionäre Waffe ab. Das ist oft gesagt worden, das ist heute noch richtig. Ganz anders steht es mit der Frage, ob eine Revolution unvorstellbar ist ...

Bestehen Ihrer Meinung nach denn in der Bundesrepublik die Voraussetzungen für solch eine gewaltsame Revolution?

Nein, Ich glaube, daß es weder in der Bundesrepublik noch in diesem Land, in den Vereinigten Staaten, eine revolutionäre Situation gibt, es gibt noch nicht einmal eine vorrevolutionäre Situation. Es gibt aber sehr wohl potentiell eine gegenrevolutionäre Revolution.

Kann man eigentlich davon sprechen, daß diese Terroristen noch politische Überzeugungstäter sind?

Subjektiv ist anzunehmen, daß sie ihre Aktion für eine politische Aktion halten und gehalten haben. Objektiv ist das nicht der Fall. Wenn politische Aktion willentlich zum Opfer von Unschuldigen führt, dann ist das genau der Punkt, wo politische Aktion, subjektiv politische Aktion, in Verbrechen umschlägt.

Sie sagen nun, Unschuldige dürfen nicht Opfer werden. Heißt das damit, daß Schuldige Opfer werden dürfen?

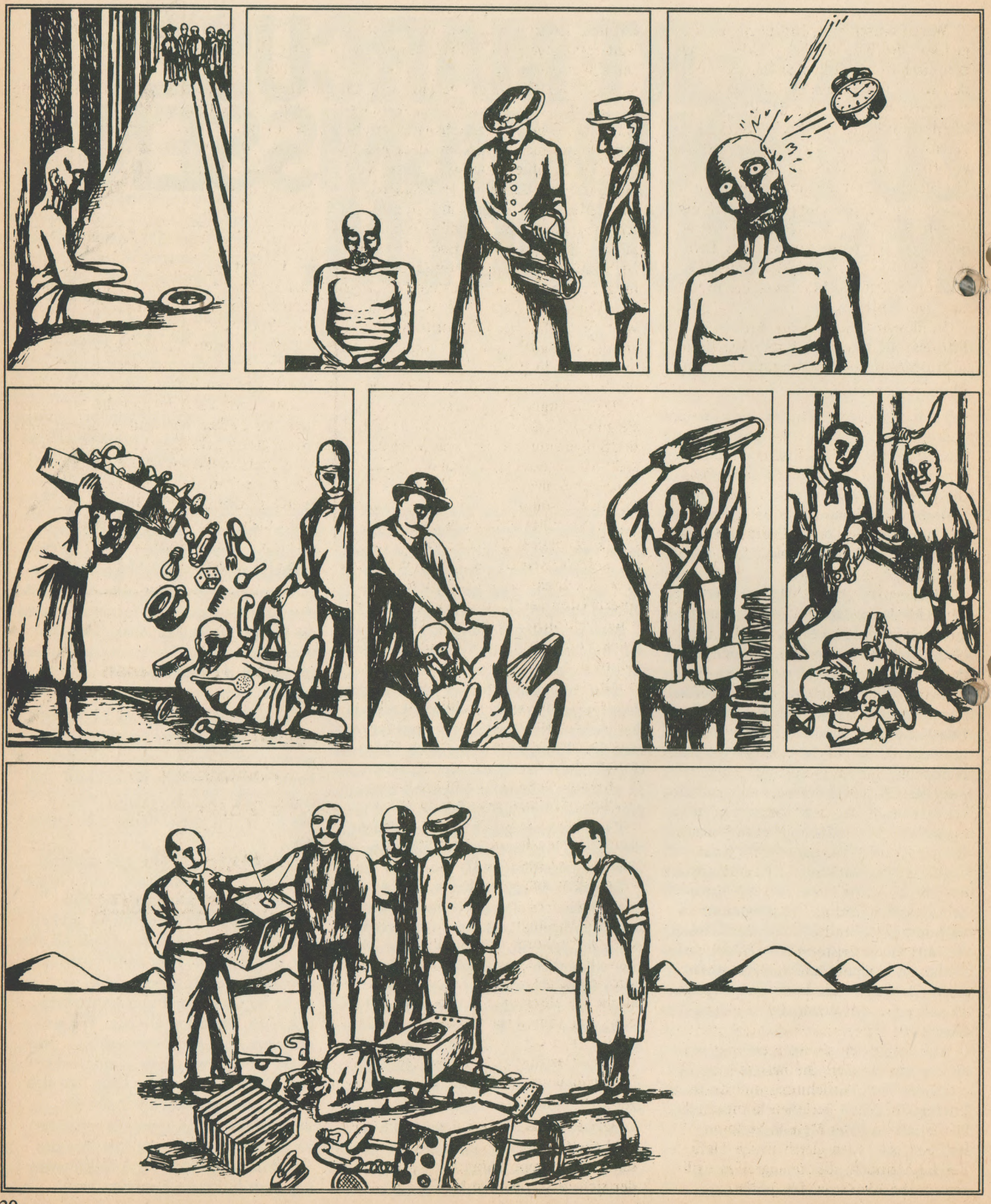
Das heißt es in dieser Allgemeinheit überhaupt nicht. Ob und wann Terror eine revolutionäre Waffe ist, kann nur entschieden werden in einer Analyse der gegebenen Situation. Ich kann mir vorstellen, daß zum Beispiel in einigen total faschistischen Staaten oder Diktaturen keine andere Möglichkeit, eine Veränderung hervorzurufen, besteht. In solcher Situation mag der Terror sehr wohl die einzige Waffe sein; aber diese Situation existiert ganz bestimmt nicht in irgendeinem der avancierten kapitalistischen Länder.

Sie selbst verurteilen diesen Terrorismus, wie er wieder in Stockholm zutage getreten ist. Dennoch werden gerade Leute wie Sie und die Neue Linke von anderen als „Steigbügelhalter" dieser, wie Sie selbst sagen, Verbrecher angesehen.

Das ist eine sehr alte und außerordentlich beliebte Methode, schon bestehende Rechtsströmungen und eine schon bestehende Reaktion zu stärken. Ich glaube, wir sehen das gerade als eine der Konsequenzen der Baader-Meinhof-Gruppe in der Bundesrepublik, wo Versuche im Gange sind und wahrscheinlich auch Versuche, die zum Teil schon gelungen sind, die Bürgerrechte – politische sowohl wie zivile – einzuschränken. Es ist das einer der Fälle, wo sich zeigt, daß eine Aktion wie die der Baader-Meinhof-Gruppe, die subjektiv als politische Aktion im Interesse der Revolution gemeint war, objektiv eine gegenrevolutionäre Funktion hat.

Terror gegen Terror.

Revolutionärer Terror in Stockholm.



West-Deutschland wird in diesen Tagen von der Wut des Terrors der einzelnen erschüttert. diskus ist sich bewußt, daß von ihm eine ausführliche Einschätzung der Aktionen der illegalen Gruppen erwartet wird. Wir werden in einem der nächsten Hefte einen Aufsatz veröffentlichen. Wir sind betroffen vom Verfall der Tötungshemmung bei den Genossen illegaler Gruppen wie von der Zunahme der Brutalität der Staatsorgane. Es gilt nachzuweisen, wie der Terror der bewaffneten Aktion durch die Gewaltförmigkeit des Staates selber produziert worden ist.

In diesem Heft drucken wir einen Teil des Aufsatzes von Raoul Vaneigem, „Terrorismus oder Revolution" aus Revolte No. 13.

In diesen Tagen zieht nicht nur durch Deutschland der Rauch des Terrorismus. Er ist zur monströsen Erscheinung in den diversen Medien dieser Welt geworden. Die greisen Eunuchen des Staates beraten zitternd und lüsternd über die Demolierung ihrer gepriesenen bürgerlich-demokratischen Freiheitsideologie, hinter der nichts steht als die Macht der Ware, die nicht länger der bürgerlich-demokratischen Maske bedarf. Die Ware fordert ihre Freiheit und setzt sie durch die Herrschaft über unsere Person an einem Punkt fest, von wo aus sie unsere Bedürfnisse schafft, steuert, reproduziert. Der Terrorismus der Ware, der nicht abstrakt ist, sondern von jedem gesehen und empfunden werden kann – Kaufhäuser und ihre monumentale Steigerung: die Einkaufszentren, in denen alles verkauft wird, in denen alles nur den einen Sinn hat, keinen anderen Wunsch bestehen zu lassen, als den des Kaufs.

Der Terrorismus ist für viele der Wütenden, die nicht mehr so weiter überleben können und nichts anderes sehen als Bombe, MP und die Selbstzerstörung, ein Mittel, kurzfristig mit ihrem Elend Schluß zu machen, um wenigstens einmal dem Moloch die Stirn zu bieten. Sie sind in diesem Moment die „Heiligen", über deren Taten man nicht diskutiert, und doch bleiben sie im Elend des Überlebens stecken. Sie besitzen im Moment der Wut, Auflehnung und des Ausbruchs mit dem Überlebenskompromiß alle Größe, die der Mensch verloren hat, aber sie fallen gleich in die Tiefe der Lüge zurück, die sie angreifen wollten: in die Ideologie. Sie greifen zur Pistole oder zum Hexogen, weil diese Welt total gegen das Individuum ist. Diese Welt vermittelt jedem das Bewußtsein der Ohnmacht gegenüber einer fast absolut erscheinenden Verwertungsmaschine. Obgleich diese trotz ihrer absoluten und monolithischen Entscheidung bis auf ihre Grundpfeiler von Krisen zerfressen ist, gehört es zu ihrem Wesen, heil und unüberwindlich zu erscheinen. Gegenüber diesem Koloß, der selbst seine Zerstörtheit noch als Waffe zu benutzen weiß, erscheint jedes Mittel außer der Maschinenpistole wirkungslos. Genau dies aber ist die Stärke dieser Welt der verfaulten Kulissen: die Ideologie der spezialisierten Mittel, geboren aus der Ohnmacht gegenüber einem System der Spezialisierung und der Trennung.

Die Stadtguerilla geht genau hierein, sie gibt alle (meist nie erprobten) Mittel der Subversion auf, um sich in einen staatlich abgesteckten Rahmen zu begeben. Der Staat hetzt nun die ganze Meute von Kettenhunden auf sie, er setzt gegen ihr militärisches Denken seinen Militär-Medien-Polizei-Apparat. Gegen die „idealistischen" Stadtguerilla-Militärs setzt der Staat seine perfektionierten Spezialisten des Terrors. Er setzt gegen eine lächerliche Feuer- und Aktionskraft seine Totalisierung des Terrors. Der Staat dehnt den Rahmen des Terrors aus. Der Stadtguerilla zieht nach, kann aber nur das angreifen, was als „militärisch-politisch" verbrämt ist. Nicht er bestimmt das „Spiel", sondern der Staat weist ihm seinen Platz zu.

Kein noch so gutes Konzept der Stadtguerilla kann darüber hinweg täuschen, daß es sich um ein militärisches Unternehmen handelt, und um ein politisches, welches es abzuschaffen gilt. Es ist die Wiederspiegelung des staatlichen Terrorismus (gegen staatliche Gefängnisse: Volksgefängnisse, gegen B 52 Bomber: Sprengkörper, gegen die tägliche Gewalt der Ware: die spektakuläre eines Anschlags, gegen Fließbänder, kybernetische Gesellschaft etc.: das Attentat auf Funktionsträger, die längst nur noch Statisten in der Herrschaft sind, usw, usf...) . Der Stadtguerilla verfängt sich in einem Bereich, den der Staat ständig steigern kann.

Die RAF, aber auch der 2. Juni oder ähnliche Gruppen, haben dieses bewiesen: ihre weitere Ohnmacht gegenüber der sich verstärkenden Macht des Staates; sie haben in ihren Reihen die Wut, die tiefe Beleidigung des Menschen instrumentalisiert zur Ideologie der Selbstaufgabe. Sie sind ein anderes Bild in dieser Welt, ein weiteres in der Kette von Bildern gegen die Leidenschaften und Begierden nach Leben.

Sie haben gegenüber dem Versagen der alt-neuen Linken ihr Alibi des Tuns gesetzt, Taten, die den Staat nicht schwächen, weil er das Spiel des Überlebens bzw. des Ablebens bestimmt.

Es geht gegen alle, auch die Zyniker der Linksparteien, die zusammen mit den Ideologen der Stadtguerilla im selben Boot wie die Staatsterroristen sitzen. Andererseits vergessen wir nicht, daß es sich bei den meisten Stadtguerilla-Aktivisten um Individuen handelt, deren Taten nicht als Buhmann für das Versagen der Linken herzuhalten haben. Sehr viele dieser „Heiligen" haben den Heiligenschein verliehen bekommen, ohne ihn zu wollen, da sie ahnten oder wußten, daß man den Idioten aus Nazareth nicht reproduzieren sondern abschaffen muß, wenn wir leben wollen.

Raoul Vaneigem

Orientiert
an den Bedürfnissen
der Bevölkerung
und nicht
an den Interessen
des Großkapitals

Deutsche Volkszeitung

Anforderungskarten für Probeexemplare liegen dieser Ausgabe bei.

29. Rede auf einem teach-in zur Wahl des Studentenparlaments im WS 1969/70*

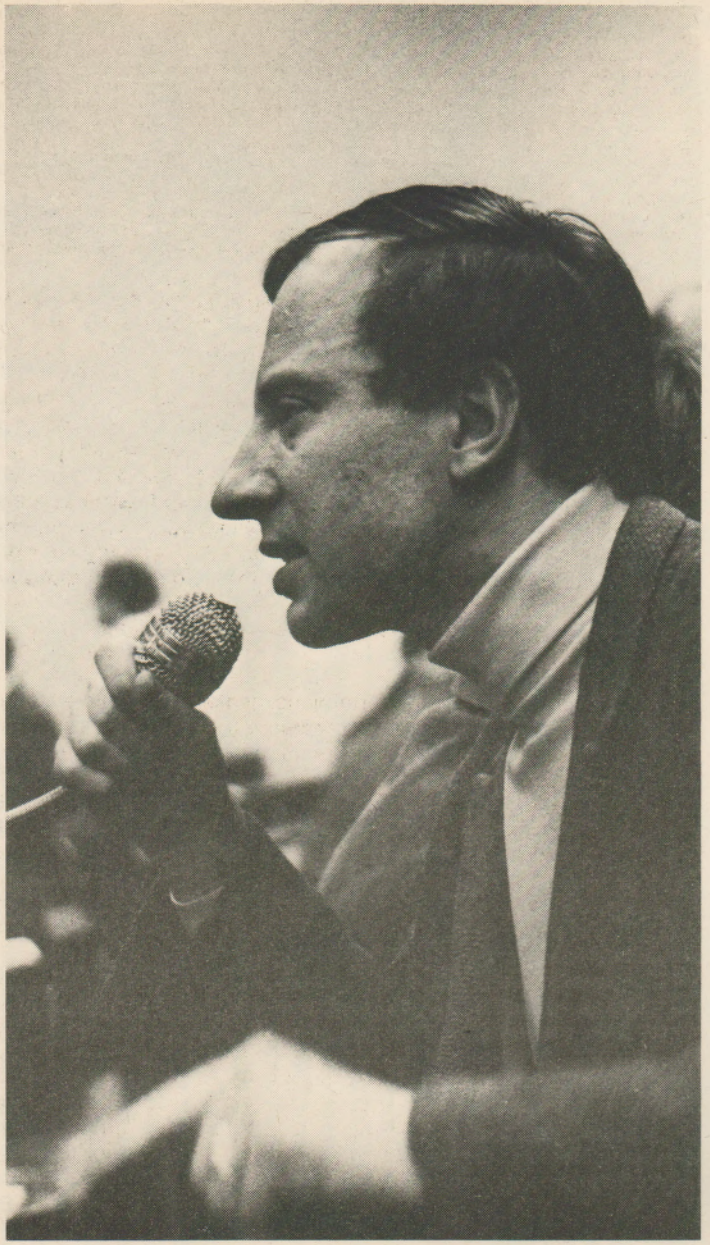
Zweierlei voraus zu den beiden Beiträgen, die eben gekommen sind: Ich meine, wir sind ja sicherlich alle nicht dagegen gefeit, Sprache kann zum Jargon werden und wir wissen aus welcher Quelle das hier in Frankfurt kommen kann, zumindest, dass man also eine wissenschaftliche Terminologie, die über Begriffe wie Subsysteme und dergleichen mehr läuft, gebraucht und den Zugang im Grunde genommen zur konkreten Erkenntnis von Bedürfnissen eines befreiten und glücklichen Lebens verhindert. Das ist das eine. Das zweite ist, dass in dieser Sprachstruktur eine Projektion — und auch in der Rede von Wissenschaft und Technik als erster Produktivkraft, ohne dass das aus ökonomiekritischen Kategorien begründet wird — von universitären und akademischen Verhältnissen auf die Gesamtgesellschaft enthalten ist. Das bedeutet, dass man notwendig zu einer parlamentarischen Utopie kommen muss, etwa im Sinne Habermas', der sich die zukünftige Gesellschaft dann vorstellt als eine von über herrschaftsfreie Symbole, wie es da in der Regel heisst, miteinander verkehrenden, sprachlich-handelnden Menschen. Ich meine also, dass in dieser Sprachstruktur, so wie sie dort entfaltet ist, wenn sie sich nicht selbst reflektiert, eine Projektion gesellschaftlicher Verkehrsbeziehungen in der Universität auf die Gesamtgesellschaft liegt.

Ich würde aber meinen, dass, wenn man in ein neues Stadium einer Strategiendiskussion treten will — und wir mögen uns hier streiten um Reformismus oder revolutionäre Strategie und Taktik —, man eines als Faktum, über das man, ich glaube, sich nicht zu streiten braucht, vorweg darstellen muss, nämlich dieses, dass man sagt, dass der Anfang der antiautoritären Bewegung sicherlich dadurch ausgezeichnet war, dass sich das Bewusstsein der in dieser Bewegung Mobilisierten auf die Gesellschaft als ein Herrschaftssystem im Ganzen bezog, auf einen Begriff kritischer Theorie — noch nicht einmal konkret marxistischer Art, wie ihn etwa Max Horkheimer in seinen frühen Schriften entfaltet hat; dass also kritische Einstellung nicht bedeutet, dass dieses oder jenes im System zu ändern wäre, sondern dass das System insgesamt umgewälzt werden muss, etwas, was uns eventuell heute, gleich nach zwei bis drei Jahren antiautoritärer und sozialistischer Protestbewegung, als Trivialität gelten mag, was aber nicht ausgeschlossen hat, dass reformerische Momente in eine solche Bewegung eingehen konnen, aber, was ich meine, was im Bewusstsein der Bewegung verlorengegangen ist, ist das Bewusstsein von der historischen Notwendigkeit der Revolution.

In seiner Wahlzeitung schlagt der SHB eine Strategie vor — ganz abgesehen von dem terminologischen Rahmen, in dem sie sich bewegt —, in der im Grunde genommen reformerische Konzepte vorgeschlagen werden, uber die man sich im einzelnen sehr wohl unterhalten kann, die aber nicht mehr reflektiert sind — das ware meine These —, die sich nicht mehr Emanzipation zum Ziel setzen, und da hatten, meiner Ansicht nach, Wilhelm Reich und auch Herbert Marcuse, welchen theoretischen Verkürzungen sie auch immer unterlegen sein mogen, die richtigen historischen Begriffe eingefuhrt. Hier wird eine Strategie gewissermaassen angedeutet, die sich nicht mehr bezieht auf Fragen der Emanzipation, das bedeutet, des entfremdeten und verarmten Lebens in dieser Gesellschaft. Konkrete Kategorien des Glücks, des Lustprinzips und der Befreiung fallen hier heraus. Kategorien, die in der Tat abstrakt erscheinen, weil sie sich auf ein System beziehen, das nur jenseits dieser Gesellschaft und nicht in dieser Gesellschaft errichtet werden kann.

Ich sehe in reformerischen Kategorien dieser Art, wie sie hierin enthalten sind, wieder ein Moment, Kategorien der Utopie auch zu denunzieren und die Emanzipation zu verraten, was, wie ich meine, auch in der Entwicklung im SDS und seinen einzelnen Gruppierungen selber eingetreten ist, anders gesagt – und von dieser These will ich ausgehen —, wenn man mir personlich zum Beispiel empfiehlt, und ich komme diesem Ratschlag gerne nach, ich sollte zum Heidegger-Studium zurückkehren, damit ich nicht mit meinem Dezisionismus der Linken noch mehr schade, so wurde ich einigen Genossen aus dem SHB ein Heidegger-Studium anempfehlen, damit sie nämlich erfahren, was Dezisionismus ist. Denn es gibt hier in diesem Paper, so wie es vorgelegt ist, eine dezisionistische Entscheidung für die Reform und eine autoritare Verwechslung von Technologie und Liberalitat. Ich mochte diese beiden Thesen auch gleich begrunden. Ich meine: Wenn man ein Erkenntnisinteresse entfaltet, das sich primar auf Kategorien der Emanzipation richtet — und ich sehe nirgends Reflexionen dieser Art in den Papers, die die reformistische Linke oder der Revisionierungsprozess gleichsam in der Linken entfaltet hat —, so wird man doch wahrscheinlich von folgender Situation ausgehen mussen — gerade dann, wenn man nicht Situationen der wissenschaftlichen Intelligenz verabsolutieren will —, dass sich Situationen der Emporung als revolutionäre Situationen heute nicht mehr entfalten auf einer Basis materiellen Elends, von der die klassischen Strategien der Sozialdemokratie ausgingen, als sie noch revolutionar war und von den Marxschen

Die folgende Rede wurde als unvorbereiteter Beitrag auf einem teach-in gehalten. Die Herausgeber haben nur leichte stilistische Korrekturen vorgenommen. Daher mussen aber taktische Argumente Krahls, die mit seiner sonstigen theoretischen Position nicht völlig in Einklang stehen, aus der Situation erlautert werden. Die Alternative auf dem teach-in bestand zwischen einer von Vertretern des SHB vorgetragenen Reformposition, die dem von Krahl ebenso kritisierten Proletariatsmythos in Teilen des SDS abstrakt entgegengesetzt war. Gerade an der Frage des Positivismus versuchte Krahl zu verdeutlichen, dass die revolutionare Theoriebildung nicht ohne die Kenntnis der modernen Wissenschaften die notwendigen Fragestellungen weiterentwickeln kann. Deswegen beharrte er taktisch gegenuber den erwahnten Teilen des SDS auf einer »immanenten Kenntnis des Positivismus«. Das ist aber nicht misszuverstehen, als ob die revolutionare Theorie sich nur wissenschaftskritisch konstruieren lasse. Die instrumentelle Anwendung der Wissenschaft in den Reformstrategien des SHB degradiert alle auf Habermas fussende Wissenschaftskritik zum Dekor. Deswegen besteht Krahl darauf, dass die positivistische Theorie die Vernunft aus dem theoretischen Denken ausgestossen habe. Theoretisch konsequent folgt daraus, dass das von Hegel ubernommene Prinzip Marxens der »immanenten Kritik« für eine neue revolutionäre Theorie nicht mehr volle Gultigkeit haben kann. (Anm. d. Hg.)



Hans-Jürgen Krahl
Konstitution und Klassenkampf
Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution

Verlag Neue Kritik

Kategorien ausgegangen sind; wir müssen also fragen (Zwischenruf: Wer behauptet, dass die Sozialdemokratie revolutionär war?). Na ja, ich meine, dass Marx schon in der Kritik des Gothaer Programms den ursprünglichen Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie festgestellt hat, aber sie hat doch immerhin noch eine Zielsetzung gehabt, die mit Kategorien kommunistischer Gesellschaft arbeitete, selbst im Gothaer Programm.
Wenn sich heute Herrschaft und Unterdrückung nicht mehr auf der Basis materiellen Elends und physischer Unterdrückung konstituieren, wie hat sich dann — und daraus sind doch dann wahrscheinlich Strategien-Kategorien abzuleiten —, wie hat sich dann die Herrschaftssituation in den hochzivilisierten und hochindustrialisierten Ländern gewandelt? Ich glaube, dass das Bewusstsein davon, wie es anfangs, wenn auch verkürzt, in den Lehren Marcuses enthalten war, verlorengegangen ist, dass in unsere Strategienbildung zum Beispiel die Kategorien von Entfremdung, Verdinglichung, von Bedürfnis und Interesse im Grunde genommen nicht mehr eingehen; und wahrscheinlich haben wir von zwei grundlegenden Fakten auszugehen, was sowohl immanent die Wissenschaften und zugleich den Gang der kapitalistischen Geschichtsbetrachtung betrifft. Ich meine: Die positivistische Zerstreuung der Einzelwissenschaften einerseits und das Faktum des Faschismus andererseits. Der Faschismus insgesamt ist sicherlich ableitbar aus Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie, als ökonomische Naturkatastrophe des Kapitalismus in dem Sinn, in dem Marx seine Krisentheorie entfaltet hat. Es gehört wahrscheinlich zu den zentralen Erfahrungsgehalten der kritischen Theorie, zumal der Adornos, dass sie festgestellt hat, dass Auschwitz kontingent ist auch gegenüber den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie. Adorno hat Auschwitz zum Kontingenz—Begriff, zum Irrationalitätsbegriff von Geschichte gemacht; Auschwitz hat eine neue Situation in der Geschichte geschaffen; Auschwitz beugt sich auch nicht mehr unmittelbar den Kategorien der Warenakkumulation; Auschwitz hat Adorno zufolge das Schreckbild einer Menschheit ohne Erinnerung uns nahe gebracht. Ich glaube, dass das nicht nur feuilletonistische Erwägungen sind und anders gesagt, dass der scheinbare Feuilletonismus solcher Erwägungen sich daraus herleitet, dass er nicht mehr sich klassischen Kriterien rationaler Wissenschaftsüberlieferung beugte, nicht einmal mehr den Marxschen. Dass die Kommunisten in den Lagern von Auschwitz nichts gelernt haben, sondern gleichsam Arbeitsfrontkategorien und formaldemokratische Kategorien noch übernommen haben und von der Anschauung ihrer Henker affiziert worden sind, mag dafür ein Indiz sein. Auschwitz stellt uns auch in unserer Strategiendiskussion vor eine neue Situation, weil es eine neue Qualität von Bewusstlosigkeit und Geschichtslosigkeit im Bewusstsein der Massen andeutet; damit meine ich zweierlei: erstens, die Vernichtung des bürgerlichen Individuums, die die kritische Theorie konstatiert hat — und da soll man nicht von »Geschwätz« reden, denn wir wissen alle ganz genau, dass wir im Grunde genommen aus der Trauer um diese Vernichtung des bürgerlichen Individuums revolutionären Protest in der BRD begonnen haben und nicht als genuine Sozialisten und dass wir daraus auch unsere Emanzipationskategorien mit abgeleitet haben —, hat auch das vernichtet, was man als proletarische Individualität bezeichnet hat; das heisst: bürgerliche Individualität bildete sich einmal der Marxschen Theorie zufolge auf der Basis des Privateigentums, realisierte sich auf dem freien Markt und lebte seiner lebensgeschichtlichen Perspektive zufolge aus dem Streben nach Profit und der Furcht vor dem Ruin; proletarische Individualität konstituierte sich in der Sphäre ausgebeuteter Produktion, realisierte sich in der Organisation des Klassenkampfes und hatte eine langfristige lebensgeschichtliche Perspektive des Elends, die revolutionär stimulierend sein kann — sein *kann*, da Elend zunächst einmal demoralisiert und asozialisiert; das bedeutet, es bedarf strenger Kriterien der Sozialisierung und der Organisierung, und das ist vernichtet worden. Das bedeutet heute, an die Stelle langfristiger Hoffnung, Wünsche, Erwartungen und Befürchtungen sind kurzfristige Reaktionen getreten, Erwartungen von kurzfristigen Gratifikationen und Sanktionen, kurzfristiger Triebbefriedigungen und dergleichen mehr. Das Arbeiterkind, das heute eine Lehre beginnt, weiss nicht mehr, hat kein Begriff mehr von seinem biographischen Arbeitsschicksal. Ich glaube, dass das anfänglich in der Bewegung enthalten war, enthalten war auch in bestimmten Aktionen, die bezogen sein sollten auf die Konsumsphäre und sich nicht realisiert haben. Das aber ist verlorengegangen.
In dem Versuch, einen Zugang — und das ist exemplarisch — zur Arbeiterklasse zu finden, haben wir den fatalen leninistischen und stalinistischen Fehler wiederholt, dass wir den Zugang zur konkreten Bedürfnisstruktur der Massen uns abgeschnitten haben. Das bedeutet, dass wir im Grunde genommen unsere Agitation betriebstechnisch geradezu ausrichten, aber nicht mehr imstande sind, sie zu verbinden mit dem konkreten Lebensschicksal der Massen, dass wir die Trennung von Arbeit und Freizeit und Produzenten— und Konsumentenstatus in unserer eigenen Agitation wiederholen und unsere eigene Agitation nicht beziehen auf die Dimension des entfremdeten Lebens, das in völliger Geschichtslosigkeit und deshalb auch in kurzfristigen Triebbefriedigungen und den absoluten Aggressionstendenzen dahinvegetiert. Das bedeutet — und das ist affiziert selber von technokratischen Vorstellungen —, dass man im Grunde genommen undemokratische Herrschaftsstrukturen innerhalb der Betriebe kritisiert, darauf hinweist, dass der sogenannte Grundwiderspruch von Kapital und Lohnarbeit an allem Schuld ist, was die Arbeitermassen überhaupt nicht interessiert, wenn wir es nicht verstehen, die konkrete Be-

dürfnisstruktur der Massen zu erkennen und mögliche emanzipative Bedürfnisse zu formulieren. Reformvorschläge derart, wie sie hier der SHB gemacht hat, sind zumindest solange indiskutabel, solange sie nicht auf die Realität bestehender Bedürfnisse reflektieren. Und ich weiss genau, dass die Erkenntnis dieser bestehenden Bedürfnisse sich zur Zeit noch in Kategorien formuliert, gegen die wir zurecht partiell misstrauisch sind, weil sie Momente des Romantischen an sich haben, wie sie also etwa Adorno in sehr verkürzter und selbst wiederum bürgerlicher Weise — oder auch Marcuse — formuliert hat; auf der anderen Seite sind es auch Protest—Kategorien gegen einen Wissenschaftsbetrieb, der die Möglichkeit, solche qualitativen Bedürfnisse zu denken, überhaupt nicht mehr zulässt und die Formulierung solcher Bedürfnisse als unwissenschaftlich diskreditiert. Wenn wir uns nicht darauf einlassen, solche emanzipativen Bedürfnisse zu formulieren, selbst mit wissenschaftlich unzulänglichen Kategorien, verfallen wir selber dem Technologisierungsprozess der Wissenschaften — und ich meine, dass so etwas schon eingerastet hat in der Bewegung; das heisst also, dass wir schon in eine fatale Situation gekommen sind, eine Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz zu organisieren, die ein abstraktes Wissen um den kapitalistischen Geschichtsverlauf hat, aber die nicht mehr imstande ist, das in eine Erkenntnis zu den konkreten Bedürfnissen der Massen zu vermitteln, da wir nach dem Scheitern antiautoritärer Emanzipationsaufstände, die sich idealistisch selbst nicht verstanden haben, die Emanzipationsdebatte in der Bewegung über Bord geworfen haben.

Das wäre meiner Ansicht nach das erste entscheidend zu korrigierende Moment; das heisst, auszugehen von der Erkenntnis, dass auf der einen Seite Bedürfnisse heute so hochzivilisiert befriedigt werden können und gleichwohl die Massen an das Elend der materiellen Arbeit, der materiellen Existenzsicherung und der materiellen Selbsterhaltung fixiert bleiben, obwohl das Reich der Freiheit, das jenseits der materiellen Bedürfnisbefriedigung Marx zufolge liegt, längst möglich geworden ist; das bedeutet, dass immer noch — und sehr viel verschärfter — die Entfremdung der Produzenten von dem gesellschaftlichen Reichtum und der gesellschaftlichen Kultur fortbesteht. Wenn wir uns auf solche allgemeinen Reflexionen nicht mehr einlassen und nicht versuchen, den Massen ihr entfremdetes Lebensschicksal vorzuführen, dann werden sämtliche Strategien im Grunde genommen scheitern. Das scheint mir ein zentrales Moment dabei zu sein. Das zweite scheint mir zu sein — das betrifft gewissermaassen in revolutionärer Strategienbildung mehr den SDS —, dass der SDS einen industrieproletarisch verengten Klassenbegriff hat. Ich glaube, wenn man die Frage diskutiert — ohne sich dabei schon in die werttheoretische Diskussion hineinzubewegen —, in welchem Ausmaass Wissenschaft und Technik heute selber zu einer allgemeinen gesellschaftlichen und ökonomischen Produktivkraft geworden sind, dass man dann davon ausgehen muss — und Marx hat schon die Frage gestellt — nämlich der Erweiterung der produktiven Arbeit. Wenn es stimmt, dass immer mehr geistige Arbeit, selbst die Verfertigung methodologischer Regeln etwa in der Mathematik, unter das Kapital, unter den Verwertungsprozess subsumiert ist, dann verändert sich der Proletariatsbegriff; anders gesagt, wenn geistige Arbeit immer mehr in produktive Arbeit integriert wird, dann kann das Industrieproletariat, das Heer der körperlich arbeitenden Maschinenarbeiter, nicht mehr die Totalität des proletarischen Klassenbewusstseins aus sich selbst heraus entwickeln. Alles Lamentieren über kleinbürgerliche Verhaltensweisen in der studentischen Bewegung nützt da nichts, wenn es nicht einen anachronistischen Begriff von Kleinbürgertum voraussetzen will, der auf dem warenproduzierenden und warenbesitzenden und von Enteignungsangst gejagten Kleinbürgertum beruhte, sondern wenn man davon ausgehen muss, dass heute geistige Arbeit zu einem grossen Teil — und auch das Atelier der Universität — in den Gesamtarbeiter, den produktiven Gesamtarbeiter, integriert ist, dann hat sich die Totalität in diesem Hegelschen und Marxschen Sinn des Begriffs, dann hat sich die Totalität des Proletariats insgesamt gewandelt; individualistischer Klassenverrat wissenschaftlicher Intelligenz ist dann keine historische Möglichkeit mehr, sondern die wissenschaftliche Intelligenz kann nur als organisierte, in der Artikulation ihres Begriffs geistiger Arbeit, Klassenbewusstsein in seiner Totalität mitbilden. Noch so viele spontane Streiks in der BRD, in den Turiner Fiat—Werken und so weiter werden nichts daran ändern, dass das Industrieproletariat als Industrieproletariat ein Moment in der gesamten Klasse ist, aber nicht diese Klasse in ihrer Totalität repräsentiert. Und erst auf diesem Hintergrund haben wir zu fragen, wenn immer mehr geistige Arbeit integriert wird in den produktiven Gesamtarbeiter, was trennt dann die geistige Arbeit von der körperlichen Arbeit — der Dualismus ist nach wie vor unvermindert aufrechterhalten —, was trennt dann die wissenschaftliche Intelligenz von dem Industrieproletariat und etwa der produktiven Schichten der Angestellten, wenn es nicht mehr der klassische Dualismus von bürgerlichen Kulturträgern und dem im klassischen Sinn körperlich arbeitenden Proletariat ist. Und hier glaube ich, dass von daher erst die Einstellung zur technokratischen Hochschulreform ersichtlich wird.

Ich stimme dem zu, dass es im SDS — auch gerade infolge von Marcuses Verweigerungsideologie — ein romantisierendes und reaktionäres Moment im Protest gegen Technologisierungs— und Technokratisierungsprozesse gegeben hat — auch ein reaktionäres Moment im Protest gegen die technokratische Hochschulreform, aber reaktionär und fortschrittlich in welchem Sinn? Ich würde so sagen:

Der erste Zugang gewissermaassen zu den Massen ist die wissenschaftliche Anstrengung, ihre Bedürfnisstruktur zu erkennen. Diese Reflexion hat es meiner Ansicht mit Ausnahme der Reflexionen von Reich und Marcuse bislang nicht gegeben. Drittens, daraus folgert als Konsequenz eine konkrete Einstellung — und vielleicht können wir darüber dann mit dem SHB auch reden — eine konkrete Veränderung der Einstellung über Praxis an der Hochschule. Die Praxis, die wir vor einem Jahr während des aktiven Streiks entfaltet haben, war formalistisch und institutionalistisch; sie war im Grunde genommen, bei all ihrer Verbalradikalität — und das muss eine radikale Selbstkritik des SDS und seiner Basisgruppen sein —, sie war affiziert im Grunde genommen von formaldemokratischen Vorstellungen und keineswegs bezogen auf eine inhaltliche Umwälzung der Wissenschaften; das bedeutet als konsequente Änderung der Einstellung, dass man in Fragen formaler Institutionalisierung, also Satzungsfragen, Drittelparität, eine neue Flexibilität in der Taktik entfaltet, die es ermöglicht, auch unter dem Eingehen von Minimalkompromissen, inhaltliche praktische Wissenschaftskritik zu üben; das bedeutet nicht, dass man auf die radikale Aktion an der Hochschule verzichtet, aber das bedeutet, dass man im Sinne der Kritik am modernen Positivismus, im Rahmen aller Einzelwissenschaften einen inhaltlichen und nicht wie damals einen formalen Aufstand entfaltet; das bedeutet, dass man etwa das Studium des Historischen Materialismus und der Kritik der politischen Ökonomie inhaltlich im organisierten Protest in die Seminare, in die einzelnen Organisationsinstitute einführt und dass man sich etwa institutionelle, formale Chancen so verschafft, dass man möglichen Einfluss auf Berufungsfragen und dergleichen mehr wahrnehmen kann. Reform, würde ich sagen, sehe ich als dialektische Möglichkeit im Hinblick auf eine revolutionäre Strategie in Fragen formaler Institutionalisierung. Die maximalistischen Perspektiven, die wir während des aktiven Streiks gleichsam als absolute Machtergreifung, wenn man mal so will, an der Universität entfaltet haben, haben sich natürlich als falsch herausgestellt und waren auch nicht reflektiert auf ein Ziel inhaltlicher Wissenschaftskritik. Ich möchte vom SHB allerdings gerne wissen, wie er sich inhaltliche Wissenschaftskritik im Rahmen einer revolutionären Strategie als Kritik am Positivismus und Zugang zu den entfremdeten Bedürfnissen der Massen vorstellt, darüber habe ich gewissermaassen nichts entnommen. Das zweite Moment, auch in der Entfaltung revolutionärer Taktik, ist dies, dass es die Bewegung lernt — und das sind alles nur unsystematisch verbundene, taktische Vorschläge —, ein Agitations— und Publikationswesen zu entfalten, etwa in der Form von Zeitungen für Betriebe, Zeitungen für bestimmte Schichten, produktive Angestellte, Zeitungen etwa in Stadtteilen, in denen versucht wird, eine Argumentation zu entfalten, die wirklich auf der einen Seite es versteht, theoretische Kategorien, wie die von Entfremdung und wie die von Herrschaft, wie sie heute aussieht, den Massen verständlich zu machen; und das bedeutet, es mit ihren konkreten bestehenden Erfahrungsgehalten zu vermitteln. Wenn wir solche Versuche von Aufklärung, unabhängig davon, wie unsere Aktionstaktik demnächst aussehen wird, nicht übernehmen, dann werden wir in die Situation kommen, dass die wissenschaftliche Intelligenz — und vor dieser Entscheidung stehen wir jetzt — eine leninistische Ersatzpartei wird, die niemals auch irgendwie nur einen einzigen Proletarier im Sinne von Befreiung und glücklichem Leben mobilisieren wird.

geistige Arbeit repräsentiert der klassischen Theorie zufolge — und ich sehe keine plausible Annahme, wie das bislang ausser Kraft gesetzt wurde — die Wertsubstanz der abstrakten Arbeit und damit das Kapital. Aber diese geistige Arbeit war imstande, als solche Repräsentation sich mit Kategorien der Vernunft auszustatten und nicht nur des analytischen Verstandes; das heisst, Gesellschaft als Ganzes zu durchschauen; und dieses Ganze war im deutschen Idealismus etwa die Hegelsche Metaphysik, aus der heraus ja auch Marx erst die Erkenntnischance von Gesellschaft als Totalität bezogen hat. Diese idealistische Selbstüberhöhung geistiger Arbeit ist durch die positivistische Zerstreuung der Einzelwissenschaften unmöglich gemacht worden; das ist ein Fortschritt und ein Rückschritt; ein Rückschritt, insofern durch die Anpassung geistiger Arbeit an kapitalistische Arbeitszeitnormen — und darin besteht Technokratisierung der Hochschule; das bedeutet, dass die qualitative Zeit bildungsgeschichtlicher Reflexionsprozesse immer mehr an geistige Arbeitszeitnormen angepasst wird —, dass diese Anpassung es erschwert, überhaupt noch Gesellschaft als Ganzes zu durchschauen. Von daher muss man doch sagen — und dabei würde ich auch an dieser Abstraktion festhalten —, der abstrakte Protest gegen die Gesellschaft als Ganzes ist gerade aufgrund der Struktur, die die geistige Arbeit heute auszeichnet, allemal noch konkreter, als einzelne Reformvorschläge, die sich in keinem einzigen Satz auf die Gesamtveränderung beziehen. Solange man sich da blind einlässt auf eine unreflektierte Dialektik der Reform, wird man allemal Technologisierungsprozesse fördern, die ein Ausmaass von Gewalt wieder ermöglichen, wie es Auschwitz einmal dargestellt hat. Ich meine damit, dass die Anpassung geistiger Arbeit an kapitalistische Arbeitszeitnormen auf der einen Seite vermittelndes Denken, das Gesellschaft als Ganzes durchschaut, erschwert; auf der anderen Seite aber, durch die fortschreitende Subsumtion wissenschaftlicher Arbeit unter das Kapital, wird zugleich bürgerliches Kulturbewusstsein im klassischen Sinn, durch das sich die wissenschaftliche Intelligenz der bürgerlichen Klasse immanent zurechnen konnte, vernichtet und die Möglichkeit eröffnet — gerade auch im Bereich der naturwissenschaftlichen und technischen Intelligenz — die Möglichkeit eröffnet, nicht die Notwendigkeit, dass diese wissenschaftliche Intelligenz die Produkte ihrer wissenschaftlichen Arbeit als fremde, unmystifizierte Macht des Kapitals — und damit Ausbeutung — begreifen und erfahren kann. Technologisierungsprozesse eröffnen uns die Möglichkeit, proletarische Reflexionsprozesse aufklärerisch einzuleiten. Das bedeutet, um daraus abschliessend einige konkrete Konsequenzen zu ziehen: Die erste Konsequenz ist nicht, uns reformerischen Praktiken um kurzfristiger Erfolgschancen willen zuzuwenden, wenn wir nicht die Momente unserer antibürokratischen Praxis blindlings verraten wollen, sondern wir haben strategische Konsequenzen zu ziehen.

Das heisst zunächst, dass wir erstens begreifen: Aktionen, wie diejenigen, die wir nach den Notstandsgesetzen fortschreitend durchgeführt haben, sind nicht mehr reflektiert gewesen auf die Bedürfnisstruktur der industrieproletarischen Massen. Ein Stein zur rechten Zeit im richtigen Fenster kann Aufklärung leisten; aber die Aktionen, so wie sie sich vollzogen haben, gerade diejenigen, die einen antiintellektualistischen Proletkult entfaltet haben, haben im Grunde genommen jene Bedürfnisdimensionen, die wir verkürzt und gleichsam noch kulturidealistisch in den Kategorien der Manipulation des autoritären Staats, der Apathie und so weiter artikuliert haben, genau diese emanzipative Dimension vergessen und verdrängt.

Daraus ist zunächst eine Konsequenz für unsere theoretische Arbeit zu ziehen; diese Konsequenz scheint meiner Ansicht nach auf zweierlei Ebenen zu liegen: erstens für die Theorienbildung. Revolutionäre Theorie bildete sich Marx zufolge aus der Kritik der Kategorien der politischen Ökonomie. Die modernen Wirtschaftswissenschaften sind keine politische Ökonomie im klassischen Sinn mehr, sie sind sozialtechnische Handlungsanweisungen geworden. Ich glaube nicht, dass sie uns noch einen Bezugsrahmen liefern können, um revolutionäre Theorie zu bilden. Wir müssen durch immanente Kenntnis den modernen Positivismus, seine mathematischen, naturwissenschaftlichen und analytischen Verfahrensanweisungen und Methodologien selbst kritisieren. Die Kritik am Positivismus wird heute den Bezugsrahmen abgeben, innerhalb dessen wir theoretische Kategorien revolutionärer Theorie artikulieren können. Insofern hat sich hier, gerade hier in Frankfurt, eine fatale Ignoranz herausgestellt — einerseits auf Grund des Sträubens der kritischen Theorie Adornos, sich immanent auf den Positivismus einzulassen, bei allen Kriterien, die seine Positivismuskritik geliefert hat; andererseits auf Grund des cleveren Synkretismus Habermasens, der Analytik, Hermeneutik und Dialektik äusserlich miteinander, wie ich meine, verbindet —, die immanenten Kriterien des Positivismus, gerade in der mathematischen Logik und ihrer Umsetzbarkeit, zu vernachlässigen. Ohne diesen Bezugsrahmen werden wir keine theoretischen Kategorien entfalten können. Zweitens bedeutet es die Organisation einer qualitativen Empirie, die sich bezieht auf die Produktion von Gebrauchswerten, die Befriedigung von Bedürfnissen und die Erzeugung von Interessen; das heisst, die Beziehung auf die konkrete Bedürfnisstruktur der Massen als wissenschaftliche Anstrengung. Wenn wir nicht in den klassischen Zirkel verfallen wollen, wie denn Klassenbewusstsein in die Köpfe der einzelnen Proletarier umgesetzt werden soll, dann dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, der von Lenin über Lukács bis hin zu Merleau—Ponty den ganzen westlichen Marxismus auszeichnet, nämlich immer schon dogmatisch die Existenz einer revolutionären Partei vorauszusetzen, ob es sie gibt oder nicht gibt.

L. Boilly

Die Revolte frißt ihre Väter.

Vor fast 10 Jahren, am 16.10.1965, wurden die beiden Vorsitzenden des AStA der FU Berlin, Wolfgang Lefèvre und Peter Damerow, beide Mitglieder des SDS, vom Studentenkonvent abgewählt, weil sie im August einen „Vietnam-Appell" des Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung, West-Berlin, unterschrieben hatten. Die Jahre danach waren Jahre einer ständig breiter werdenden Solidaritätsbewegung für den Sieg des Vietcong, in dessen Verlauf das humanitäre Engagement der Anfänge in die Parole „Waffen für den Vietcong!" umschlug. 1975 erleben wir den Sieg der Roten Khmer und des Vietcong. Aus diesem Anlaß veröffentlicht der diskus einen Aufsatz über die Studentenrevolte, die in Entstehung und Verlaufsform dem Interventionskrieg der USA in Vietnam unauflöslich verbunden ist. Das politische und kulturelle Klima ist seit der Studentenrevolte positiv verändert. Das diskus-Kollektiv ist der Ansicht, daß beschwörende Appelle an die Revolte folgenlos bleiben, solange die Erfahrungsinhalte ihrer Initiativen, Spontanität und Organisationsfähigkeit nicht vermittelt werden und unternimmt den Versuch, die Diskussion über Grenzen und Möglichkeiten der Protestbewegung zu eröffnen.
Red.

Das zentrale Stichwort der Studentenrevolte, von dem aus sie gedeutet werden kann, ist die „Neue Sensibilität" Herbert Marcuses. „Die Neue Sensibilität" war ein Aufstand gegen die ‚zweite Natur', sie wollte die Grundlagen der Gesellschaft in den Individuen selbst aufdecken, gesellschaftliche Zwangscharaktere, in den Individuen psychisch vermittelt. Sie wollte die Grundlagen der Gesellschaft in dem psychischen Haushalt der Bürger aufsuchen, in einem Prozeß „dialektischer Erfahrung" (Adorno), d. i. in der Tätigkeit der Enthüllung die Internalisierung gesellschaftlich und weltgeschichtlich gesetzter Autorität aufdekken und angreifen: den Prüfungszwang an der Universität, den Konsumzwang in der Warengesellschaft und die verheerende Barbarei der Warennatur, sich in imperialistischen Kriegen neue Einflußgebiete zu schaffen und alte zu erhalten,in Vietnam, Santo Domingo, Kuba, Lateinamerika, Afrika. Die „Große Weigerung" Marcuses war der gesellschaftliche Schluß aus der dialektischen Erfahrung, als soziale Distanzierung zu dem Lebensprinzip, das die technokratische Gesellschaft des Überflusses seinen Bürgern oktroierte. Fassunglos mußte die Gesellschaft des „reicher gewordenen Entzugs" (Guy Debord) mit ansehen, wie ihre Jugend, die alles hatte, was sie braucht, zur Protestbewegung überlief. Sie hatte alles, was sie braucht – nur das wirkliche Leben und der Gebrauch wirklicher Zeit waren abwesend. In den Begründungszusammenhang der Studentenrevolte gehören neben den sozialökonomischen vor allem die sozialpsychologischen Konstitutionsbedingungen. Die Welt hatte mit den Idealen des Bürgertums aus seiner heroischen Phase technokratisch abgerechnet. Die Studenten kamen an die Universität in der Hoffnung,sich diese bürgerlichen Ideale, in der Fülle der bürgerlichen Kultur, anzueignen. Was sie erfuhren, war die Totalität der Welt als Verblendungszusammenhang, die gegenwärtigen Legitimationsformen des bürgerlichen Lebens wurden von den Linken als ideologischer Schleier wahrgenommen.

Der Krieg der Amerikaner in Vietnam ist das auslösende Signal der Empörung der Studentenrevolte gewesen. Die Jugendlichen – überwiegend bürgerliche Intellektuelle – liefen zur roten Sache über, weil die Unterdrükkung, die es gibt – selbst wenn sie einen nicht unmittelbar betrifft – eine moralische Last der Teilhabe ist. Der Krieg hatte der Lebenstätigkeit der Jugendlichen das schlechte Gewissen verschafft. Dieses Gewissen unter dem Banner des Altruismus war nicht das Mitleid, nicht der Haß, sondern die moralische Integrität. Die Farbe der Pro-testbewegung in der ersten Stunde der Revolte war nicht rot, sondern das Weiß von Unschuld und Integrität. Etwas Unbedingtes und Kompromißloses konstituierte einen neuen Begriff politischer Moral.

Aus den Gefahren der Kämpfe gegen Amerika-Häuser, den Springer-Konzern und die Universitätsinstitutionen entwickelten sich Zukunftsangst und die Gewißheit eines stürmischen Lebens, entstanden aus einem heroischen Lebensentwurf, in Kämp-

fen, die die Studenten zuerst oft für andere geführt und deren Gefahren bald ihre eigenen waren, weil Solidarität bestraft und die Anpassung belohnt wird. Daß nach Auschwitz nicht nur Gedichte geschrieben wurden, sondern sogar in Vietnam Auschwitz nach Auschwitz wieder möglich schien, radikalisierte die moralische Sensibilisierung politisch, und die intellektuellen Sozialisten begannen, die Kritik der Kritischen Theorie politisch einzuklagen. Wenn die Intellektuellen auch über der Folgenlosigkeit des Denkens verzweifelten, gab es zum Beginn der Revolte noch ein geheimes Resistenzpotential gegen die Aktion. Doch die falschen Verhältnisse änderten sich nicht durch das richtige Denken, vielmehr wurde das Denken durch die subjektive Tätigkeit richtiger. Die radikale Praxis war erkenntniskonstitutiv.

Marx war der Gott der Revolte, Marcuse sein Prophet und Mao-Tsetung sein Schwert. Die Studenten brachten als „militante Minderheiten ... die Bedürfnisse und Wünsche der schweigenden Massen zum Ausdruck". Sie spielten, für einen kurzen Zeitraum, „die Rolle der Intelligenz in der Französischen Revolution" ([1]).

Die Revolte war der Aufstand gegen den „reicher gewordenen Entzug" (Guy Debord) in der Überflußgesellschaft, gegen die Langeweile des autoritären Staates der organisierten Passivität, gegen den illusionären Konsum der Wohlstandsgesellschaft, gegen die Einsamkeit der vereinzelt Einzelnen. – „Doch im ideologischen Bereich kommt der Student zu allem zu spät" (Situationististische Internationale, Das Elend der Studenten). Der Antiautoritarismus meinte den *Emanzipationsegoismus der Privilegierten.* Das Erbe von Rousseau wollten die Studenten in dem von ihnen reklamierten Reich der Freiheit usurpieren. Dieses Reich der Freiheit sollte seine Gestalt schon in der Rebellion gegen den autoritären Staat finden.

Der politische Protest war total, er reichte bis in die vordem unpolitische ästhetische Dimension hinein. Der Beatle-Song war das Lied der Revolte, das Lied der Aktionen des existentiellen Radikalismus, des existentiell-individuellen Subjektbegriffes: die Einsamkeit des vereinzelt Einzelnen ("I look at all the lonely people"), die Trennung vom Elternhaus ("She's leaving home"), die Lust auf die befreiende Aktion ("Rocky had come equipped with a gun"), die Sehnsucht nach Zärtlichkeit ("Happiness is a warm gun"). Dieser existentielle Subjektbegriff des verelendeten Daseins hatte sich in der Revolte mit der Kritik der Theorie als Kritik der Wirklichkeit bewaffnet. Es zeigte sich, daß der „Gestus existentieller Radikalität .... den kleinbürgerlichen Radikalismus der von Enteignung bedrohten oder schon depossedierten Kleineigentümer" ([2]) involvierte. Die Beatles-Songs waren die Lieder der *ersten Stunde der Revolte.* Die Melancholie und Zerstörungswut der Beatles waren die Gefühle der Studenten der Revolte. Sie glaubten, mit der "rock power" dem Dirigismus der Massenkultur entkommen zu sein. Später gelangten sie heraus aus der Introversion ihrer Selbstbefreiung und der Introversion ihrer Lieder. "Street fighting man", "Eve of destruction" und "I can get no satisfaction" waren die Lieder der zweiten Stunde von Berkeley, Paris, Berlin und Frankfurt. Die Stones kritisierten ihre Entbehrungen im illusionären Konsum, der Vorspiegelung der Erlangung von Glück durch das Warenangebot. Die Marxisten-Leninisten kritisierten später, nach ihrem Auftreten auf der politischen Szene Westdeutschlands und Westberlins, immer nur *den Kapitalismus.*

Die „Neue Sensibilität" erfordert eine neue Sprache, um die neuen Werte zu definieren und zu vermitteln. Mit der Befreiung des Denkens vollzog sich ein Angriff auf die Unfreiheit der Sprache, bei den Situationisten in Straßburg, in den Parolen der Pariser Mauern und studentischer Demonstrationen, den Flugblättern der K 2 und anderer Gruppen der Revolte („Brecht dem Schütz die Gräten – alle Macht den Räten", „Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment"). Im Kasernenkommunismus der späteren Jahre herrscht die Sprache der Amtsstuben.Ausgelöscht ist jedes Motiv der Sexualität, Gewalt, Leidenschaft, Sinnlichkeit, Freude und Lust. Gleichzeitig mit der Sprache der Amtsstuben betritt der *linke small talk* die politische Szenerie, beides Ausdruck der Apathie im Zeitalter der Massenkommunikation.

Die Äußerungen der Revolte waren von einem heroischen Optimismus und einer revolutionären Zuversicht bestimmt, weil die Möglichkeiten der Befreiung noch nie so groß schienen wie in der reichen Gesellschaft. 1969 konnte der „diskus" voll Mut und revolutionärer Zukunftshoffnung auf seine Titelseite schreiben: „Wir sind imstande, das zu lernen, was wir vorerst nicht wissen. Wir verstehen es nicht nur, die alte Welt zu zerstören, wir werden es auch verstehen, eine neue aufzubauen". Eine Wandparole an der Frankfurter Universität lautete 1968, zur Zeit der Besetzung der Hochschule, stolz und besitzergreifend: „Nehmt Euch das Wissen, das Ihr braucht. Die Universität gehört uns".

Die langen Haare der Jugendlichen aus der Revolte meinten Formlosigkeit, Sinnlichkeit, Freiheit, Offenheit. Sie sagten den Leuten, wie die Langhaarigen zu Vietnam standen, zum Universitätsaufstand, zum Rauschgift. Die langen Haare sollten ein Zeugnis der „Großen Weigerung" sein. Die Eltern der Langhaarigen waren eine Generation ohne Zukunft, ohne Kinder. Zu dem Zeitpunkt, als die marxistische Orthodoxie von Kautsky bis Stalin emporschoß, saugte der gierige Schoß der bürgerlichen Gesellschaft mit den langen Haaren den Protesthabitus der Jugendlichen auf und würgte das anarchistische Element der Rebellion ab. Damit trafen sie ihren Lebensnerv. Die ersten, die mit ihrer Sensibilität für das gesellschaftliche Klima der Verkäuflichkeit lange Haare außerhalb der Protestbewegung trugen, waren Angestellte der Reklameagenturen.

1966, 1967 kamen Katzen in die Wohngemeinschaften der Linken, weil die Katze ein antiautoritäres Tier ist, das einzige Haustier, das nicht aus der Herde kommt und die Rangordnung der Herde achtet, ein Befehlsverweigerer, Gehorsamsverweigerer. Phantasie und Geschick gegen den starken, einfältigen Hund setzen, dies Bild erinnert die Linken an ihre eigene Situation: die revolutionäre Phantasie gegen die Armatur des Staatsapparates einsetzen, der stärker als seine Gegner ist, aber einfältig.

Mit den Aktionen der internationalen Protestbewegung, besonders in der Mairevolte, gab sich seit Jahrzehnten in den Metropolen zum erstenmal wieder das Gespenst der Revolution zu erkennen. Die Mairevolte war nach ihrem Scheitern der historische Scheidepunkt spontaneistischer und doktrinärer Formen der Massenbewegung – die KPF war eine Partei der Ordnung geworden, für sie sollte nicht auf der Straße, sondern im Parlament die sozialistische Entscheidung fallen. Von da an stellte sich den Studenten der Revolte drängend die Frage nach dem retardierenden Potential der traditionellen kommunistischen Parteien. Das Bekenntnis zum Anti-Revisionismus einte den größten Teil der dem SDS angehörigen Gruppierungen. Zur Gründung der DKP erschien 1969 in Berlin eine Broschüre: „DKP – eine neue sozialdemokratische Partei". Und doch hatten bereits die Aktionen der internationalen Protestbewegung und des gescheiterten Maiaufstandes die Mythen der Metropolen erschüttert: daß in den Metropolen der Gedanke der Revolution nicht zur Wirklichkeit drängt.

Die marxistisch-leninistischen Parteien als neuer Ort der Geborgenheit und als Parodie der bürgerlichen Gesellschaft

1968/69 waren die Vorbilder der Revolte in den USA, in Berkeley und der ganzen subkulturellen rebellischen Bewegung atemlos geworden. Teile von ihnen bereiten sich auf den Rückzug in

die Landkommune mit dem Ideal der autarken Produktion und Konsumption vor. Sie wollten wenigstens das Glück für wenige erlangen.

Der Mord an Martin Luther King, die Erschießung Benno Ohnesorgs, der Tod Che Guevaras, das Attentat auf Rudi Dutschke und die Invasion in die CSSR waren der Blutzoll der Revolte. Er hatte eine richtungslose Unzufriedenheit und Trauer hinterlassen. In Westdeutschland und Westberlin waren die Kommune und die Marburger DKP-traditionalistische Gruppe aus dem SDS ausgeschlossen worden. Nach den Springer-Aktionen und ihrer vermeintlichen Niederlage suchten die Genossen ängstlich nach einer Organisation, die den langen Haß und die Dauer des politischen Emanzipationskampfes verbürgt. Sie fürchteten den Zerfall der Revolte und den Zerfall der politischen Identität der Subjekte der Revolte.

Die neuen marxistisch-leninistischen Parteien entstanden.

Die Revolte war ein Protest gegen die leblosen Verkehrsformen alter Hierarchien, die Forderung nach erlebter Zeit und erlebten Leben, der Drang auf die Überwindung von Konkurrenz und Askese, die Emanzipation der Sinnlichkeit, die Verkehrsformen kollektiver Repräsentation in solidarischen Diskussionen und permanenter Diskussion. Die Studentenbewegung stellte in Ansätzen die „Vermittlung der Problematisierung von unmittelbarer Arbeitsplatzsituation und weltgeschichtlichem Zusammenhang der Gegenwart" (Negt/Kluge) dar. Anstelle dieser Vernunftkategorien, anstelle der Umwertung der alten Werte, sollte „eine Instrumentalisierung der Lebensinteressen" (Negt/Kluge) treten. Damit die Arbeiterklasse die politischen Emanzipationshoffnungen der Protestbewegung als ihre eigenen anerkennt und ihr die Dimension von Dauer und Sieg verleiht, wollten die Studenten die Lebensinteressen des Proletariats als ihre eigenen anerkennen. Mit dieser Identifikationshoffnung wollten sie den Zerfall der politischen Identität der Subjekte der Revolte aufhalten.

Die Partei der marxistisch-leninistischen Studentengruppen war eine Appellationsinstanz. Gehorsam ersetzte Solidarität. Wie die Prinzipien der Studentenrevolte – Freiheit, Gleichheit, Wechselseitigkeit – der heroischen Periode des Bürgertums entstammten, so die Prinzipien der MLer den feudalistischen Verkehrsformen der nachgeholten primären Akkumulation der SU: Unfreiheit, Ungleicheit und Einseitigkeit des Austausches.

Der Aufstand gegen das Wissen in der Revolte war die fröhliche Wissenschaft. Jetzt hatten es die Genossen mit dem bitteren Ernst fragloser, mühsamer Aneignung zu tun. Hinter der Sprache und den Umgangsformen der Parteien verbarg sich „ der Terror, der hinter aller Schulterklopferei steckt, hinter dem Geben und Nehmen von Achtung, Status, Unterhalt, Schutz udn Sekurität" (R. D. Laing).Die Partei hatte die Funktion der Familie als „Schutz-Bande" übernommen, den „eindimensionalen Menschen zu schaffen, Respekt, Konformität und Gehorsam zu induzieren, Respekt vor der Arbeit zu fördern, sowie Respekt vor der ‚Respektabilität' (R. D. Laing). An die Stelle der Ethik der Solidarität trat die Ethik der Arbeit. Und doch konnten die Genossen nur eine Vorstellung erlangen, wogegen sie kämpften, nicht wofür.

Seit der Gründung der Parteien 1969 hat sich die Entfremdung unter den Linken wieder Respekt verschafft. In den neuen Organisationen trat dem einzelnen der Unmensch groß und disziplinär entgegen, ausgestattet mit grenzenloser Gewalt, wie ein Bild aus den mächtigen Institutionen der Familie, Schule, Universität und des Berufes, aus denen sie im Aufbegehren der antiautoritären Revolte geflohen waren. In den lockeren Zusammenschlüssen hatten sie die Kraft der solidarischen Verkehrsform erfahren. Die neuen Institutionen der Linken belohnten die Schmeichelei, den Eigennutz, Ehrgeiz und Individualismus. Die Organisationen der MLer traten im Geist der Administration als Parodie ihres Gegeners, des autoritären Staates, auf.

Die jungen marxistisch-leninistischen Parteien sind Erben ihres, uneingestandenen, Vater-Ideals, der traditionellen kommunistischen Parteien. „Die Kommunistische Partei Frankreichs hat häufig die Rolle einer Art Über-Ich der Bourgeoisie gespielt: Sie repräsentiert das treue Beharren auf moralischen Prinzipien und beschuldigt die herrschenden Klassen, diese Prinzipien nur in Worten zu respektieren um sie dann in Taten umso besser verraten zu können. Sie hat das Gesetz der familiären Heterosexualität bekräftigt, besonders dadurch, daß sie mehrfach gegen die Abtreibung Stellung bezog. Das Aufkommen einer homosexuellen Bewegung innerhalb der extremen Linken bietet der KPF die Gelegenheit, die Wahrheit der bürgerlichen Moral zum Ausdruck zu bringen: Monsieur Juquin, ein Mitglied des ZK der KPF, erklärte im Mai 1972: ‚Drogen, sexuelle Perversion und Diebstahl dürfen nicht mit revolutionärer Aktion in eins geworfen werden.' Und in einem Interview mit dem NOUVEL OBSERVATEUR stellte er fest: ‚Das Eintreten für die Homosexualität oder die Droge hat niemals etwas mit der Arbeiterbewegung zu tun gehabt .... Wahre Ordnung gibt es nur in und durch die Demokratie.' " (Guy Hocquenheim, Das sexuelle Verlangen, München 1974, S. 39)

Die neuen Parteien alten Typs erzogen ihre Genossen zur Apathie, zum Neo-Analphabetismus, zur Resignation, als hätte nicht schon der alte, autoritäre Staat diese Eigenschaften zu Tugenden im Interesse seiner Herrschftssicherung gemacht.

Was unentfaktet prinzipienhaft war, verstanden die Mitglieder der neuen Parteien in schlechter Unmittelbarkeit und falscher Konkretheit als die geschichtliche Formbestimmung proletarischer Organisation, die allein das Reich der Freiheit zu verheißen befähigt war. Gegen die revolutionären Vernunftprinzipien der Emanzipation eigneten sie sich wie identitätsphilosophisch den „Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit" an; die marxistische Philosophie, die sich die Aufhebung der Philosophie zum Ziel gesetzt hatte, machten sie sich als Weltanschauung zu eigen. Konkurrenzangst, Aufstiegsbegierde und Hierarchieachtung, die ganze vorgeschichtliche Verkehrsform des bellum omnium contra omnes, hatten sich unter den Linken wieder Platz geschaffen. Anstelle der revolutionären Vernunftsprinzipien im Kampf um den Sozialismus erschienen die Genossen, die in den marxistisch-leninistischen Parteien eine Posse der Geschichte aufführten, wie Auferstehungsengel der Geschichte.

In den neuen Parteien alten Typs begann die Sklerose des politischen Denkens, der revolutionären Theorie und des revolutionären Handelns ([3]). Die sozialistischen Intellektuellen nahmen Zuflucht zur Negierung ihrer Rolle. Sie versuchen, ihre Zugehörigkeit zum Gesamtarbeiter zu demonstrieren, indem sie sich selbst enteigneten, durch die verzweifelte Negation ihrer Ausbildung. Dadurch glaubten sie sich zu einem abstrakten Extremismus befähigt. Die intellektuelle Ausbildung sahen sie vor dem Proletariat als Schuld an. Diese Askese war die Ideologie der leninistischen Revolutionäre. Die Revolution war nicht mit ihrem alltäglichen Bedürfnis verbunden. Den Aufstand bereiteten sie vor wie für ihre Enkel.

Wie sollten sie revolutionär die Welt verändern, da sie sich selbst nicht verändern konnten?

Die Sprache der Genossen polularisierte sich, aber als populistische Senkung des Niveaus, sollte sie doch der rätselhaften Klasse verständlich werden, die die neuen Führer das „revolutionäre Subjekt" nannten. Als sie den politischen Aktivismus popularisieren wollten, hielten Theoriefeindschaft und Absage an das Denken Einzug. Theorie sollte sein, was dem Proletariat aus seiner Lebenserfahrung unmittelbar zugänglich war und von ihm in die Praxis umgesetzt werden konnte. *Die MLer begnügten sich damit, ihre „Klassiker" Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung zu zitieren, statt sie zu verändern.* Der undogmatische Zugang zur Theorie des Marxismus hatte sich in der Revolte über die kritische, aktivistische Theorie Karl Korschs vollzogen. Die Kinder

des Dogmatismus sind Attentismus und Resignation. Die Leninisten sprechen in der Revolutionserwartung als Endzeiterwartung von Reifung und Vergänglichkeit der Dinge statt davon, wie man sie zum Vergehen bringt. Brecht schreibt in den Sätzen über Korsch („Marxistische Studien"): „Wenn du von einem Prozeß sprichst, so nimm von vornherein an, daß du als handelnd Behandelter sprichst. Sprich im Hinblick auf das Handeln. Du bist immer Partei: Organisiere sprechend die Partei, zu der du gehörst! Wenn du davon sprichst, was einen Prozeß determiniert, so vergiß dich nicht selbst als einen der determinierenden Faktoren!"

Das seht, Genossen und zittert!

Es wollte den Genossen der Revolte scheinen, „daß heute mehr denn je von der subjektiven Tätigkeit der Menschen (abhängt), vom revolutionären Wollen der Menschen .... als von einer objektiven Dialektik" (Dutschke). Die Theorie der MLer war die von Fatalisten der Geschichte. Die Objektivität erhielt den Heiligenschein des Objektivismus: Tendenzieller Fall der Profitrate, die Notwendigkeit, die objektive Tendenz. Mit der Tätigkeit der Subjekte verschwanden siese selbst aus dem Geschichtsverlauf: bei den MLern war die Rede vom KAPITAL, nicht von den Kapitalisten, von der ARBEITERKLASSE, nicht von den Arbeitern, vom KAMPF, nicht von den Kämpfenden.

Die Lust der Revolte war, die Wissenschaft umzustülpen, sie für den Kampf vom Kopf auf die Füße zu stellen, „Wissenschaft als Moment der Selbstbefreiung von unbegriffenen Mächten" (Dutschke). Vor der mächtigen, einschüchternden Kanonik der Orthodoxie der Leninisten war Kritik nicht mehr das theoretische Leben der Revolution, und „Abenteuer der Dialektik" konnten die Genossen nicht mehr erleben, weil das rebellische Denken vor der mächtigen Kanonik nicht mehr als Genuß gelten konnte, sondern nur noch als Totenmaske des Entwurfs, der Idee. Bei den MLern wurde die revolutionäre Theorie sterbend in die Redaktionsstube gebracht und gebar die Phrase.

Ach, wer dem toten Kind das Leben gäbe! Er würde die Mutter retten (nach K. Kraus)

Die MLer sind die Alchimisten der Revolution. Sie teilen die „Ideenzerrüttung und Borniertheit" (Marx), welche die Goldhersteller der Neuzeit mit den frühen Alchimisten gemein haben. Nirgends haben es die MLer gewagt, das Bewußtsein gegen die Versuche der Revolution aufzuwiegeln, sich selbst zu kritisieren, „sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf (zu unterbrechen), auf das scheinbar Vollbrachte (zurückzukommen), um es wieder von neuem anzufangen, grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen, Erbärmlichkeiten

Wolf Biermann
Portrait eines alten Mannes

Seht, Genossen, diesen Weltveränderer: Die Welt
Er hat sie verändert, nicht aber sich selbst
Seine Werke, sie sind am Ziel, er aber ist am Ende

Ist dieser nicht wie der Ochse im Joch
des chinesischen Rades? Die Wasser
hat er geschöpft. Die Felder
hat er gesättigt. Der Reis
grünt. Also schreitet dieser
voran im Kreise
und sieht vor sich nichts, als
abertausendmal eigene Spur im Lehm
Jahr für Jahr wähnt er also, der Einsame
den Weg zu gehen der Massen. Und er läuft doch
sich selbst nur nach. Sich selber nur
trifft er und findet sich nicht
und bleibt sich selbst immer der Fernste

Seht, Genossen, diesen Weltveränderer: Die Welt
Er hat sie verändert, nicht aber sich selbst
seine Werke sind am Ziel, er aber ist am Ende

Das seht, Genossen. und zittert !

ihrer ersten Versuche zu verhöhnen" (Marx), dem revolutionären Inhalt neue Formen zuzuschreiben.

Im politischen Emanzipationskampf hatten die Genossen der Revolte die Vernunftskategorien des revolutionären Handelns mit Vertretern des Denkens der Frankfurter Schule ausgefochten, mit Adorno, Horkheimer, Habermas und Friedeburg." Aus kritischer Theorie Konsequenzen für politisches Handeln zu ziehen, ist die Sehnsucht derer gewesen, die es ernst meinten" (Horkheimer). Doch die Forderung war die nach einem allgemeinen Rezept, weil mit der „Notwendigkeit der Einsicht in die eigene Verantwortung" (Horkheimer) sich niemand begnügen wollte. Daraus entwickelte sich der Formalismus der Formbestimmung revolutionärer Situationen, der undurchschaute Traditionalismus des „guten Alten" schien verläßlicher als die Forderung des „schlechten Neuen". Das Gefühl neuer Geborgenheit in den neuen Organisationen der Linken wurde bezahlt mit dem „Opfer autonomen Denkens" (Adorno). Der Rückzug in die Parteien der neuen Geborgenheit ist ein Akt der Resignation gewesen, wie sie gerade gegen die Vertreter der Kritischen Theorie als Vorwurf der Praxislosigkeit in der Revolte erhoben worden war.
Seit der Entstehung der neuen Parteien alten Typs unter den Studenten vollzog sich die Entmischung der Bewegung der Revolte. In ihrer Mischung konstituierte sich die Revolte aus revolutionären, anarchistischen, sozialistischen, orthodox-kommunistischen, radikal christlichen, pazifistischen und liberalen Elementen. Mehr noch: in ihr waren die Fähigkeiten der Spontanität, Disziplin, Wissenschaftlichkeit und befreiter Verkehrsformen (Brückner) beschlossen. Im Zerfallsprozeß der Entmischung standen sich später einzeln die Spontis mit der Forderung nach der Befreiung des täglichen Lebens ohne Disziplin und Wissenschaftlichkeit und die Marxisten-Leninisten mit Disziplin und dem Drang nach orthodoxer leninistischer Wissenschaftlichkeit gegenüber. Die Entmischung war ein radikaler Prozeß, als daß die politische Zusammengehörigkeit im Sand des neuen politischen und privaten Alltags sacht verronnen wäre. Es sind Lebenszusammenhänge zerrissen worden, bei den einzelnen gab es einen Bruch in ihrer Lebensgeschichte. Die Mitglieder der Kommune I: Dieter Kunzelmann ist Mitglied der KPD, Rainer Langhans führt Regieassistenz in Fassbinders „Effie Briest", Fritz Teufel, Angehöriger der illegalen Linken im Untergrund, wird von den Sicherheitsorganen gesucht.

Die atemlose Bewegung der Revolte mit ihren Verheißungen, ständig im Zustand der revolutionären Ungeduld, hatte die Genossen ermüdet. „Da sie über den Marxismus der Gracchen nie hinausgelangt waren, endete jetzt mit Katzenjammer, was mit Gefühlen begonnen hatte" ([4]). Schon in der Revolte hatte sie

manchmal die Sehnsucht nach der Sicherheit der Mittelmäßigkeit überfallen, die geheime Sehnsucht nach der Halbierung des Lebens, nichts wagen, nirgends die Zwangsregeln stören, die Lust auf die fette, labile Geborgenheit der Arbeitszeit als Lebenszeit. Marcuse, der Vater der Revolte, stellt heute der brennenden Revolutionserwartung das Wort entgegen, daß „die Revolution ein Werk von Generationen sein wird" ([5]).

Seit dem Aufbau der Parteien altert die Neue Linke. Die Revolte frißt ihre Väter. Doch anders als die Töchter des Pelias, die ihren Vater zerstückten, um ihn zu verjüngen, altert die Neue Linke, seit sie begonnen hat, sich von ihren Vätern loszusagen, von Marcuse, Fanon, Che Guevara, vom Horkheimer der „Dämmerung".

Für die Studenten der Revolte war die Enttäuschung furchtbar, sie zu erkennen glaubten, „daß sie einer Illusion zum Opfer gefallen sind, daß das Alte stärker ist als das Neue, daß die ‚Tatsachen' gegen sie und nicht für sie sind, daß ihre Zeit, die neue, noch nicht gekommen ist. Es ist dann für sie nicht nur so schlecht wie vorher, sondern viel schlechter, denn sie haben allerhand geopfert für ihre Pläne, was ihnen jetzt fehlt, sie haben sich vorgewagt und werden jetzt überfallen, das Alte rächt sich an ihnen" ([6]).

Die Revolte ist Geschichte – Erbe der Revolte

Die Revolte ist Geschichte. Sie äußerte sich in dem Aufstand gegen die Kolonisierung des alltäglichen Lebens, die künstliche Unterentwicklung subjektiver Kreativität. Ihre Leidenschaften waren verschwenderisch und die politische Aktion phantasievoll und ideenreich zerstörerisch. Sie wollten die Veränderung der Politik und der Verkehrsform des Alltags, alternative Lebensformen. So sehr die Revolte Geschichte ist, ist sie am gegenwärtigen Status der Lebensverhältnisse nicht spurlos vorübergegangen. „In den Träumen/ der noch niedergedrückten in den / Gedanken der bereits Aufrührerischen, wie / in den Taten / der sich Erhebenden/ findet ihr, was/ von uns bleibt" ([7]). Es gibt die Diskreditierung der Herrschaft, die politische Passivität aus der Epoche Adenauers und Ehrhrads hat in den Bürgerinitiativen ihren guten Leumund verloren, es gibt die Veränderung der Lebensformen, konstituiert durch die Moral der Revolte, die eine Moral der Befreiung war, es gibt die Verachtung des Individualismus, die Würde des Kollektivismus, die Reformversuche im Erziehungswesen, den Angriff auf das Eigentum in den westlichen Industriestaaten, die Veränderung der geistigen Produktion in Politik und Literatur. Das Klima der Lebensverhältnisse hat sich verändert. Der Wechsel von Überflußgesellschaft zur Inflationsgesellschaft und, aus ihm, das neue Leben des Konservatismus, werden nur wenig daran rückgängig machen können.

In der Studentenrevolte stand sie Gesellschaft unter dem Zwang, partiell progressiv zu sein und gleichzeitig Eroberungen der Protestbewegung wieder rückgängig zu machen. Sie hat in ihrer Entstehung die psychische und kulturelle Verelendung aufgedeckt, „die Kluft zwischen Bedürfnissen und disponibler Kaufkraft" (Mandel). Es gab das gierige Interesse der Linken nach der von der kommunistischen Orthodoxie selektierten Geheimgeschichte marxistischer Theorie, nach den „Häretikern" wie Pannekoek (6 Nachdrucke), Korsch (18 Titel), Wilhelm Reich (61 Titel) und andere. Das kulturelle Klima der Revolte war beherrscht von einigen zentralen philosophischen und antiimperialistischen Texten: „Dialektik der Aufklärung", „Dämmerung", „Illuminationen" und „Angelus Novus", „Marxismus und Philosophie", „Geschichte und Klassenbewußtsein", „Der eindimensionale Mensch", „Persien – Modell eines Entwicklungslandes", „Die Verdammten dieser Erde", das „Bolivianische Tagebuch", „Vietnam – Genesis eines Konflikts" und schließlich die Selbstzeugnisse der Studenten: „Rebellion der Studenten", „Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kummunismus", „Klau mich" und „Wider die Untertanenfabrik". An diesen zentralen Texten der Aufklärung der Revolte, unterschiedslos das politisch kulturelle Eigentum derer, die sich ihr zugehörig fühlten, kann die Revolte begriffen werden, wie sie sich selber begriff: nicht aus dem Traditionszusammenhang der kommunistischen Arbeiterbewegung. Sie setze einen neuen Begriff der Emanzipation, der aus der Geschichte der deutschen proletarischen Klassenbewegung als Leidensgeschichte konstituiert war.

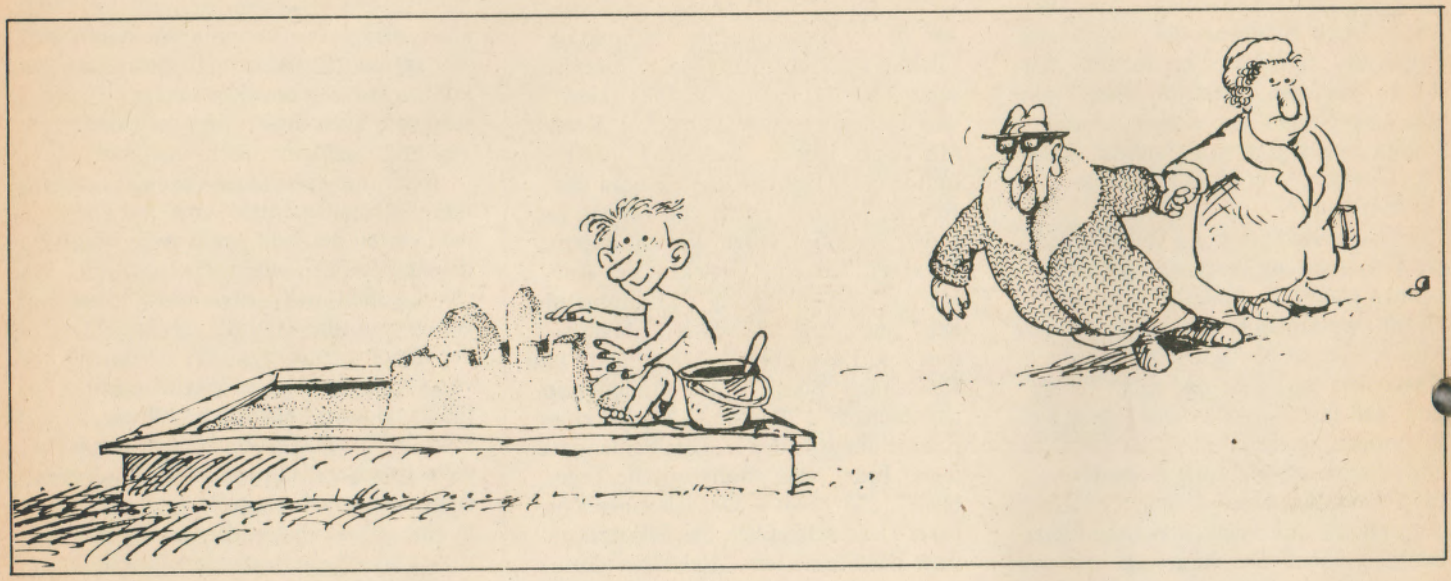
1964 begann die Produktion der Raubdrucke. Später entstanden die linken Verlage und Buchhandlungen, die heute vom Buchmarkt nicht mehr fortzudenken sind. Die Konzeption linker Verlage, die in und aus der Revolte entstanden sind, ist schlüssig aus den zentralen Motiven der Revolte entwickelt: die Vermassung revolutionärer Theorie und Aktion in die Produzentenklasse bei Oberbaum, der anarchistische Funken der Revolte im Karin-Kramer-Verlag, die nichtrepressive Kindererziehung beim Basis-Verlag und Weisman-Raith-Verlag, der Anti-Imperialismus der Revolte aus dem Aufstand des Denkens im Raum der Erziehung (Roter Stern, Frankfurt).

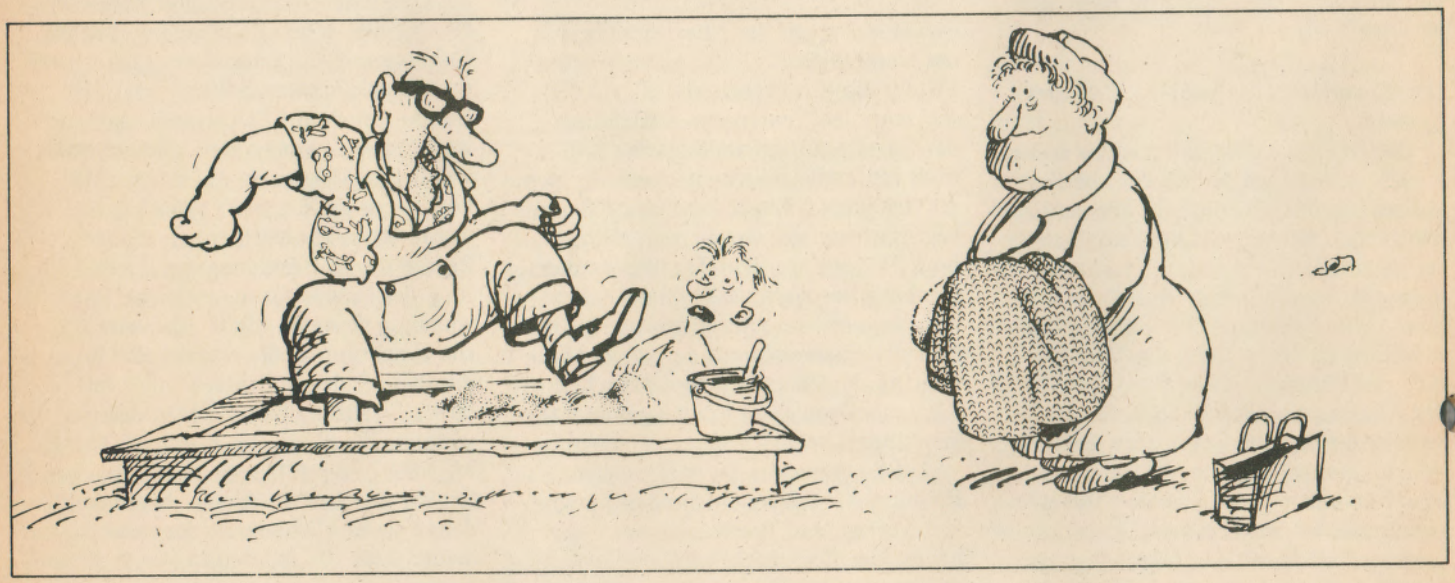
Die Revolte, eine Gestalt des Lebens, ist alt geworden. Aber hat die Eule der Minerva mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug begonnen? Erste Erklärungsversuche der Revolte waren die bildungsökonomischen von Roth, Altvater, Huiskens u.a. Das Klima der Revolte, die Befreiung des Alltags, die Änderung des Lebensstils, der Aufbruch zu einem neuen Leben waren in ihnen nicht beschrieben. Zaghafte Versuche machten dazu die Romane über die Revolte: Peter Schneider, „Lenz", Uwe Timm, „Heißer Sommer", Klaus Rainer Röhl, „Fünf Finger sind keine Faust" und „Gaston Salvatore erzählt die Geschichte des Mannes mit der Pauke. Wolfgang Neuss, ein faltenreiches Kind". Im Trikont-Verlag erscheint „Wie alles anfing" von Bommie Baumann. Im Verlag Association ist Margareth Kukkuck, „Student und Klassenkampf" erschienen, auch dieser Text im ersten Teil bildungsökonomisch überlastet.

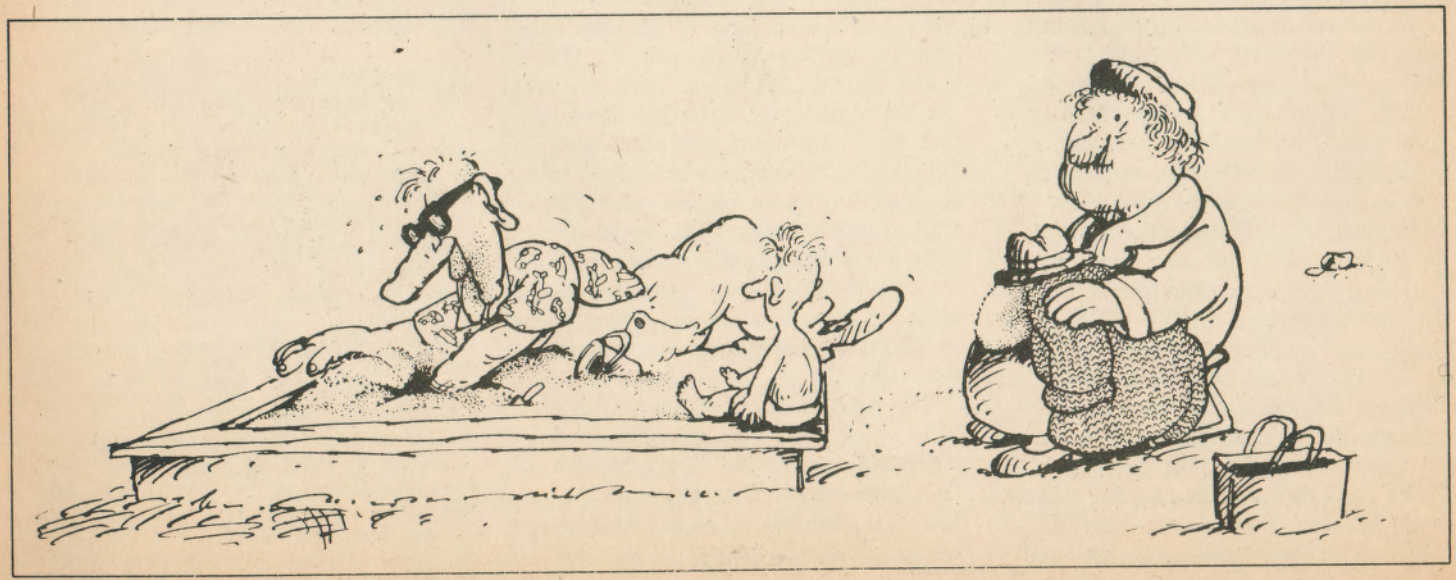
Auch mit der Trauer über den Tod des bürgerlichen Idividuums und über den Verfall der Gebrauchswerte ist die Revolte bei weitem nicht ausreichend gefaßt, nicht ohne die Rede davon, wovon die Träume der Subjekte der Revolte handelten, der Forderung von Glück, jener „nachträglichen Erfüllung eines prähistorischen Wunsches" (Freud). Die Individuen der Revolte haben auf das hedonistische Verlangen Anspruch gemacht, und nicht in einer endzeitlichen Erwartung befreiter Gesellschaft, sondern bereits in der Gesellschaft der versagten Genüsse. Die Revolte setzte „wie jede wirkliche Erschütterung .... unerwartet und schroff neue Bedürfnisse und Werte frei" ([8]). Der Anspruch auf Selbstverwirklichung war es, der Genossen der Studentenbewegung begierig nach den Pariser Manuskripten greifen ließ (1966 bei rowohlts-Klassiker erschienen), die im Begriff der Entfremdung die Zerstörung des Raums für menschliche Entwicklung deuteten, denn „der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft der Individuen" ([9]). Aus dieser Erfahrung hatte sich in der Revolte die Forderung nach einem NEUEN MENSCHEN gebildet, mit allen Elementen der Blochschen ‚Ungleichzeitigkeit', denn „in wirklichkeit ist der neue mensch der alte mensch in neuen situationen" ([10]).

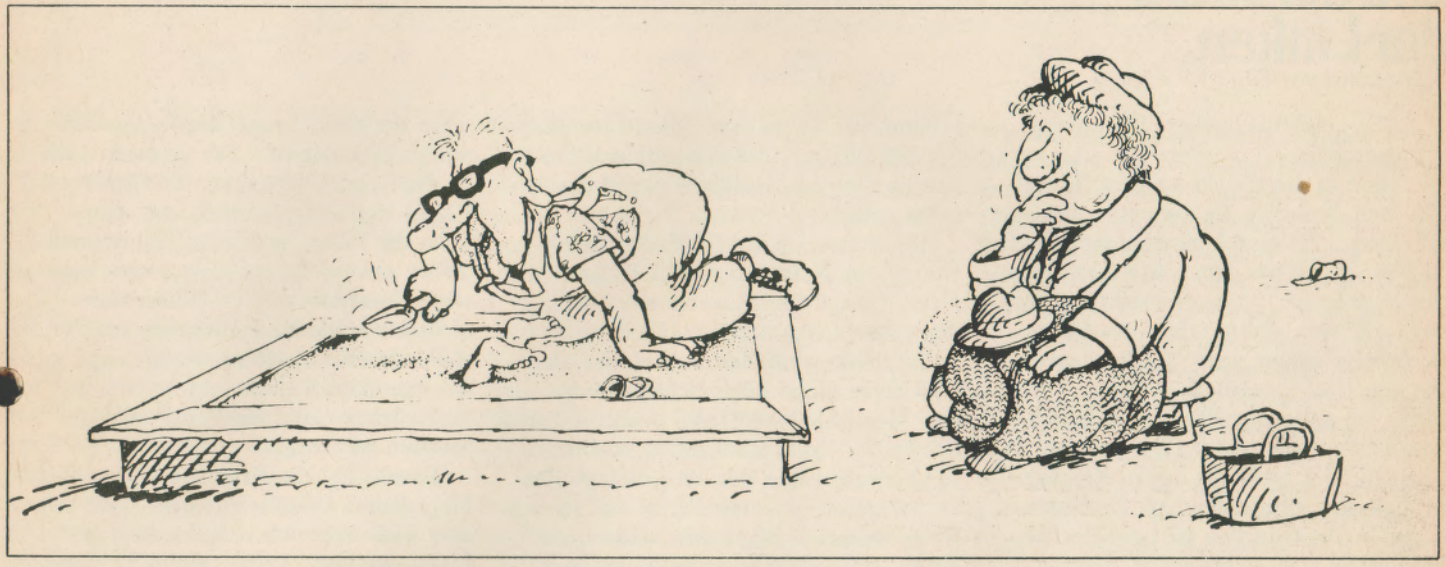
Peter Mosler

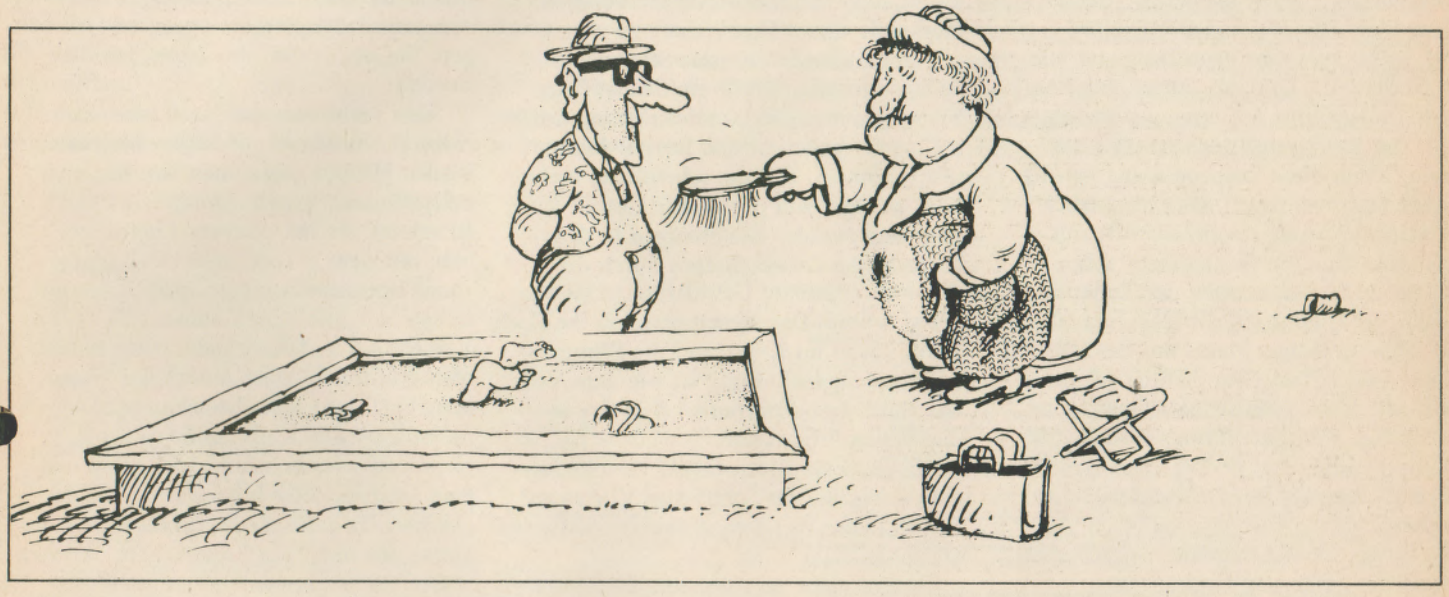
1) Herbert Marcuse, Über Revolte, Anarchismus und Einsamkeit, Zürich 1969, S. 20 und 28
2) Hans Jürgen Krahl, Konstitution und Klassenkampf, Frankfurt 1971, S. 106
3) Schon Brecht „ließ durchblicken, daß die, welche die theoretischen Lehren von Marx sich zu eigen gemacht und in Behandlung genommen haben, immer eine pfäffische Kamarilla bilden werden" (W. Benjamin, Versuche über Brecht, Frankfurt 1966, S. 128)
4) entfällt
5) Herbert Marcuse, Über Konterrevolution und Revolte, Frankfurt 1973, S. 57
6) Brecht Vorwort zur dänischen Fassung des „Galilei", Leipzig 1959, S. 124
7) Günther Kunert, Der ungebetene Gast, Berlin und Weimar 1965, S. 9
8) Rossana Rossanda, Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch, Frankfurt 1973, S. 35
9) Marx, Grundrisse, S. 396
10) Brecht, Arbeitsjournal, 12.12.40

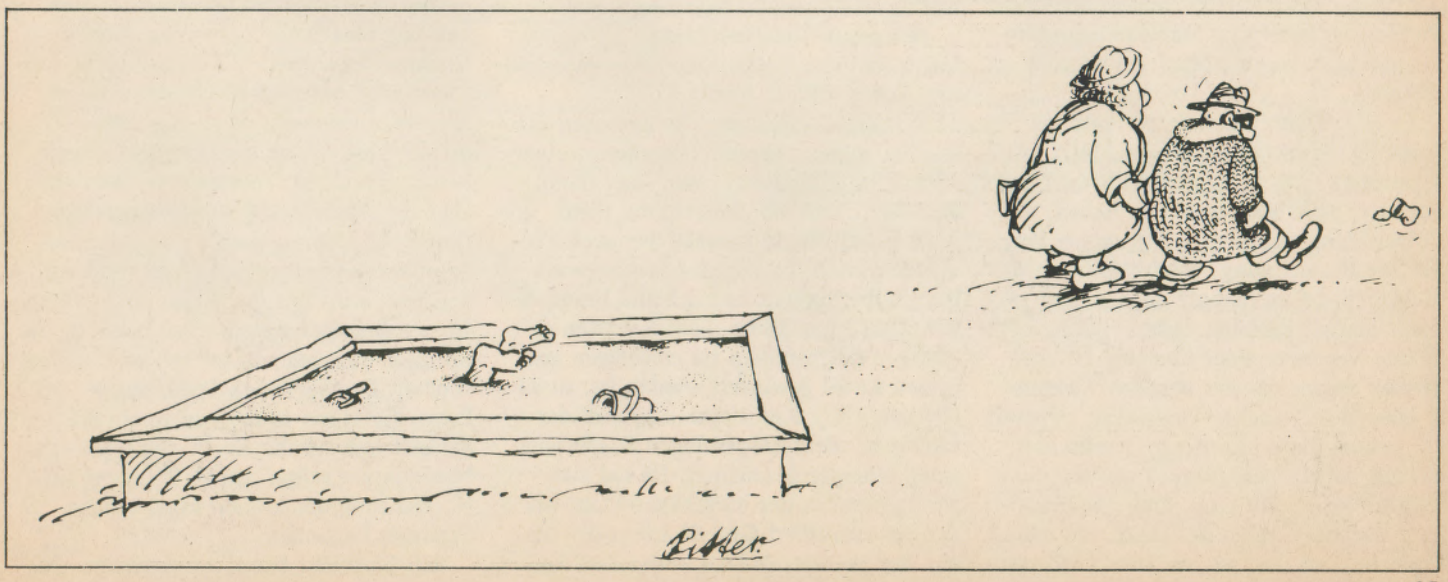












Bitter

diskus-interview mit Peter Brückner im November 1974 zum Tod von Holger Meins und Günther von Drenkmann und der Krise der Linken.

Fortsetzung von Seite 1

Es hat auch die Todesfälle in Mannheim gegeben ...

... und in der Glocke und im Glingelpütz und so weiter. Es kommen noch drei Dinge, die man berücksichtigen muß. Erstens: gegenüber den politischen Gefangenen setzt sich doch offensichtlich, nur noch mühsam getarnt, ein pures Staatssicherheitsdenken gegen alle Behauptungen von Rechtsstaatlichkeit durch. Damit meine ich folgendes: für das Staatssicherheitsdenken, wie es der CDU-Innenminister Schröder 1958 vor hohen Richtern in Karlsruhe empfohlen hat, für dieses Statssicherheitsdenken tritt die Rechtsordnung in zwei selbständige Teile auseinander: RECHT und ORDNUNG – ich wähle hier den Begriffsapparat von Carl Schmitt. Und das, wenn eine herrschaftskonforme Ordnung gewährleistet ist, soll Recht und Rechtstaatlichkeit sein. Wenn diese Suspendierung von Re Rechtsnormen durch das Staatssicherheitsdenken nun zusammentrifft mit der Gruazone im Strafvollzug, schon allein da liegt sozusagen der Todesfall nahe. Es kommt ein drittes hinzu: daß es sich bei Holger Meins um das Mitglied einer politischen Gruppierung gehandelt hat, die ihren politischen Kampf, aber auch ihre Rekonstruktionsversuche als Gruppe unter den Bedingungen der Einzelhaft versucht hat fortzusetzen, um schließlich mit dieser gewaltlosen Methode des Widerstandes auf Abschaffung der Isolierung zu drängen.

Offensichtlich unterscheiden sich auch die Gefängnisärzte im Maß ihrer Sorgfalt, wie gering diese im stärksten Fall auch sein mag.

Es liegt nahe, und es wird auch oft getan, es als eine faschistische Untat zu bezeichnen, daß Staatsgewalt, Strafvollzug usw. praktisch zugesehen haben, wie Holger Meins verhungert. Ich meine aber, daß die Bezeichnung "faschistisch" es der bürgerlichen Gesellschaft noch immer zu leicht macht. Beispielsweise könnten die letzten Vertreter einer liberalen Öffentlichkeit sagen: das hat wirklich Elemente einer faschistischen Gewalttat, so etwas hat keinen Platz in unserer Gesellschaft, es muß negativ sanktioniert werden. Soweit ich höre, gibt es ja auch ein Ermittlungsverfahren gegen den Arzt. Ich meine vielmehr, daß das, was da zum Ausdruck kommt, ein Typus von Gewaltförmigkeit ist, der mit zu den Konstitutionsbedingungen dieser bürgerlichen Gesellschaft selbst gehört.

Du meinst, diese begriffliche Denunziation, die Vernichtung von Holger Meins "faschistisch" zu nennen, würde den bürgerlichen Staat 'entlasten'.

Es würde zumindestens den liberalen Vertretern dieses bürgerlichen Staates eine Möglichkeit eröffnen, erneut auf den Schein der Rechtstaatlichkeit und relativen Gewaltfreiheit des bürgerlichen Staates auszuweichen, statt darin, daß sie den Holger Meins richtig haben verhungern lassen, eines der historisch erworbenen Merkmale dieser Gesellschaft zu sehen.

Ich nenne nur ein paar Stichworte: Antipsychiatrie, Kritik am Strafvollzug, Fürsorgeheime, die Ghettos, Young Lords usf. – wir haben in den letzten Jahren sehen können, daß die scheinbare, mehr oder weniger von physischer Gewalt freie Regelung sozialer Beziehungen in den bürgerlichen Gesellschaften durch die rohe, unmittelbare Gewaltförmigkeit abgelöst wurde. Die, denen wirklich ihr Recht ward, sitzen im Knast und die Stimme ist ihnen abgeschnitten, so wie dem Volk das Maul abgeschnitten wird in der industriellen Produktion.

Es gibt eine Blutspur der Revolte, angefangen mit dem Schuß von Kurras auf Benno Ohnesorg, dem Attentat auf Rudi Dutschke...

... und nicht zu vergessen, die unklaren Todesfälle 68 in München !

Der letzte Tote der Linken ist Holger Meins. Gibt es Vergleichspunkte zwischen den Toten von 68 bis 74 ?

Der Zusammenhang, der zwischen diesen Ereignissen herrscht, ist einer der geschichtlichen Sequenz. Man muß daranfesthalten, daß eine bestimmte, nicht mehr kontrollierte Gewaltförmigkeit eröffnet worden ist von der Staatsgewalt. Ich glaube, da gibt es gar keine Frage. So wie Rosa Luxemburg nicht Soldaten erschlagen hat, sondern sie erschlagen und in den Kanal geworfen worden ist, so ist überhaupt der Konstitutionsprozeß der Linken im deutschsprachigen Raum von einer Blutspur gezeichnet. Da hat sich gezeigt, daß es der bürgerliche Staat ist, der unkontrolliert Gewalt anwendet. Es hat sich gezeigt, daß wir weder den Aussagen der Polizei noch der Innensenatoren glauben dürfen – ich erinnere mich an die Gegenermittlungen im Kursbuch 12. Es ist ebenso deutlich, daß große Teile der Presse in der Tat längst Instrumente geworden sind, den Bürger herrschaftskonform zu kontrollieren und nicht etwa, ihn zu informieren und bestehende Herrschaft zu verunsichern, wie das irgendwann einmal im Anfang der bürgerlichen Gesellschaft ihre Aufgabe gewesen sein mag.

Damals hat die Kriminalisierung in der bürgerlichen Gesellschaft begonnen, seitdem muß man sich weigern, das, was Innensenatoren, Zeitungen und Polizisten zu solchen Sachen sagen, zu glauben. Sie sind zu oft der Lüge überführt worden.

Aber nicht nur, daß die Linke kriminalisiert worden ist, es ist ihr auch mit legalen Mitteln genommen worden, sich beispielsweise, gegen Springer zur Wehr zu setzen. Sie hat nie eine Chance gehab, mit dem § 130 StGB (Volksverhetzung) irgendetwas gegen Springer zu unternehmen. Wir haben immer diese ganze Verhetzung und Kriminalisierung hinnehmen und mit unseren manchmal armen, manchmal sehr einfallsreichen Mitteln unserer eigenen Kommunikationsstrategien beantworten müssen. Da haben wir eine Lektion dafür bekommen, daß das gegenwärtig geltende Recht Momente des Unrechtes nicht nur konsolidiert, sondern stiftet. Da haben wir bestimmte Erfahrungen gemacht über Prozesse der Verkehrung innerhalb dieser bürgerlichen Rechtsstaatlichkeit. Wir dürfen nicht vergessen, daß z.B. der Hausfriedensbruch negativ sanktioniert wird, eigentlich meine Privatsphäre vor ,ffentlich einwirkenden Mächten schützen soll. Wenn wir aber die Auslieferung von Springer-Zeitungen blockieren, weil die ständig uns gegenüber sozusagen Hausfriedensbruch begehen, wird mit einemmal dieser Hausfriedensbruchparagraph dazu benutzt, um Springer zu schützen. Da gab es eine Perversion. Damals haben Staatsgewalt und Presse für einen Bruch von Rechtsstaatlichkeit und für die Eröffnung einer ganz bestimmten, schon damals im Kern auf Vernichtung der Linken hinzielenden Strategie begonnen.

Ich bin nicht bereit zu vergessen, daß

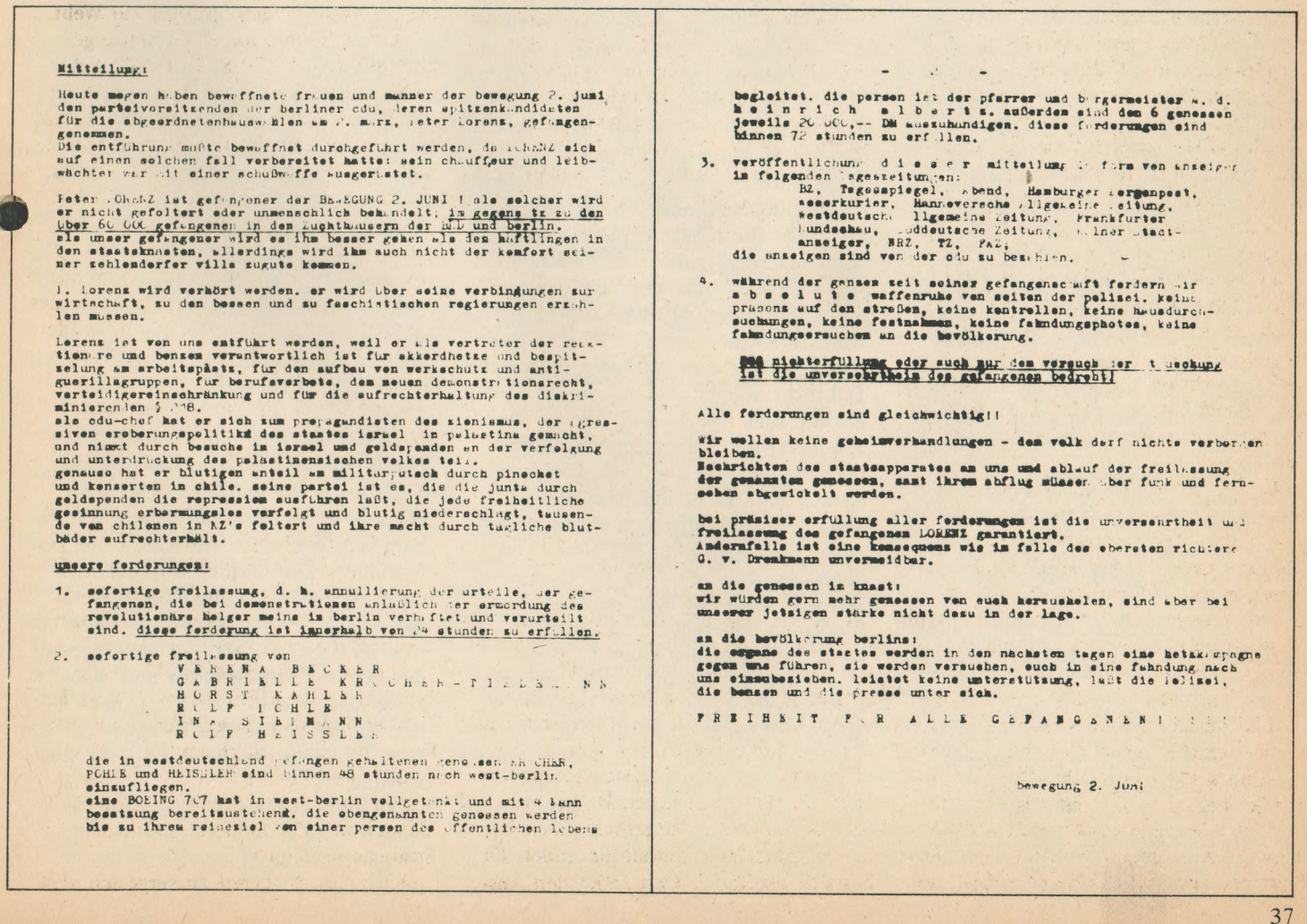
em Preisträger der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 1967 den SDS als "Wanzen des Systems" bezeichnen und den Einsatz von chemischen Entgiftungsmitteln vorschlagen konnte, ohne daß ihm irgendetwas passiert ist.

Dieser Benda, diese Charaktermaske, der jetzt erneut anfängt, die Intellektuellen zu verteufeln, was hat der Benda 1968, damals Innenminister der BRD, zu den Springer-Unruhen gesagt, mit seiner öligen Stimme: Kritik, solange sie im Geistigen bliebe, das sei zuzulassen. Mit anderen Worten: selbst eine Kritik, die im Geistigen bliebe, hat er sicherlich nicht gewünscht. Er meint, man könne sie "zulassen". Jetzt steht er da und beschimpft die Intellektuellen, die "am sicheren Schreibtisch" Gewalt rechtfertigen. Ich will ihm nicht den Tort antun, ihn als einen Intellektuellen zu bezeichnen – so bezeichnen wir uns auch nicht – aber er soll mal lesen, was er 1968 im Rundfunk zu den Springer-Unruhen gesagt hat und er soll mal seinen Schuldanteil am Tode von Holger Meins und in gewisser Weise auch von Drenkmann bestimmen.

Der Tod von Drenkmann. Wenn man so will, ist der Tod von Holger Meins der Terrorismus der Starken gewesen. Kann man nicht sagen, daß der Tod von Drenkmann Ausdruck von Terrorismus der Schwachen gewesen ist ?

Auf der Basis dieser Frage kann ich auf den Tod des Richters Drenkmann nicht antworten. Ich muß versuchen, es anders darzustellen, was ich darüber denke.

Ich will auch hier versuchen, einen historischen Zusammenhang, wenigstens annäherungsweise herzustellen. Die Entstehungsgeschichte der RAF kann ebensowenig wie die der Roten Brigaden in Italien oder der NRD (Nouvelle Resistance Populaire) in Frankreich aus der Geschichte des antiimperialistischen Kampfed herausgenommen werden. Der antiimperialistische Kampf ist angewiesen auf das, was Ho Chi Minh und andere "Revolution im eigenen Land" genannt haben. Das heißt, daß der antiimperialistische Kampf in den Metropolen immer unter Kontrolle eines Klassenkampfdenkens geführt werden muß. Für einen Vietnamnesen oder einen Algerier – oder auch für einen Neger im amerikanischen Ghetto – schwinden sozusagen die Differenzen in Arbeitsteilung, Herrschaft, Prestige, Funktion innerhalb des Kolonialvolkes. Denk an Frantz Fanon und andere. D.h. für den Ghettoinsassen, für das Kolonialvolk, das sich gegen die Besatzungsmacht zur Wehr setzt und gegen



Mitteilung:

Heute morgen haben bewaffnete frauen und männer der bewegung 2. juni den parteivorsitzenden der berliner cdu, deren spitzenkandidaten für die abgeordnetenhauswahlen am 2. marz, peter lorenz, gefangengenommen.
Die entführung mußte bewaffnet durchgeführt werden, da lorenz sich auf einen solchen fall vorbereitet hatte: sein chauffeur und leibwächter war mit einer schußwaffe ausgerüstet.

Peter LORENZ ist gefangener der BEWEGUNG 2. JUNI ! als solcher wird er nicht gefoltert oder unmenschlich behandelt; im gegensatz zu den über 60 000 gefangenen in den zuchthäusern der BRD und berlin.
als unser gefangener wird es ihm besser gehen als den häftlingen in den staatsknasten, allerdings wird ihm auch nicht der komfort seiner zehlendorfer villa zugute kommen.

L. lorenz wird verhört werden. er wird über seine verbindungen zur wirtschaft, zu den bossen und zu faschistischen regierungen erzählen müssen.

Lorenz ist von uns entführt worden, weil er als vertreter der reaktionäre und bonzen verantwortlich ist für akkordhetze und bespitzelung am arbeitsplatz, für den aufbau von werkschutz und antiguerillagruppen, für berufsverbote, dem neuen demonstrationsrecht, verteidigereinschränkung und für die aufrechterhaltung des diskriminierenden § 218.
als cdu-chef hat er sich zum propagandisten des zionismus, der agressiven eroberungspolitik des staates israel in palästina gemacht, und nimmt durch besuche in israel und geldspenden an der verfolgung und unterdrückung des palästinensischen volkes teil.
genauso hat er blutigen anteil am militärputsch durch pinochet und konsorten in chile. seine partei ist es, die die junta durch geldspenden die repressalien ausführen läßt, die jede freiheitliche gesinnung erbarmungslos verfolgt und blutig niederschlägt, tausende von chilenen in KZ's foltert und ihre macht durch tägliche blutbäder aufrechterhält.

unsere forderungen:

1. sofortige freilassung, d. h. annullierung der urteile, der gefangenen, die bei demonstrationen anläßlich der ermordung des revolutionärs holger meins in berlin verhaftet und verurteilt sind. diese forderung ist innerhalb von 24 stunden zu erfüllen.

2. sofortige freilassung von
VERENA BECKER
GABRIELE KRÖCHER-TIEDEMANN
HORST MAHLER
ROLF POHLE
INA SIEMANN
ROLF HEISSLER

die in westdeutschland gefangen gehaltenen genossen an CHAR, POHLE und HEISSLER sind binnen 48 stunden nach west-berlin einzufliegen.
eine BOEING 707 hat in west-berlin vollgetankt und mit 4 mann besatzung bereitzustehen. die obengenannten genossen werden bis zu ihrem reiseziel von einer person des öffentlichen lebens

- 2 -

begleitet. die person ist der pfarrer und bürgermeister a. d. heinrich albertz. außerdem sind den 6 genossen jeweils 20 000,-- DM auszuhändigen. diese forderungen sind binnen 72 stunden zu erfüllen.

3. veröffentlichung dieser mitteilung in form von anzeigen in folgenden tageszeitungen:
BZ, Tagesspiegel, Abend, Hamburger Morgenpost, Kölner Kurier, Hannoversche Allgemeine Zeitung, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Kölner Stadtanzeiger, NRZ, TZ, FAZ;
die anzeigen sind von der cdu zu bezahlen.

4. während der ganzen zeit seiner gefangenschaft fordern wir absolute waffenruhe von seiten der polizei, keine präsenz auf den straßen, keine kontrollen, keine hausdurchsuchungen, keine festnahmen, keine fahndungsphotos, keine fahndungsersuchen an die bevölkerung.

bei nichterfüllung oder auch nur dem versuch der täuschung ist die unversehrtheit des gefangenen bedroht!

Alle forderungen sind gleichwichtig!!

wir wollen keine geheimverhandlungen - dem volk darf nichts verborgen bleiben.
Nachrichten des staatsapparates an uns und ablauf der freilassung der genannten genossen, samt ihrem abflug müssen über funk und fernsehen abgewickelt werden.

bei präziser erfüllung aller forderungen ist die unversehrtheit und freilassung des gefangenen LORENZ garantiert.
Andernfalls ist eine konsequenz wie im falle des obersten richters G. v. Drenkmann unvermeidbar.

an die genossen im knast:
wir würden gern mehr genossen von euch heraushalen, sind aber bei unserer jetzigen stärke nicht dazu in der lage.

an die bevölkerung berlins:
die organe des staates werden in den nächsten tagen eine hetzkampagne gegen uns führen, sie werden versuchen, euch in eine fahndung nach uns einzubeziehen. leistet keine unterstützung, laßt die polizei, die bonzen und die presse unter sich.

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN !!!

bewegung 2. Juni

die fremde Kultur, die seine eigenen ökonomischen und kulturellen Traditionen zerstört, für den werden sozusagen alle Katzen grau. Wir können zwar gleich gleichnishaft von 'innerer Kolonisation' sprechen, wir können zwar sozusagen poetische Analogien sehen zwischen den Stützpunkten der Amerikaner oder Franzosen in Algerien oder Vietnam und den Stützpunkten des großen Kapitals in den Unternehmen in unserem Land, aber das sind fast so etwas wie "poetische Allegorien" – sie können nicht zum Prinzip politischen Handelns werden. Für den Klassenkampf gilt, daß es völlig unmöglich ist zu sagen: da ist einer von 'UNS' zu Tode gekommen, jetzt muß auch einer von 'DENEN' zu Tode kommen, egal wer, irgendein beliebiger. Da scheint mir eine Verwilderung von Theorie und auch eine Geschichtslosigkeit darinzustecken, etwas extrem Unmarxistisches. Offensichtlich sind die Herrschenden nicht von sich aus "grundböse". Gibt es den Begriff der Charaktermaske oder nicht? Gibt es die Einleitung von Marx zum Kapital, wo er sagt, ich schildere den Kapitalisten, den Unternehmer nicht im rosigen Licht, aber nur deshalb, weil sie micht nur als Personifikation ökonomischer Verhältnisse interessieren ?

Ihr habt in eurem Buch zum Mord an Schmücker darauf hingewiesen, daß der Begriff der Charaktermaske auf die unvollkommene Gesellschaftlichkeit der Subjekte verweist. In dem Zusammenhang, den du erwähnt hast, geht die Kritik an der Tötung Drenkmanns auf die Beliebigheit des Opfers hinaus ?

Sie sieht in der Beliebigkeit des Opf-Opfers einen Ausdruck für eine Gewaltförmigkeit, die sich, für mein Verständnis, von den Traditionen des Marxismus wie denen des früheren Anarchismus gelöst hat. Natürlich kann ich ebensowenig bei Holger Meins wie beim Richter Drenkmann davon abstrahieren, daß es ein Mensch gewesen ist mit Familie – ist das Recht auf Leben etwas, das zum Sozialismus gehört oder nicht? Du hast unsere Analyse gelesen; ich bin kein Pazifist, weil ich zu sehr weiß, daß eine absolute Forderung nach Friedfertigkeit den Herrschenden zu Buche schlägt. Insofern muß ich, sozusagen wider Willen, akzeptieren, daß die Auseinandersetzung zwischen Herrschenden und Beherrschten einfach mit Momenten von Gewaltförmigkeit ablaufen muß, nicht zuletzt aufgrund der Strategie derer, die Herrschaftspositionen besitzen.

Mir scheint jedoch, daß eine Tötungshemmung mit zu dem Begriff des Sozialisten gehört.

Aber beim Tod von Carrero Blanco hat es unter den Linken Jubel gegeben. Beim Rod des Richters Drenkmann Angst und Distanzierung.

Die Linken wissen sehr wohl, daß Carrero Blanco jemand war, dessen Leben den Tod von vielen anderen bedeutet hat, dessen Hoffnungen und Erwartungen aufgebaut waren auf der Vernichtung von Hoffnung und Erwartungen vieler anderer, was bei dem Richter Drenkmann offensichtlich nicht zutrifft. Ich sehe auch, daß die Linken von dem Tod des Richters Drenkmann zu großen Teilen betroffen sind.

Man muß noch weiter gehen und fragen: was wird eigentlich aus denen, die auf den Richter Drenkmann geschossen haben. Das ist dieselbe Frage wie: was wird eigentlich aus denen, die Schmücker erschossen haben? Leute, die auf Staatssicherheit und Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft dressiert sind, die überstehen vielleicht Tötungen anderer Leicht, aber ich glaube daß für Linke – überdies Linke, die hier in der BRD aus der Protestbewegung hervorgegangen sind – für die, glaube ich bedeutet die Tötung eines anderen auch eine Katastrophe für ihre eigene Existenz.

Aber die Reaktion auf den Tod des Richters Drenkmann war unterschiedlich. Die Intellektuellen haben häufig mit Abscheu reagiert, weil sie auch befürchtet haben, daß die Reaktion des Staates sie als erste trifft, als Lehrer etwa oder als Universitätsangehörige. Arbeiter, auch kleine Angestellte haben nach dem Tod von Holger Meins gelegentlich gesagt: da mußte doch etwas passieren!

Es gibt natürlich auch Arbeiter und kleine Angestellte, die etwas ganz anderes gesagt haben. Und es gibt auch Intellektuelle, die sich ganz anders geäußert haben, oder sich vielleicht anders äußern würden, wenn sie ...

Abscheu scheint mir sowieso nicht die richtige Reaktion zu sein. Man kann etwas betrauern, beklagen, man kann entsetzt sein, erschrocken. Wir sollten es dem Staat und den Revisionisten überlassen, von Abscheu zu reden.

Es gibt für viele Arbeiter und kleine Angestellte aus ihrem Lebenszusammenhang eine alte Klassenerinnerung und Klassenerfahrung, die eines unüberbrückbaren Unterschiedes zwischen denen da unten und denen da oben. Das Lebensschicksal kleiner Leute ist längst von Prozessen und Urteilen abhängig, die sie zum Teil nicht können und auf die sie ohne E Einfluß sind. Für sie sind "die da oben" eine kompakte Personenmehrheit von Herrschenden, da sind auch wieder alle Katzen grau. Es ist durchaus denkbar, daß diese Erfahrung auch einmal unmittelbar politisiert wird, daß einer "von denen da oben" zu Tode gekommen ist. Das wird auch mit einer gewissen Befriedigung wahrgenommen: es trifft nicht immer nur die kleinen Leute.

Du hast am Anfang gesagt, daß man sich hüten soll, die Tötung von Holger Meins "faschistisch" zu nennen. Nun haben die französischen Genossen – Glucksmann, Foucault und andere – Überlegungen angestellt über den Neuen Faschismus und die Neue Demokratie. Sie haben gesagt, daß der Faschismus nicht das Innenministerium besetzen wird, sondern ... vom Innenministerium aus den Staat erobert. Der Begriff des "Neuen Faschismus" hat ja den Vorteil, daß er bestimmt reale Veränderungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft sehr genau kontrollierbar macht. Ich würde mich jedoch dagegen wehren, diese Analysen aus einem bestimmten, hier auch nationalgeschichtlichen Zusammenhang herauszulösen. Ich kann mir vorstellen, daß es für die französische Linken etwas anderes bedeutet, vom neuen Faschismus und von Widerstand zu sprechen. Sie haben eine Resistance-Tradition, bei ihnen hat sich das Verhältnis von Arbeiterschaft und Unternehmern anders entwickelt als bei uns, bei ihnen ist das Verhältnis zur Staatsgewalt wesentlich anders konstruiert als bei uns. Ich würde auch nichts dagegen haben zu sagen, daß die Entwicklung der BRD jenen Typus von Involution zeigt, der den Faschismus, wie wir ihn früher verstanden haben, sozusagen unnötig macht.

Gerade bei der Frage, wie der Tod von Holger Meins interpretiert werden kann, zeigt sich eine Schwäche dieses Faschismus-Konzeptes. Am Tod von Holger Meins kommt etwas versteckt Apologetisches an diesen Faschismusbegriff heraus – als wäre das nicht mehr bürgerlich.

Ich gebe zu, daß ich vor zwei, drei Jahren den Begriff Faschismus selbst noch leichteren Herzens gebraucht habe, weil wir damals noch analytisch einigermaßen auf der Höhe waren, während die Inflation des Begriffes Faschismus im Zusammenhang mit dem Verfall der analytischen Fähigkeiten mich inzwischen empfindlicher gemacht hat.

Du sagst, du habest vor einigen Jahren mit dem Begriff Faschismus noch großzügiger operiert. Das sagt ein Genosse, der den Faschismus selber erlebt und auch etwas getan hat gegen die faschistische Herrschaft.

Ja, ich habe in den Jahren 41 - 43 Verschiedenes gemacht, Fluchthilfe für britische Unteroffiziere, für Volksdeutsche in Ungarn usw. Ich habe mich damals zu einem geschickten Papierfälscher entwickelt, zusammen mit Genossen der KPÖ.

In der Geschichte der studentischen Politik gibt es ja eine antifaschistische Tradition – der übrigens auch Ulrike Meinhof in den konkret-Jahren in Hamburg verpflichtet ist. Ich habe lange Zeit bestimmte Entwicklungen in der BRD unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß alte Kader des Faschismus mehr oder weniger unangefochten im Staatsapparat ihre Wirksamkeit entfalten und habe lange Zeit gedacht, vieles, was mich stört, liegt an der personellen Identität mit dem alten faschistischen Beamten- und Staatsapparat.

Das war eine große Täuschung. Es war vielmehr der Konstitutionsprozeß einer bürgerlichen, nachbürgerlichen Gesellschaft selbst.

Bürgerliches Erbe und Revolte.

Zur Jean Paul-Interpretation von Wolfgang Harich.

Kirchhoff

Wolfgang Harich hat sich wieder über die Revolutionsdichtung von Jean Paul zu Wort gemeldet. Mit Akribie und materialistischem Gespür warten handfeste DDR-Arbeiten endlich auf und erhellen die literarischen Epochen im Kontext von bürgerlichem Erbe und materialistischer Kritik. Dies sollte für sozialistische Autoren selbstverständlich sein; oft allerdings verbleiben die Analysen in trübem und nichtssagendem Aufkläricht. Daß etwa dessen und jenes Vater Sattlermeister oder Landarbeiter war, ist für die Entwicklung der Person eines Autors zwar unabdingbar, allein die Wirkungsgeschichte von Philosophie oder Literatur wäre materialistisch auf einer weniger zufälligen Weise zu messen. Werden die Klassiker autobiographisch besehen, so mögen hie landpfarrerliches Elternhaus, da die bierbrauerhafte Vergangenheit in den Vordergrund gerückt werden, bleibt die Analyse auf dieser Ebene, so fehlt jene Objektivität von Literatur, die den Objektivismus der Verhältnisse selber darstellt.

Harich ist einer der besten Kenner von Jean Paul –daran besteht kein Zweifel. Seine Interpretation stellt einen revolutionären Jean Paul vor, gemessen an Äußerungen zur Revolution, zu subjektiven Verhältnissen seiner Helden und den Zeitläufen. Harichs Buch zeigt insgesamt ein gutes Bild der literarischen Produktion und des Lebenszusammenhangs der Produzenten untereinander mit grossem Kenntnisreichtum jener Epoche – wie vornehmlich das zwölfte Kapitel belegt. Er wertet Jean Pauls heroische Romane als das relevanteste künstlerische Echo, „das die französische Revolution noch bevor ihr Vermächtnis von den Armeen Napoleons über den Rhein getragen wurde, im deutschen Sprachraum zu antwortender Resonanz brachte". (8)

Harich arbeitet eine „zweigleisige Strategie" Jean Pauls heraus: einmal geht dieser mit der Bourgeoisie gegen den Adel vor, zum anderen appelliert er an den Adel, um Reformen zu erreichen. Dabei geht Jean Paul über ein bloßes Herumklittern an den verfallenden Feudalzuständen hinaus: „daß das Medizinieren eines kakochymischen Staatskörpers ... dem Arzneinehmen des Nervenschwächlings gleiche, der gegen sein Übel bald wegschwitzen ... will". (S. 278) Hält man Jean Paul gegen die großen Zeitgenossen, so läßt sich etwa im Unterschied zu Goethe zeigen, daß im „Wilhelm Mei-

ster" nichts Störrisches hervorkommt, wogegen Jean Paul seine Loge zur antidespotischen Verschwörergruppe macht (vgl. 176). So pointiert Harich, daß der „Hesperus" „das radikalste Literaturwerk seiner Zeit war" (S. 335), dessen Totalität Jean Paul nie wieder erreicht hat. „Vielleicht hat er sie im Alter mit dem ‚Kometen', wenn der von ihm nur weitergeführt worden wäre, noch einmal erreichen können (S. 196). Den „Titan" bemißt Harich als den „größten Roman deutscher Sprache" (S. 517), dem – wie den anderen großen Romanwerken – unveräußerlich unterliegt: „Die Revolution zu verraten kommt für den Jean Paul'schen positiven Helden nie in Betracht" (S. 229).

Luzide literaturmaterialistische Passagen findet der Leser reichlich, Abrisse bestimmter Themen des bürgerlichen Begreifens der Welt, so die Schilderung der Tradition der Hofnarren (vg. S. 336 f.) – bis hin zu Jean Paul – , jener Aufklärer, die gleichsam kathartisch den Herrschenden das Spiegelbild vorhalten. Jean Paul, der die frühbürgerliche Vernunft der Hofnarren satirisch fortsetzte, gab mit dem Titan, so Harich, die Narrenmaske auf. „Mit diesem Werk verwandelte der revolutionäre Demokrat, der listig das Hofnarrenamt umfunktioniert hatte, sich bewußt in einen Klassiker von olympischem Zuschnitt, ohne aufzuhören, revolutionärer Demokrat zu sein ... Das an Homer und Sophokles geschulte klassische Maß der späteren Bände reflektiert nicht zuletzt die aus der Breitenwirkung des „Hesperus" herrührenden Überzeugung, als geistiger Führer der Nation keine närrische Attitüde mehr nötig zu haben" (S. 339). Aus der Weimarer Klassik hatte Jean Paul den an der Antike geschulten Stil übernommen, der sich im zweiten Band des Titan entfaltete und diesen „zu einem klassizistischen Meisterwerk par excellence macht" (S. 441).

Allerdings hätten für diese Entwicklung struktive Gründe aufgezeigt werden müssen, die den Übergang von der Kritik, der Satire, zu einem geklärten Weltsystem erhellen. Hegel etwa machte eine ähnliche Entwicklung durch und gab mit der Höhe seines Systems, der „Logik", den reinen dialektischen Gang der Welt durch die Kräfte der Negativität des Begriffs wieder, die sich materialistisch interpretiert – als objektive Kritk an der Welt selber lesen läßt, ohne die Kritik dauernd moralisierend im Munde führen zu müssen, – deshalb konnte Marx an diesem spezifisch bürgerlichen Objektivismus, in dem die Verhältnisse systematisiert und in ihrer Negativität aufgezeigt wurden, anpacken. Ähnlich bei Jean Paul. Der „Titan" zeigt sich zwar auf der Höhe der zeitgenössischen Getragenheit des Weimarerismus, zugleich geht die Sache – wie die logische Dialektik Hegels – gegen diesen endlichen Objektivismus der Bourgeoisie zu Felde. Harich bemerkt diese Einheit von System und Kritik, obwohl er diesem Punkt nicht nachgeht: „Wir haben es im ‚Titan' mit dem Unikum eines Literaturwerks zu tun, das in seiner Form derselben Zeitströmung extrem verhaftet ist, gegen die sein Inhalt ankämpft" (S. 442 f). Die Kritik ist also, wie bei Hegel, ins System aufgenommen. Man schlägt den Gegener nicht mehr moralisierend, sondern durch den Gang der Sache – durch deren „leichtes Fortschlendern" (Hegel). Wie freilich die Welt aus den Fugen ihrer ständischen Verfassung durch die dialektische Explikation des Gegenstandes gerät, wie hierdurch der demokratische Dialog, Jean Pauls makrokosmische und mikrokosmische Selbstreflektion, objektiv wird, somit die Verhältnisse – abgesehen von der versteckten oder offenen Denunziation derselben – kritisiert werden, – dies entgeht der Harich'schen Betrachtungsweise.

Jean Paul war schon nicht mehr Dichter im Sinne Goethes, die Analyse hätte zu zeigen, wie die Schwierigkeiten, die Welt begrifflich zu durchdringen, sich in einer sprachlichen Dialektik objektisiert. Die Kritik wird objektiv in seiner Sprache, sie durchdringt sich durch dauernde Reflexion in sich; die Welt, die sich reflektierenden Helden, Jean Pauls Auftreten gleichen als permanenter Selbergegenstand einer analytischen Situation, die allerdings die Gesellschaft zum Gegenstand hat. Auf diesem Höhepunkt – mit anderen – der deutschen Literatur, in welcher Erkenntnistheorie sich nicht im dürren Begriff über ihre Bedingungen verständigt, wie bei Kant, sondern von der Sinnlichkeit der Sprache und ihrer möglichen Gegenstände die Totalität der bürgerlichen Welt in sich aufnimmt, deutet sich zugleich das Ende der literarischen Kunst an, ihre notwendige Auflösung als adäquates Ausdrucksmittel des historisch erreichten Absoluten, des Standes des Systems der Produktion und Reproduktion der Menschen als Totalität von Ware und Kapital. Um diese warenhafte Welt zu durchdringen, reichen Anschauung und Gemüt nicht mehr aus, das System legt sich nur dem praktischen Kritiker bloß, der hinter dem Objektivismus des Verlaufs der Verhältnisse aus Ware und Kapital das werdende historische Subjekt in Gestalt des Proletariats in die Theorie aufnimmt - d.h. die Theorie ist konstituiert durch Erkenntnisbedingungen proletarischer Subjektivität. Die große Kunst des Citoyen steht vor diesem durch den Gang der Dinge gesetzten Ende der Kunst. Jean Pauls Dichtung will die Welt in den Griff bekommen, das Lächeln in den Tränen zeigen, als Morgendämmerung. Die Literatur will es sich heimatlich machen, im Schmerz der gegenwärtigen Welt, den sie damit als transformierbarer offenlegt und denunziert, ohne in aufgeklärtem Moralisieren die Kritik zu belassen. Die Sprache geht damit in die Welt über, der objektive Gang der Verhältnisse sedimentiert sich in der Sprache - Lichtenberg liegt auf diesem Weg - sie wird theoretischer. Jean Pauls Zettelkästen ersetzen vorerst noch die Theorie der Veränderung.

Von dieser Seite materialistischer Rezeption ist ein philologisches Gezeter unwichtig, ob und warum Jean Paul Materialist ist und warum nicht. Diese platten Etikettierungen besagen wenig, Hegel war auch kein Materialist und gleichwohl ist kein Kapitel das „Kapital" ohne Hegel zu denken. Es bedarf deshalb keiner großen Entschuldigungen für Jean Paul, daß er kein Materialist war (vgl. 65 ff.). Die Kritik hätte an Jean Paul heranzugehen wie an Hegel – sieht man diese Autoren ökonomiekritisch, also auf der Höhe jener bürgerlichen Objektivität, die Marx Ricardo zugebilligt hatte, Smith oder Hegel. Nicht die tausendfachen ideologiekritischen Quellennachweise sind struktiver Beleg, daß er ein „Revolutionär" war, sondern der objektive Inhalt und die Stoßrichtung von dessen Attacken, hinter denen die subjektive Begleiterscheinung zurückstehen mag. „Sicher wäre Jean Paul, in Mainz lebend, denselben Weg wie Forster gegangen" (S. 178). Vermöge seiner ideologiekritischen Betrachtungsweise muß Harich auf solche Konjekturalgeschichten eingehen, – gewiß wäre Jean Paul kein Forster geworden, was ihm auch keinen Abbruch tut;

Kirchhoff

Forster hat eine völlig andere Biographie. Dies mindert freilich den objektiv revolutionären Rang Jean Pauls keineswegs. Für Harich ist auch Viktor ein „Revolutionär", hier hätte auch Geringeres gereicht. Andererseits korrespondiert dieser Benennung der individuellen revolutionären Subjekte die völlige Vernachlässigung der materialistischen Bedingungen gerade bei der Diskussion des Erziehungsromans (vgl. 54 ff.) – Bedingungen, die Hegel immerhin schon beleuchtet hat. So wird uns Jean Paul zwar als plebejischer Schreiber vorgeführt, jedoch ohne Rücksicht auf ökonomiekritische Überlegungen, welche objektiven Veränderungen sich im Schreiben von Jean Paul zeigen, sieht Harich nicht, die „Kritik der politischen Ökonomie" geht in die Analyse nicht ein. Marx und Engels werden lediglich aus der „Heiligen Familie" zitiert. Harichs Betrachtungsweise hätte ebenso angelegt werden können an Anton Reiser, Beer oder an das Bauerngesinde, die Landarbeiter zu Ende des letzten Jahrhunderts, vielleicht noch im Preußen unter dem Faschismus. Objektives Avancement der Jean Paul'schen Kritik kommt mithin zu kurz.

Jedenfalls muß man nicht mit dem Etikett „revolutionär" herumwerfen, um die Radikalität der Gestalten bei Jean Paul und seiner Dichtung zu belegen. Zudem hätte dann die Unmöglichkeit der Revolution unter bürgerlichem Vorzeichen Erwähnung finden müssen; als wäre bürgerliche Revolution und weltverändernde Tat des Proletariats identisch, spricht Harich ungebrochen vom „Durchbruch zur weltverändernden Tat" – diese allerdings ist erst nach Maßgabe des entfalteten Kapitalismus und des klassenbewußten Proletariats durchführbar. Jean Pauls Revolution ist natürlich keine proletarische; gleichwohl ist der permanente Bezug auf die Revolution – mit allen deutschen Ungleichzeitigkeiten – dem Werk immanent. Bei Harich wird dies zum subjektiven Beiherspielen. Jean Paul gehört zum „Hessischen Landboten" und noch nicht zur großen Industrie. Die ideologiekritische Methode von Harich erfordert, daß er an jeder erdenklichen Stelle wiederum die Revolutioniertheit des Jean Paul beteuern muß. Es genügt, wenn dies aus dem Gang der Sache hervorgeht. So bleibt ein enthusiasmierter Jean Paul, zum Aufklärer gemacht, zur radikalen Subjektivität. Wo deren Objektivität steckt. wird uns nicht verraten. Gewiß aber ging es mit Jean Paul wie mit allen großen Männern Deutschlands, die ihre republikanischen Lehrjahre durchmachten - die noch nicht die revolutionären sein konnten! –, vielleicht noch wie Voß landpfarrerliches Dünnbier tranken, den roten Hahn setzten, dann den Ehestand und sich akkomodieren mußten.

Namentlich an von Meyerns „Dya-Na-Sore" schießt die aufklärerische Methode Harichs den kapitalsten Bock. Was Harich als freiheitliche und revolutionäre Schrift feiert, ist ein finsteres Werk – es hätte ein Schulbuch für SS-Gauführer werden können, hätten sich die Faschisten in der ihnen vorausgehenden Literatur ausgekannt. Der präfaschistische Inhalt des „Dya-Na-Sore" entgeht Harich indessen: der „Dya-Na-Sore" ist „ein politischer Tendenzroman reinsten Wassers – künstlerisch von geringem Wert, mit blassen, allgemein gehaltenen Charakteren, doch militant demokratisch, geboren gegen unbändigen Haß auf feudale Unterdrückung und in der Situation seines Erscheinens (2. Auflage 1791) (erste Auflage 1778-91; zweite Auflage 1800, H.R.), streckenweise wie ein Aufruhr wirkend, es den Franzosen gleichzutun und in einer Volkserhebung die Machthaber Deutschlands hinwegzufegen" (S. 167). Die Rezeption eines revolutionären „Dya-Na-Sore" zieht sich breiig weiter; Harich registriert „nach dem Modell ‚Dya-Na-Sore' freiheitliche Kräfte ..." (S. 263). Er geht in seiner liberalen Überschau so weit, dem „Dya-Na-Sore" zuzubilligen, „die Republik wird ausgerufen und fortan das Land nach freiheitlichen Prinzipien regiert". Abgesehen von dieser völlig schiefen Interpretation ist es wenig bedeutsam, daß Jean Paul von diesem Schmöker „gefesselt" war, es liegt hier vielmehr eine – reaktionäre – Revoltseite der damaligen Literatur vor, die sich außerhalb jenes enervierenden Subjektivismus der frühen Romantik hält, diesen vielmehr zur Krankheitsgeschichte abmarktet. Gewiß sprechen die Belege dafür, daß Jean Paul diesen fünfbändigen Weihrauch für Gewalt und Unterdrückung gelesen hat – wie Harich feststellt, hat sich Jean Paul im „Hesperus" relativ am engsten an das Modell „Dya-Na-Sore" gehalten –, nicht aber in der Wirkung, die er unterstellt: „Dieses Buch hat Jean Paul so gefesselt, als sei es eigens für ihn geschrieben worden, die Begeisterung für die Freiheit, die sich durch das Ganze zieht, entsprach seinen eigenen Überzeugungen" (S. 167). Offensichtlich gerade nicht. Jean Pauls feinsinniger Alltagserotik war dieser Gewaltkult Anathema. Was von dem Meyern'schen Schinken eingegangen ist, wird von Jean Paul an einer von Harich angeführten Stelle mit scharfer Kritik auf Distanz gehalten, betreffs des Erziehers Emanuel, „wie überhaupt darauf hingewiesen wird, daß es mit der mystischen, mehr in Gleichnissen orakelnden als begrifflichen artikulierten Weltanschauung des Inders wenig anzufangen ist" (S. 270). Das wiederum merkt Harich nicht.

Bedauernswert ist außerdem, daß Harich Meyern auch noch mit Wieland zusammenbringt, Schlimmeres hat dem Autor des „Agathon" nicht passieren können, zumal daß „der Dya-Na-Sore seinerseits ohne den Vorläufer Wieland nicht denkbar wäre, sei nur am Rande vermerkt" (S. 309). So läßt sich auch Cooper und der „Waldläufer" von Ferry zusammenbringen – Konstellationen, die höchst nebensächlich sind. Wieland muß sich schließlich bieten lassen, von rechts überholt zu werden, durch den „radikaleren v. Meyern" (S. 309). Ausgerechnet Wieland wird gegenüber dem schwertschwingenden Meyern „antidemokratisches Verhalten" angekreidet (S. 314). Mit diesem Kanonier Meyern, später geadelt, fährt sich Harich in die Parade. Er tut deshalb gut daran, an einer Stelle beiläufig zu vermerken, Jean Paul hätte den Gedanken an eine Volkserhebnung auch schon vor der „Revolutionsdichtung" von Meyerns gefaßt.

Die aufklärerische Vorgehensweise Harichs bleibt einem wesentlichen Strukturmoment Jean Pauls äußerlich. Es verwundert, daß die Schwierigkeiten der Lektüre von Jean Paul nur einmal auftauchen (S. 552). Die Interpretation von Harich gibt auch keinen Hinweis, warum Jean Paul sich in barocken Sprachschätzen herumtreibt, was Hegel veranlaßt, kaum ein gutes Wort über Jean Paul verlauten zu lassen. Gerade mit der Diskussion des „Beiwerks" – wozu dies Systematische bei Harich sich minimisiert – wäre dem materialistischen Gehalt des Werks von Jean Paul zu Leibe zu rücken. Harich allerdings läßt dieses Strukturelement der Jean Paul'schen Kritik zum „Versteckspielen" (S. 208 f) herunter-

kommen. Was von Hegel bis Engels an Jean Paul auffiel, das Barocke, Mikrologische, die verträumten Seitenblicke hätten materialistisch angegangen werden müssen und nicht in ideologiekritischer Weise vom radikalen jeweiligen Selbstbewußtsein Jean Pauls her.

Jener Mikrologie, der allseitigen Detailkunde mit dem Substrat von Emanzipation und Revolution, hat Harich sich nicht angenommen; des Barocken, das seine Zeitgenossen, vor allem Hegel, zur Seite legten. Diese Mikrologie, die wir als emanzipatorische Dimension von Glück und Sinnlichkeit, als Revoltkategorie hervorhöben, wird bei Harich leider zur Marginalie. Gerade hier aber, wo Jean Paul nicht durchsichtig für die Revolution einsteht, verbirgt sich seine Revolte und zieht sich objektiv durch sein Werk: daß diese Passagen spitzwegisch, als abgestandene Zufriedenheit im Winkel, gelesen werden, ist bürgerliche Angelegenheit. „In der poetischen Schilderung des Winkelglücks, der Pfarrgärtchen, der winzigen, abgezirkelten Salatbeete, der idyllischen Wiesen, mit einem Miniaturparadies für ein Kleinkind mitten darin, hat er Unvergleichliches geleistet" (S. 84). Auf diese der Revolutionsdichtung nicht beiherspielende, sondern notwendige Korrespondenz hätte Harich verweisen müssen. Sie ist objektives Korrelat des subjektiven Eingreifens für den Fortschritt. Wir stimmen deshalb Harich nicht zu, wenn er – wie er sagt – die „Nebenwerke" zu „idyllischen Teilausschnitten" macht. Ihr Unverlierbares verdanken sie dem Umstand, „idyllische Teilausschnitte im umfassenden Weltbild eines gewaltigen, universellen Geistes zu sein ..." (S. 159). Sie korrespondieren in ihrer Kritik an den deutschen Zuständen, dies müßte Kern einer Jean-Paul-Analyse sein, genau den Revolutionsrahmen, die Harich vorführt.

Eine fast Böhmesche Seite – Jakob Böhme wurde aus diesem Grund von Feuerbach dem linken Denken wieder vindiziert – von Jean Paul, seine Insistenz auf dem „allkräftigen Menschen", bringt ihn in die Nähe der emanzipatorischen Sinnlichkeitsdimension des jungen Marx, der – wie Feuerbach – den Menschen wieder mit Aug' und Ohr und allem auch gegen die urkommunistische asketische Sektiererei zum historischen Subjekt bestimmte.

Was Jean Paul den „hohen Menschen" nennt, hat Hegel geschichtsphilosophisch mit dem Heroenzeitalter benannt, die freie Subjektivität des Helden, der plastische Mensch, wie er Gegenstand der griechischen Skulptur wurde. Er kennzeichnet den Übergang zu einer neuen Sittlichkeit der Polis – ähnlich dem hohen Menschen Jean Pauls: republikanische, ritterliche, renaissancehafte Citoyens, denen die Exekution des Fortschritts noch zufällig bleiben muß, solange sie nicht in eine neue Sittlichkeit und Allgemeinheit eingegangen sind – dies wäre allerdings dann, wie Heine es vernimmt, das an die Türe klopfende Proletariat, das anzeigt, in welcher Richtung sich der hohe Mensch und die Sittlichkeit realisiert: in das selbstbewußte Proletariat, das in Solidarität und Selbst-

Gerhard Armanski, Boris Penth, Jörg Pohlmann

Staatsdiener im Klassenkampf

Soziale Lage und Kämpfe staatlicher Lohnarbeiter in der BRD

Mit den Streiks Anfang 1974 ist es ins Bewußtsein auch einer breiteren Öffentlichkeit getreten, daß die zunehmenden sozialen Konflikte in der BRD auch vor dem bisher eher windstillen öffentlichen Dienst nicht mehr haltmachen. Rationalisierung, Lohndruck, Intensivierung der Arbeit zwingen auch die staatlichen Lohnarbeiter zu verstärktem Kampf um die Sicherung ihrer Existenz in der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser Prozeß steht erst am Anfang und zeigt erst ansatzweise klare Konturen.
Die Arbeit beginnt mit einer knappen Darstellung des allgemeinen Verhältnisses von Kapital und Staat, insbesondere bezüglich der Notwendigkeit staatlicher Tätigkeit und ihrer Grenzen. Dieses Verhältnis wird nachfolgend an den Verhältnissen der BRD konkretisiert. Die daraus entspringende These, daß die widersprüchlichen Bedingungen staatlicher Tätigkeit gegenwärtig und zukünftig zur Ökonomisierung der staatlichen Tätigkeit, d. h. auch zu vermehrtem Rationalisierungs- und Leistungsdruck auf die staatlichen Lohnarbeiter führen, wird ausführlich anhand der Deutschen Bundespost und einigen Bereichen des unmittelbaren öffentlichen Dienstes erläutert. Es wird gezeigt, auf welche Bewußtseinsformen diese Verhältnisse treffen und welche Inhalte und organisatorischen Formen die Kämpfe der staatlichen Lohnarbeiter derzeit annehmen. Schließlich werden – primär in der kritischen Einschätzung vorhandner Ansätze – Thesen zur tendenziellen Entwicklung der Kämpfe der staatlichen Lohnarbeiter und der politischen Einwirkungsmöglichkeiten in diesem Prozeß entwickelt.
Die Arbeit will einen Anfang machen mit der notwendigen Klärung in diesem Abschnitt des Klassenkampfes. Sie erfüllt ihren Zweck am besten, wenn sie im Zusammenhang praktisch arbeitender Gruppen aufgenommen und umgesetzt wird.

Das Buch hat ca. 250 Seiten und erscheint im Winter 74/75.

Politladen Erlangen

veränderung den plastischen Menschen zur Klasse um deren Negation willen aufhebt.

Auf diese Revoltseite wäre für die Aktualität Jean Pauls hinzuweisen, eine Aufarbeitung, die umso dringlicher ist, als beispielsweise Theoretiker der Revolt, wie Marcuse, zwar den Vormärz ins Spiel bringen, jedoch dessen Emphase auf der Resurrektion der zur Revolution erforderlichen Gattungskräfte – begriffen ist dies proletarische Subjektivität und Sinnlichkeit – höchstens noch bei Feuerbach erwähnen. Dieser Revoltdimension von emanzipatorischer Sinnlichkeit hat Harich sich leider nicht angenommen. Seine Jean-Paul-Interpretation ist vielmehr bildungsmäßig, wie man sie sich von einem Redakteur der alten Reclam-Heftchen vorstellt; Kant, Fichte, Schiller für die ehernen Reihen des Proletariats, moralisch dosiert. Freilich, die Revolt von 68 gilt bei Harich nicht viel; über die Konsequenzen für seinen Text wird noch gesprochen werden müssen.

Phillip Moritz hat – als plebejischer Dichter – genau diese mikrologische Seite an Jean Paul am frühesten erkannt. So ist auch seine Antwort auf den „Wutz" zu verstehen: „Der 'Wutz' verfaßt hat, ist nicht sterblich". Unter den Zuständen der Unfreiheit darf Glück – Jean Pauls „Idyllen" – nicht alleine stehen, ebenso Unglück. Apologie und platte Satire sind nur zwei Seiten des akkommodierten bürgerlichen Selbstverständnisses. Deshalb hebt Hegel an der großen Tragödie hervor, daß sie Glück, Seligkeit in sich bergen müsse – sie muß die Möglichkeit der Versöhnung erscheinen lassen, die schließliche Freiheit darf nicht fehlen. Die schmerzensreiche Versöhnung läßt Jean Paul hervortreten, keine Akkomodation ans Erdenglück in seiner bürgerlichen Perversion, sondern als das Lächeln in der Träne. Ein Stück Heimat, als Winkelglück vorerst, der Rest der Welt ist noch Gebeinhaus.

Harich hat den Anspruch, in Jean Paul als politischen – neben dessen Rang als einer der größten deutschen Dichter – Autor einzuführen. Hier allerdings gerät Harich selber in vormärzliche Regionen, wo zwischen bürgerlicher, plebejischer oder proletarischer Revolution, zugunsten von Emanzipation überhaupt, oft schwer zu unterscheiden war. Harich wundert sich, daß „sowohl im 'Hesperus' als auch im 'Titan' (...) am Ende das Romangeschehen in einer Revolution 'von oben' ein (mündet)" (S. 184). Bei seiner geschichtlichen Darstellung sans phrase, in der die Formenunterschiede der Epochen sich im Kapitalismus schlechthin auflösen, muß er sich in der Tat wundern. Als ob es zu Jean Pauls Zeiten ein organisiertes Proletariat gegeben hätte. Andererseits bringt Jean Paul es fertig, Lenin vorwegzunehmen, nämlich die „Leninsche Doktrin" (!) „von der ungleichmäßigen Entwicklung" (vgl. S. 183). Diese Geschichte hat Marx geschichtsmaterialistisch behandelt, vornehmlich im dritten Band des „Kapital", dann namentlich Engels zur Bauernfrage, speziell der Situation in Preußen. Daß Einsichten in diese Zusammenhänge sich bei Jean Paul finden, ist keineswegs verwunderlich, soll er als plebejischer Schriftsteller gelten. Allein wie es bei Harich einen Kapitalismus überhaupt gibt, so auch eine Werktätigkeit schlechthin. An verschiedenen Stellen tauchen bei Jean Paul in der Harich'schen Lektüre „Werktätige" (S. 77) auf. Was muß dieser Begriff herhalten, wenn die „einkräftigen" Frauen, wie die Idoine, heroische Gestalten also, „werktätig" genannt werden? (S. 533). Weiter ist es auch wenig einsichtig, wenn Harich ausgerechnet dem adlig-privilegierten Roquairol bescheinigt, „wurzellos durch die aus der Arbeitsteilung resultierende relative Verselbständigung der Intelligenzschicht" (S. 514) zu sein!

Einige überhistorische Aspekte des begrifflichen Instrumentariums von Harich beeinträchtigen die Analyse. Jean Pauls Kritik läßt sich nicht umstandslos mit Kapitalismuskritik zusammenschmeißen. Harich geht ein wenig lax mit dem Gebrauch des Wortes Kapitalismus um, – den hat Jean Paul sicher noch nicht bekämpft, er ist erst in Ansätzen da, weshalb Harich Jean Paul ganz richtig in die Linie plebejischer Kritik stellt. Allerdings geht Jean Paul wie seine Zeitgenossen gegen die bürgerliche Arbeitsteilung zu Felde, die sich gerade beginnt von der Manufaktur abzuheben; die Jenny, der mechanische Webstuhl wird zur Gefahr der englischen Arbeiterklasse. So ist Dr. Kantzenberger bei Jean Paul zwar ein Fachidiot, aber kein Facharbeiter (vgl. 505). Hier hinken die deutschen Verhältnisse noch zu sehr hinter den englischen her, als daß Jean Paul den Arbeiter gesehen hätte – und dies hängt mit seiner plebejischen Stoßrichtung zusammen, er sieht die Bauern und Landarbeiter – während Hegel als Bürger genau die Arbeitsteilung in der Fabrik geißelte und sich auf Beispiele aus Adam Smith beruft, auf die Stecknadelproduktion, die Form der – entleerten – Arbeit wird hier bereits als unterdrükkendes Moment gesehen, wie Marx später in den „Resultaten der unmittelbaren Produktionsprozesses" entwickelte. Diese Seite der Kritik fehlt sicherlich bei Jean Paul. Außerdem, wenn Harich Goethes und Schillers Kritik „an der arbeitsteiligen Zivilisation des Kapitalismus" (!!) bringt, – was vorerst Kritik am bürgerlichen Philistertum von Handel und Wandel darstellt – so ist dies nicht Kapitalismuskritik, sondern versteht sich – wie auch die programmatischen Schriften des Vormärz – als Trauer um die sich auflösende Renaissance-Dimension des allseitigen, allkräftigen Menschen, des hohen Menschen der Polis.

Auch in der politischen Diskussion für Jean Paul kommen bei Harich die falschen Waffen in die Wehr. Harich meint, „Sache der Arbeiterbewegung, nicht des Bürgertums, wäre es gewesen, die Erinnerung an die Revolutionsdichtung Jean Pauls in Bewußtsein des deutschen Volkes wachzuhalten" (S. 551). Nun hat die Arbeiterklasse es noch lange nicht verstanden, ihre eigene Geschichte und Theorie hinlänglich zu vererben und damit die Klasse so selbstbewußt zu machen, wie sie es als Subjekt braucht, um sich allseitig zu befreien. Das Proletariat muß in der Tat noch andere Bildungsmomente erworben haben, um der abstrakten Forderung Harichs nachzugehen: „Revolutionäre Politik (d.i. die Jean Pauls, H.R.) als Heilmittel gegen das verkrüppelte, zerstückelte Menschentum, das eine arbeitsteilige Zivilisation erzeugt hat – vom Standpunkt des Proletariats ist das kein dummer Gedanke, ganz abgesehen davon, daß die Jean Paul'sche Verklärung des progressiven Politikers zum höchsten Menschheitsideal jedem Funktionär recht schmeichelhaft vorkommen muß" (S. 551). Solche Grossistenhinweise verstärken die unerwartete Langstieligkeit des Buches, abgesehen von der eigentümlichen Vorstellung, Jean Paul zum Mittel revolutionärer Politik zu machen! Hier fehlen alle Vermittlungsglieder; bürgerliches Erbe geht nicht in die Kämpfe ein, indem man es hortet und zur Klippschule macht – wie ehemals die sozialdemokratischen Bildungsleiter ihren Kant, Schiller, Goethe etc. verspießbürgerten. Dem Proleten, der am Fließband die Zerschlagung der kapitalistischen Arbeitsorganisation mobilisiert, wird man schwerlich mit Jean Paul kommen können. Wann die Arbeiterklasse ihren Jean Paul liest, sollte man ihr selber überlassen. Allerdings muß man Harichs einfältige Vergleiche, Jean Paul in der Reihe Bebel, Clara Zetkin und Rosa Luxemburg aus der Absicht heraus sehen, den wenig bekannten Jean Paul endlich aus den Gelehrtenstuben herauszulocken. Es bleibt, „daß die Kühnheit seiner revolutionärdemokratischen Inhalte sogar in der Arbeiterbewegung bis heute so gut wie unbekannt geblieben ist. Abgeholfen werden kann dem nur, wenn nachgewiesen wird, das das ‚überwuchernde Beiwerk' mit diesen Inhalten insofern zusammenhängt, als es überwiegend politische Aussagen enthält, welche die gestaltete Gesellschaftskritik .. noch verdeutlichen möchte" (S. 211). Diesen Zusammenhang macht Harich nur philosophisch fest, nicht als systematisches Implikat der Jean Paul'schen Kritik. Harichs Diskussionsgang bleibt geheimrätlich wie einst im Mai, – wenngleich als gutes Abbild jener Miserabilität, daß linke Kritik in den sozialistischen Ländern nur zum Moment verkümmert das Tageslicht sieht. Seine politischen Einschätzungen sind derart überhistorisch, als ließe sich die Politik eines Programm commun mit

radikal-bürgerlichen Individuen der Zeit der bürgerlichen Revolution zusammenbringen. So soll Jean Paul der Gefahr ausgesetzt gewesen sein, zum einen, „einem abstrakten Realismus anheimzufallen, der ihn von den Massen (!) isoliert (bekanntlich traten die Landbewohner nach dem Bauernkrieg erst wieder massenhaft auf, wie Engels bemerkte, in den Wahlen von 1890! H.R.) und an der Schaffung realistischer Literaturwerke mit gegenwartsnahen, aus dem Volksleben bezogenen Sujets gehindert hätte". Die andere Gefahr: „... sich aus Liebe zum Volk kritiklos mit dessen spontanen Verhaltensweisen zu identifizieren und damit auf ein weltgeschichtliches rückständiges Niveau herabzusinken". Nach Harich schlägt Jean Paul also „zwischen beiden Extremen den goldenen Mittelweg ein". Wie behäbig dieser Mittelweg aussehen kann, geht freilich nicht aus Jean Paul hervor, sondern dies darzulegen ist Harichs Geschäft. Der Autor ist es immer noch nicht leid, einem Verständnis von Anarchismus gemäß, die Revolt von 68 zu gemahnen, „zu welch irrsinnigen Vorhaben sich aufgestaute revolutionäre Ungeduld in einer objektiv (? ?) nicht-revolutionären Lage versteigern kann" – mit Fußnote auf das eskamotierliche Büchlein des Autors. „Kritik der revolutionären Ungeduld"! Derart kader - und oberlehrerhaft wird das Subjekt in Gestalt Harich lange warten können, bis die Dinge „objektiv" sind. Solche philisterhaften Bemerkungen passen mehr zur Jean-Paul-Rezeption der offiziellen Germanistik. Harich scheint zudem entgangen, daß die Arbeiter vermöge der Mai-Revolt mittlerweile Organisationsformen gefunden haben – von Fiat und Lip bis Larzac –, die kaum jemanden mehr befugen, ihnen vorzuhalten, wann die Verhältnisse denn nun objektiv revolutionär sind. Über diesen „wurzellosen Radikalismus" (S. 151) entscheiden die wurzelnden Subjekte selber. Es sit unsinnige Bravheit, Jean Paul auch noch in solche einheitsparteiigen Vorstellungen hineinzubeugen. Schön ist, daß Harich uns endlich Jean Paul als Revolutionsdichter ausführlich bereitlegt; deshalb läßt sich indessen Jean Paul noch nicht zu der Behäbigkeit verkommunisten, wie Hans Sachs den Teufel, den Erzengel Gabriel und den lieben Herrgott vernürnbergert. Einige Seiten weiter ist die Situation Jean Pauls und Wutzens auch nicht mehr „nicht-revolutionär", sondern „weltgeschichtlich-revolutionär". Das hat man von den kaderhaften Setzungen!

An dem Verdienst Harichs, die Jean-Paul-Interpretation nicht nur zurechtzurücken, sondern ihn als bürgerliches Erbe popularisieren zu wollen, kann nicht herumgemäkelt werden. Die Größe Jean Pauls wird allerdings statuarisch durch die dauernden Hinweise auf seine Radikalität, etc. Dieses marktschreierischen Gepräges für den Autor hätte es nicht bedurft. Ebenso enthält Harich sich nicht, schulmeisterlich Winke dem Leser aufzuerlegen. Oft bleibt dann die platte Kommensurabilität: „Das alles fehlte bei Goethe. Das alles gab es bei Jean Paul" (S. 321).

Den ganzen langstiligen Gemütstau – und dessen Wiederholungen – hat Jean Paul nicht verdient; auch nicht die Weitschweifigkeit der Nuancen. Man sollte Jean Paul nicht in seiner eigenen Aufarbeitung ertränken. Hierzu gehören die umständlichen Nacherzählungen.

Harich geht nach den alten Mustern der Interpretation vor, wie Mehring sie einleitete. Daß diese Raster von Basis und Überbau wenig bringen, macht Harichs Ausführung deutlich: die marxistische ökonomiekritische Analyse ist der Darstellung nicht immanent; der „Marxismus" taucht mithin auch nur als Weltanschauungsbegriff auf, was der „Marxismus" dann, wie er herumsteht, ist, bleibt ungewiß (vgl. S. 360). Der „Marxismus" hat dann freilich – und dies korrespondiert dieser von der Darstellung abgelösten Weltanschauung – ein moralisierendes Licht (vgl. S. 365).

Immerhin bezieht sich Harich auf Lukacs; gleichwohl geht er vermöge dieses Autors und gegen die üblichen ideologiekritischen Darstellungen literarischer Produktion nicht in Avance. Gegenüber der ökonomiekritischen Versuche von Lukacs – vornehmlich des jungen Lukacs – bleibt Harich auf der Stufe aufklärerischer Ideologiekritik.

Wenn man Harichs Buch als politisches liest, als Aufarbeitung bürgerlichen Erbes für die Revolution, bleibt ein sehr fader Geschmack zurück. Nun ist man den provinziellen Quietismus der Kritik in den Ländern, die sich mit dem Aufbau des Sozialismus bemühen, gewöhnt, SU-Autoren – ohne Harich mit diesen Spitzwegphilosophen zu verwechseln – produzieren breite Murxereien, die als Novitäten angesehen werden. Das erstaunt nicht, denn wann seit Lenins Tod hätten die dortigen Gelehrten es vermocht, die marxistische Theorie mit Fließbandgeschwindigkeit, revolutionärem Bewußtsein und Kampf zusammenzubringen?

Wolfgang Harich hat seinerzeit, als in Westeuropa revoltiert wurde, sich darauf besonnen, daß dies zu früh sei. Er hat damals ein Anti-Apo-Büchlein über die revolutionäre Ungeduld geschrieben – es gereicht ihm wenig zum Ruhme; sein alter Lehrer Bloch gab damals ein weniger geduldiges Bild ab. Hier wiederum meint Harich, einen politischen Vergleich zwischen der „unsichtbaren Loge" und dem „Neoanarchismus" bringen zu müssen: „Bei bestimmten Anschlägen der unsichtbaren Loge – sie ähneln dem, was der Neoanarchismus von 1967/68 „Aufklärung durch Aktion" nannte ... " (S. 176). Für seine Argumentation hätte Harich auch Diogenes oder Antisthenes heranziehen können.

Harich verkneift sich auch nicht, seine Betrachtungsweise der modernen Weltläufte, insbesondere der Revolution auszusprechen: „Erstens braucht revolutionäre Haltung (!!) nicht unbedingt die Forderung gewaltsamen Umsturzes einzuschließen. Konstitutiv für sie ist vielmehr nur (!!!), daß eine umfassende Verneinung des gegebenen Gesellschaftszustandes in die Absicht einmündet, dessen Macht- bzw. Besitzstrukturen zu beseitigen und durch eine qualitativ neue Ordnung zu ersetzen" (304) Damit kommt man nicht weit über Tolstoy, Landauer, Thoreau oder ähnliche Verbesserer hinaus. Über die Revolution läßt sich dann schematisch befinden: „Die definitive Errichtung einer Volksherrschaft aber konnte nicht das Ergebnis dieser Revolution sein. Das hätte den Erfordernissen des ökonomischen Fortschritts erst recht widersprochen. Historisch notwendig war die Herrschaft der Bourgeoisie. Die revolutionäre Demokratie mußte also scheitern" (S. 367). Voilà.

Es wäre zu wünschen, wenn Wolfgang Harich bald mit einem brauchbaren streitenden Jean Paul zu Taschenbuchkosten herauskäme, einer Anthologie, welche die Weiterlektüre einfach und zum Spaß macht. Allein Harichs Interpretation genügt dem Rang Jean Pauls noch nicht. Es gilt, die Revoltseite dieses streitbaren Helden aus dem zukünftigen proletarischen Kalender herauszustellen, seine emanzipatorische Mikrologie. Hiermit wird Kritik dem dichterischen Werk struktiv – Dichtung wird objektiv zur Kritik. Dies verbindet Jean Paul mit Heine, der diesen Übergang bewußt in Verse setzt, dichtet, obwohl das Ende der Kunstperiode von ihm selbst proklamiert wird. Heine – er läßt Jean Paul immerhin dem Jungen Deutschland vorangehen – streicht natürlich wie die Zeitgenossen die abstruse Verworrenheit und den ungenießbaren Stil heraus, bemerkt aber zugleich jene Seite, die den objektiven Gang des Denkens beschreibt, das schließlich in proletarisch-selbstbewußter Weise die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie bestimmen sollte: „Jean Paul ist ein großer Dichter und Philosoph, aber man kann nicht unkünstlerischer sein als eben er im Schaffen und Denken ... Statt Gedanken gibt er uns eigentlich sein Denken selbst, wir sehen die materielle Tätigkeit seines Gehirns; er gibt uns, sozusagen, mehr Gehirn als Gedanken". Jean Paul legt erst noch sein Denken offen dar. Ist die Welt als Objekt des Kapitalverhältnisses eindeutig bestimmt, so hat sich auch die materielle Tätigkeit ausgewiesen – der revolutionäre Kampf des Proletariats, der die Welt nicht mehr nur bedenkt, sondern mittels und durch die Kritik hindurch ihren Gegenstand umwälzt. Auf diesem Weg hat Jean Paul mit seinen Zettelkästen hantiert.

Helmut Reinicke

Erich Fromm: Autorität und Familie, Sozialpsychologischer Teil. Paris 1936.

Die Tatsache, daß der Staat über Leben und Freiheit seiner Bürger entscheidet, verleiht ihm jene Strafpotenz, die nötig ist, um das Minimum an Angst vor ihm zu erzeugen.

Je wichtiger aber die Angsterzeugung zur Aufrechterhaltung der Autorität wird, desto mehr wird zu radikaleren Mitteln als zur Strafjustiz gegriffen werden müssen.

Die angsterzeugende Wirkung des Terrors liegt nicht nur in der Strenge der Strafe, sondern auch in ihrer Unberechenbarkeit.

Einige Redaktionsmitglieder des diskus, in Zusammenarbeit mit dem „Initiativkomitee Freiheit für Brigitte Heinrich" und Mitgliedern des AStA der Universität Ffm. erstellten eine Dokumentation über die Festnahme und die Haft von Brigitte Heinrich mit folgendem Inhalt:

Materialien zu einer politischen Biographie der Gefangenen Brigitte Heinrich, Die Verhaftung von Brigitte Heinrich, Tagebuchaufzeichnungen aus der Justizvollzugsanstalt Mainz, SPD und CDU - kämpfen um die rechte Sicherheitspolitik, Anwalt ohne Recht/Recht ohne Anwalt, Pressemeldungen „Winterreise" und Brigitte Heinrich.

Diese Dokumentation, (diskus-Format, 32 Seiten), die trotz der am 15. April 1975 erfolgten Freilassung von Brigitte Heinrich nichts an Aktualität verloren hat, wurde ergänzt um eine Beilage (12 Seiten) mit folgenden Beiträgen:

AStA-Beitrag auf dem B. Heinrich Teach-in, Rechtsanwälte zum Fall Brigitte Heinrich, Der Denunziant, Zwei Flugblätter zur Uni-Vollversammlung, Brief der Rechtsabteilung der Universität an die Staatsanwaltschaft, Brief des Präsidenten der Universität an den AStA.

Der diskus-Verlag hat für das Initiativkomitee sowohl den Vertrieb als auch die Abrechnung dieser Dokumentation übernommen. Bei Einzelabnahme beträgt der Preis DM 2,- (zuzüglich DM -,70 Porto). Bei Bestellungen ab 10 Exemplare 10 % Nachlaß (zuzüglich Porto und Verpackung DM 3,-).

Lieferung nur gegen Vorauszahlung auf das Konto: 1610062200 BfG Ffm. „diskus", Kennwort Dokumentation.

Der Konflikt um die Wiedereinstellung von Brigitte Heinrich.

Die Fortführung des Terrors gegen Brigitte Heinrich mit dem Ziel des „existentiellen Ruins", wie er Brigitte Heinrich persönlich in der JVA Mainz durch einen Beamten des BKA angedroht wurde, falls sie sich nicht den Forderungen des BKA willfährig zeigt ist ein sinnfälliges Beispiel für die „Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien" durch das Vorgehen staatlicher Machtorgane, wo der Staat doch vorgibt, gerade diese „Aushöhlung" verhindern zu wollen. Wir dokumentieren den Beschluß des BGH zur Haftentlassung B. Heinrichs, zur Nichteinstellung durch das Präsidialamt der Universität und die Haltung des FB 3, die ein erhebliches Potential an demokratischem Widerstandswillen zeigt. Brigitte Heinrich hat sich inzwischen zur Konventswahl gestellt.

Abschrift!

Der Ermittlungsrichter
des Bundesgerichtshofes

1 BJs 40/74
III BGs 78/75

75 KARLSRUHE 1, den 15. April 1975
Postfach [illegible]
Hausruf [illegible]
Fernsprecher [illegible]
Durchwahl [illegible]

B e s c h l u ß

in dem Ermittlungsverfahren
gegen
die Diplom-Volkswirtin Brigitte H e i n r i c h ,
geboren am 29. Juni 1941 in Frankfurt (Main),
z. Zt. in Untersuchungshaft in der Untersuchungshaftanstalt (Zentralkrankenhaus) Hamburg,

wegen
Verdachts des Vergehens nach § 129 StGB

1.) Der Haftbefehl des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes vom 18. November 1974 wird nach Maßgabe der folgenden Gründe aufrecht erhalten.

2.) Der Vollzug wird jedoch unter folgenden Auflagen ausgesetzt:

a) Die Beschuldigte darf die Bundesrepublik Deutschland nicht verlassen.

b) Sie hat ihren Reisepaß und ihren Bundespersonalausweis bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zu hinterlegen.

c) Die Beschuldigte hat sich wöchentlich zweimal, dienstags und freitags, bei dem für ihren Wohnsitz zuständigen Polizeirevier zu melden. Die Aufnahme der Meldung und die Bezeichnung der Meldestelle ist der Bundesanwaltschaft bei Bundesgerichtshof mitzuteilen.

d) Sie hat jeden Wohnsitzwechsel und jede Begründung eines weiteren Wohnsitzes unverzüglich der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe anzuzeigen.

e) Die Mutter der Beschuldigten, Frau Hedwig Heinrich, 6 Frankfurt (M), Am Dornbusch 5, leistet eine Sicherheit in Höhe von DM 5000,--, die bei der Zahlstelle des Bundesgerichtshofes zur Verfügung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof Karlsruhe zu hinterlegen ist. Die

Sicherheitsleistung kann auch durch die Vorlage einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer Frankfurter Großbank oder einer öffentlichen Sparkasse zugunsten der Bundesanwaltschaft Karlsruhe bewirkt werden.

G r ü n d e :

I.

Die Beschuldigte ist nach wie vor dringend verdächtig, sich an einer Vereinigung, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, strafbare Handlungen zu begehen, als Mitglied beteiligt zu haben (§ 129 Abs.1 StGB).

Insbesondere steht sie weiterhin unter dem dringenden Verdacht, Anfang 1974 daran mitgewirkt zu haben, den von einem Sozialurlaub nicht mehr in die Strafanstalt zurückkehrenden Dieter Hartmann, der sich der RAF anschießen wollte, in den Untergrund zu schleusen. Zu diesem Zweck überließ sie Hartmann auch ihren PKW zu Fahrten durch die Bundesrepublik. Die Beschuldigte wußte dabei, daß sich Hartmann auf dieser Reise Waffen und Munition besorgen wollte.

Außerdem richtet sich gegen die Beschuldigte der dringende Verdacht, sich bereiterklärt zu haben, mehreren Mitgliedern der Vereinigung (u.a. auch Ilse Jandt und Jürgen Bodeux) im Sommer 1974 eine waffentechnische Ausbildung in einem Lager der Palästinenser in Syrien zu vermitteln. Die bereits terminlich abgesprochene Fahrt kam jedoch nicht zustande.

II.

Trotz dieses dringenden Tatverdachts kann jedoch der Vollzug des Haftbefehls ausgesetzt werden.

Da die Ermittlungen im wesentlichen abgeschlossen sind, entfällt der Haftgrund der Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs.2 Ziffer 3 StPO).

Der bereits in den Beschlüssen vom 18. November 1974 und vom 23. November 1974 näher begründete Haftgrund der Fluchtgefahr besteht zwar fort. Die Gefahr, daß sich die Beschuldigte dem Verfahren entziehen werde, kann jedoch durch die getroffenen Anordnungen soweit herabgesetzt werden, daß die Untersuchungshaft nicht fortzudauern bracht (§ 116 StPO).

Dabei kommt der Tatsache, daß die zur Zeit an einer Lymphdrüsenentzündung leidende Beschuldigte immerhin schon fast fünf Monate in Untersuchungshaft einsitzt, besondere Bedeutung zu. Gerade im Hinblick auf die bisherige Dauer der Untersuchungshaft ist die Fluchtgefahr - auch unter Berücksichtigung der Straferwartung - von vornherein geringer als noch vor einigen Monaten, zumal die Beschuldigte nach dem augenblicklichen Stand der Ermittlungen nicht unmittelbar an anarchistischen Gewalttaten beteiligt war und sie im übrigen durch eine Flucht ihre wissenschaftliche Laufbahn und damit ihre bürgerliche Existenz aufs Spiel setzen würde. Unter diesen Umständen kann davon ausgegangen werden, daß die getroffenen Maßnahmen ausreichen, um die Beschuldigte von einer Flucht abzuhalten. Das gilt vor allem auch im Hinblick auf die angeordnete Sicherheitsleistung, die ihre Mutter aufbringen wird, zu der sie seit ihrer Verhaftung in einer engen menschlichen Bindung steht. Daß sie das Vertrauen ihrer Mutter mißbrauchen wird, ist unwahrscheinlich.

Bliesener
Richter am Bundesgerichtshof

Beglaubigt

Justizangestellte

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN
FACHBEREICH GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
Der Dekan
Prof. Dr. H. Nicklas

6 FRANKFURT/MAIN
SENCKENBERGANLAGE 13-17
TELEFON (06 11) 7 98-2521

12. Mai 1975

An den
Herrn P r ä s i d e n t e n
der Johann Wolfgang Goethe-
Universität Frankfurt a. M.

im Hause

Betr.: Erneuerung des Lehrauftrages von Frau Brigitte Heinrich;
Ihr Schreiben vom 3o. 4. 1975, AZ.: 350-71;
Mein Antrag vom 17. 4. 1975

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit großem Befremden habe ich von Ihrer Entscheidung Kenntnis genommen, daß Sie nicht bereit sind, den Lehrauftrag von Frau Brigitte Heinrich zu erneuern.

Ich bin der Auffassung, daß niemandem außer einem ordentlichen Gericht ein Urteil über die Berechtigung der gegen Frau Heinrich erhobenen Vorwürfe zusteht. Daraus folgt für mich zwangsläufig, dem zentralen Grundsatz unserer Rechtssprechung folgend Frau Heinrich solange für unschuldig zu halten, solange sie nicht von einem Gericht rechtskräftig verurteilt worden ist. Zudem legen die in der Entscheidung über ihre Haftverschonung geltend gemachten Gründe die Vermutung nahe, daß der Verdacht gegen Frau Heinrich eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben, bei weitem nicht so stichhaltig ist, wie es ihre monatelange Inhaftierung vermuten lassen könnte.

Umso gravierender erscheint es mir, Herr Präsident, wenn Sie in Ihrer Begründung auf die Ereignisse in Stockholm hinweisen, also eine wie auch immer geartete Verbindung zwischen Frau Heinrich und den anarchistischen Gewalttaten in Schweden herstellen. Damit, so meine ich, unterstützen Sie zumindest indirekt jene Kräfte in der Öffentlichkeit und in der Massenpresse, für die die Schuld der im Zusammenhang mit der sog. 'Aktion Winterreise' Inhaftierten schon vorab feststeht, die also bereit sind, unter dem Deckmantel des angeblichen Schutzes der Demokratie elementäre Rechtsgrundsätze dieser Demokratie demagogisch zu verzerren und außer Kraft zu setzen.

Ich meine, es wäre an Ihnen gewesen, sich diesen Kräften zu widersetzen und nicht ihnen Vorschub zu leisten.

Ebenso unzulässig ist der von Ihnen in Ihrem Schreiben suggerierte Zusammenhang zwischen der Gewalt, wie sie in Stockholm auftrat, der 'gewalttätigen Sprengung des Konvents' und dem Antrag auf Erneuerung des Lehrauftrages für Frau Heinrich. Ihnen ist genauso wie mir bekannt, daß die Konventssprengung nicht von Frau Heinrich initiiert wurde und sie nicht daran teilnahm. Ihnen muß ebenfalls bewußt sein, wie gefährlich es gerade heute ist, die von der Massenpresse gerne geförderte Hysterie gegenüber anarchistischen Gewalttaten auf alle jene Kreise auszudehnen, die als 'links' eingestuft werden.

Ihnen als Präsident dieser Universität hätte es zugestanden, differenziert zu den genannten Ereignissen Stellung zu nehmen und nicht Entscheidungen des Kultusministers mit derartigen Begründungen zu legitimieren.

Die Haftverschonung für Frau Heinrich ist unter anderem deshalb gewährt worden, weil sie durch eine Flucht, wie es in der Begründung heißt, ihre wissenschaftliche Laufbahn und ihre bürgerliche Existenz aufs Spiel setzen würde. Wenn diese Begründung einen Sinn haben soll, dann kann doch nur die Konsequenz daraus sein, daß Frau Heinrich alle bürgerlichen Rechte bis zum Abschluß ihres Prozesses gewährt werden. Dazu gehört auch, daß sie bis zu diesem Zeitpunkt ihrem bisher ausgeübten Beruf weiter nachgehen kann.

Sie verweigern ihr jedoch dieses Recht mit Ihrer Entscheidung. Da ich Ihnen nicht unterstelle, daß Sie den von mir genannten Rechtsgrundsatz mißachten, kann ich mir Ihre Entscheidung nur so erklären, daß Sie ähnlich wie der Kultusminister bei Bediensteten des öffentlichen Dienstes, die sich gegenwärtig Anhörungen unterwerfen müssen, Zweifel an der Verfassungstreue von Frau Heinrich haben.

Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme zu den Anhörungen, daß "auf die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens" zur Überprüfung der Verfassungstreue besonderer Wert zu legen sei. Ich vermag nicht zu erkennen, wie diesem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit bei der bloßen Ablehnung des Antrages, ohne daß die Vorwürfe dargelegt worden wären und Frau Heinrich Gelegenheit gehabt hätte, dazu Stellung zu nehmen, Rechnung getragen worden wäre.

Ich möchte Sie daher bitten, Ihre Entscheidung noch einmal zu überprüfen und wiederhole meinen Antrag auf Erneuerung des Lehrauftrages von Frau Heinrich.

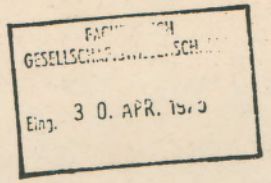
Mit freundlichen Grüßen

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT
DER PRÄSIDENT

6 Frankfurt am Main 30.4.1975
Senckenberganlage 31
Telefon: (0611) 7981
Durchwahl: 798 - 2231

Aktenzeichen 350-71
Bei Antwort bitte Aktenzeichen angeben Kr/Kn

An den
Dekan des Fachbereichs 3
Gesellschaftswissenschaften
Herrn Prof.Dr. H. Nicklas
im Hause



Betr.: Erneuerung des Lehrauftrages von Frau Brigitte Heinrich

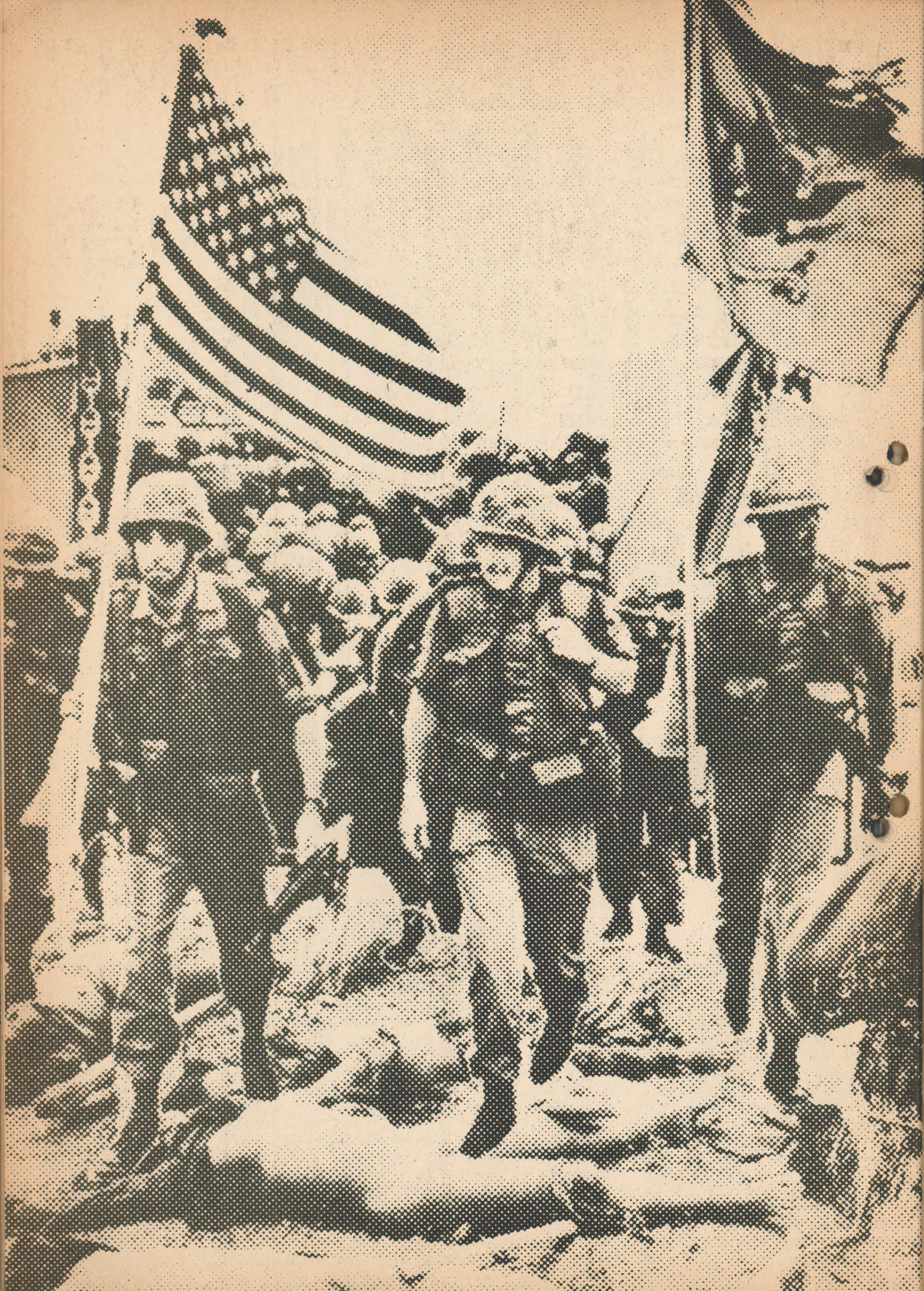
Sehr geehrter Herr Dekan!

Im Einvernehmen mit dem Herrn Hessischen Kultusminister bin ich nicht bereit, einen Lehrauftrag an Frau Brigitte Heinrich zu erteilen. Ich habe Ihren Antrag sorgfältig geprüft, und sehe mich aufgrund der inzwischen eingetretenen Entwicklung außerstande, an Frau Heinrich einen Lehrauftrag zu erteilen. Aus den mir zugänglichen Unterlagen ergibt sich, daß der Haftbefehl nach wie vor besteht. Es ist lediglich in Ansehung der besonderen Umstände des Falles Haftverschonung gewährt worden. Gegen Frau Heinrich wird der schwerwiegende Vorwurf erhoben, Mitglied einer Vereinigung zu sein oder zumindest intensive Beziehungen zu einer solchen unterhalten zu haben, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, strafbare Handlungen zu begehen. Welche Konsequenzen sich aus der Tätigkeit derartiger Vereinigungen für den demokratischen Staat ergeben können, ist durch die tragischen Ereignisse in Stockholm erneut deutlich gemacht worden.

Die gewalttätige Sprengung des Konvents in der vorletzten Woche hat darüber hinaus gezeigt, daß es auch in Frankfurt Kreise gibt, die es nicht für nötig oder sinnvoll halten, die Spielregeln des demokratischen Rechtsstaates zu respektieren. Sie haben nicht einmal vor der Gewaltanwendung gegenüber unbeteiligten Konventsmitgliedern zurückgeschreckt. Ihr Versuch, die Vergabe eines Lehrauftrages an Frau Heinrich durch Gewaltanwendung zu erzwingen, hat nicht zur Legitimierung eines derartigen Lehrauftrages beigetragen.

Angesichts dieser Vorfälle bin ich sicher, daß die Öffentlichkeit kein Verständnis dafür hätte, wenn Frau Heinrich an der Universität Frankfurt einen Lehrauftrag erhielte. Über die Berechtigung der gegen Frau Heinrich erhobenen Vorwürfe steht mir kein Urteil zu. Die Vergabe eines Lehrauftrages halte ich erst dann für vertretbar, wenn diese Vorwürfe gerichtlich geklärt sind.

Mit freundlichen Grüßen



EIN SIEG DES VIETCONG WÜRDE LETZTLICH DIE VERNICHTUNG DER REDEFREIHEIT FÜR ALLE MENSCHEN ALLER ZEITEN BEDEUTEN, NICHT NUR IN ASIEN, SONDERN AUCH IN DEN USA. NIXON 1965

Der Sieg des Vietcong über die US- und Marionettenherrschaft in Vietnam hat in Westdeutschland und Westberlin nicht den befreiten Jubel ausgelöst, wie er nach dem Einsatz der Protestbewegung von 1965 bis 1970 zu erwarten stand. Wir beabsichtigen nicht, im diskus das Phantom dieses Jubels zu repräsentieren. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Vietnamesen ein Recht auf das Fest zur Befreiung von der Geißel des dreißigjährigen Krieges haben; über die Anerkennung, die unsere Protestaktionen gegen den US-Terror der B 52, der Napalm- und Splitterbomben, der Massenmorde bei der FNL gefunden haben, sind wir eher beschämt. Denn was haben wir eingesetzt? Die Unversehrtheit unseres Leibes, doch nie unser Leben. Unsere Protestaktionen gegen die amerikanischen Mörder haben nie den Vergleich zum bewaffneten Widerstand der Vietnamesen ertragen.

Mit dem Krieg der Amerikaner gegen das vietnamesische Volk hat der Krieg in den Metropolen begonnen. Es schien, wie wenn die Aktionen gegen den Krieg in Vietnam so verzweifelt folgenlos blieben, die Eier gegen das Amerika-Haus, die Straßenschlachten gegen die Polizei bei Vietnam-Demonstrationen, Kolumnen, Aufsätze und Bücher, die die Verlogenheit des amerikanischen Freiheitsideals denunzierten. Nach dieser Erfahrung der Folgenlosigkeit etablierte sich ein neuer Anti-Imperialismus, der Anti-Imperialismus der Bombenanschläge gegen US-Army-Zentren durch die RAF und der Anti-Imperialismus der neuen studentischen Parteien alten Typs, der eine Parodie auf die Außenpolitik kommunistischer Parteien und der Kommunistischen Internationale war. Wir drucken die Kolumne „Vietnam und die Deutschen" aus konkret Nr. 11, 1967 von Ulrike Meinhof ab, weil wir damit die Bedeutung publizistischer Aufklärung dokumentieren wollen. Wir fordern auch zu einer Überlegung darüber auf, daß der vietnamesische Volkskrieg gesiegt hat, die RAF eine Niederlage erlitten hat. In diesem Gegensatz ist offensichtlich das Realitätsprinzip politischer Aktion ausgefochten. Ulrike Meinhof hat gesagt, ob der bewaffnete Kampf in den Metropolen durchzuführen ist, ist nicht eine Frage, die am Schreibtisch gelöst wird, sondern in der Praxis. Unsere Einschätzung ist, daß die Praxis diese Frage negativ beantwortet hat. Unangefochten von dieser Einschätzung bleibt unsere Kritik an den Terrormaßnahmen der staatlichen Vollzugsbehörden gegen politische Gefangene. Sie sind ein Ausdruck exekutiver, nicht judikativer Rache an Personen, die diesen Staat angegriffen haben.

Peter Mosler

CHRONOLOGIE DER STUDENTISCHEN VIETNAM-AKTIVITÄTEN IN WESTDEUTSCHLAND.

„Kein politisches Ereignis hat in den Diskussionen und bei der Politisierung der Studenten eine so entscheidende Rolle gespielt wie der Vietnam-Krieg. Die Beschäftigung mit diesem Krieg sollte zum ersten massiven Zusammenstoß mit der außeruniversitären Ordnungsmacht führen. Zwar hatte es schon vorher außerhalb der FU studentische Aktionen und Veranstaltungen gegeben ... aber die Auseinandersetzungen mit dem Verbrechen eines Landes mit demokratischem Anspruch, der Verbrechen der USA in Vietnam, war ein entscheidender Motor der studentischen Bewegung. Seit dem Sommersemester 1964 betrieb besonders der SDS eine intensive Aufklärungskampagne über Vietnam. Filmveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und besonders Presseschauveranstaltungen, in denen die Information ausländischer Zeitungen mit denen westdeutscher verglichen wurde, trugen dazu bei, daß die Diskussionen über den Vietnam-Krieg in der Studentenschaft einen Raum einnahmen." (Bergmann, Dutschke, Rabehl u.a., „Rebellion der Studenten")

26.10.1965
Wolfgang Lefèvre und Peter Damerow (beide SDS) werden vom Studentenkonvent abgewählt. Sie hatten August 1965 einen „Vietnam-Appell" unterschrieben.

5.2.1966
LSD und SHB führen in Berlin eine Demonstration gegen den Vietnam-Krieg durch, an der sich 2000 Personen beteiligten. Als die Demonstranten die amerikanische Flagge vor dem Amerika-Haus auf halbmast setzen und Eier gegen die Fassade des Hauses werfen, kommt es erstmals bei einer Vietnam-Aktion zum Knüppeleinsatz der Polizei.

22.5.1966
In der Universität Frankfurt findet ein Studentenkongreß gegen den Krieg in Vietnam teil. Am Abend nehmen über 3000 an einer Demonstration teil.

3.-10.12.1966
LSD, SDS, HSU und der Argument-Club Berlin veranstalten mit der Kampagne für Abrüstung eine Vietnam-Woche.

10.12.1966
Auf einer Abschlußveranstaltung der Vietnam-Woche ruft Rudi Dutschke in Berlin-Tiergarten erstmals zur „außerparlamentarischen Opposition" gegen die bürgerliche Gesellschaft auf. Im anschliessenden Demonstrationszug kommt es erneut zu Zusammenstößen mit der Polizei, die 86 Demonstranten festnimmt, darunter unbeteiligte Passanten.

26.3.1967
Demonstranten werfen Farbeier gegen das Amerika-Haus in Berlin. Die Teilnehmer der Demonstration zeigen die Vietcong-Fahne und rufen Ho-Chi-Minh-Sprechchöre.

5.4.1967
Kurz vor dem Besuch des US-Vizepräsidenten Humphrey in Berlin werden Mitglieder K 1, angeblich beim Bombenbasteln, verhaftet („Pudding-Attentat").

29.5.1967
Studenten sammeln unter der Parole „Waffen für den Vietcong" Geld vor der FU Berlin.

20.8.1967
Während einer Militärparade in Berlin-Neukölln werden Studenten, die gegen die amerikanische Vietnam-Politik demonstrieren, von Teilen der Bevölkerung verprügelt.

8.9.1967
Während des SDS-Kongresses in Frankfurt versucht eine Gruppe mit Rudi Dutschke, eine Vietnam-Debatte im Amerikahaus zu sprengen.

24.12.1967
In der Christmette in der Berliner Gedächtniskirche und Kirchen Westdeutschlands kommt es zu Protestkundgebungen gegen den US-Krieg in Vietnam.

5.2.1968
Über 1500 Studenten versuchen ein go-in ins Frankfurter US-Konsulat.

6.2.1968
SDS-Studenten werfen bei einer Veranstaltung im Amerika-Haus München Farbbeutel. Nach Einsatz der Polizei gibt es zehn Verletzte.

9.2.1968
Demonstration in München.

17./18.2.1968
Vietnam-Kongreß im Auditorium maximum der Berliner TU. Am 18. marschieren über 10 000 Demonstranten durch die Innenstadt, an der Spitze Bloch.

1.3.1968
Demonstration gegen den Vietnamkrieg und für Rudi Dutschke in Frankfurt, der auf der Durchreise von der Polizei sistiert wurde.

4.11.1968
Das Dept. of Internal Affairs wird in Berlin mit Molotow-Cocktails angegriffen.

9.3.1969
Brandanschlag auf die John-F.-Kennedy-Bibliothek in Berlin. Es entsteht ein Schaden von über 120.000,– DM.

4.9.1969
Strafantrag wegen Beleidigung stellt Bundeskanzler Kiesinger im Namen der Bundesregierung gegen den Erlanger Studenten Albert Sellner. Der Strafantrag richtet sich gegen ein Flugblatt, in dem es hieß: „Wir brauchen nicht zu heulen, wenn in Saigon ein deutscher Legationsrat erschossen wird. Damit muß jeder rechnen, der eine Regierung vertritt, die den US-Gangstern jede Form von Unterstützung für ihren Völkermord gewährt."

16.11.1969
2000 Demonstranten nehmen an einer Aktion in Frankfurt gegen den US-Krieg teil. Auf der Römerkundgebung spricht erstmals ein Vertreter der FNL.

20.3.1970
In Frankfurt findet an der Paulskirche eine Vietnam-Demonstration statt. Unter den Rednern bei der Abschlußkundgebung sind Ernst Bloch, Oskar Negt, Wolfgang Abendroth, Robert Jungk.

6.5.1970
In Berlin werden Molotow-Coktails gegen das Amerika-Haus geworfen. Die US-Army war kurz zuvor in Kambodscha einmarschiert.

11.5.1971
Ein Bombenanschlag zerstört den Offiziersklub des Hauptquartiers der American Army in Frankfurt. Ein Offizier wird bei dem Anschlag getötet und dreizehn andere verwundet. Ein RAF-Kommuniqué erklärt den Anschlag als Antwort auf die Eskalation der US-Aggression in Vietnam.

24.5.1971
Zwei Bomben explodieren beim Hauptquartier der American Army in Europe in Heidelberg. Drei US-Soldaten werden getötet, fünf andere verletzt.

14.1.1973
Kommunistische Gruppen der radikalen Neuen Linken veranstalten in Bonn eine Einheitsdemonstration, an der mehr als 20.000 teilnehmen. Auf der Abschlußkundgebung spricht u. a. Rudi Dutschke.

20.1.1973
15.000 nehmen an der von der Internationalen-Vietnam-Solidarität in Dortmund veranstalteten Demonstration teil. Unter dem Demonstranten sind Jungsozialisten, Jungdemokraten, Falken, SDAJ, DKP und Vertreter der KPdSU. Auf der Abschlußkundgebung sprechen Prof. Holzer, Negt und MdB Möllemann (FDP).

26.1.1975
Professoren, Redakteure, Schriftsteller u.a. veröffentlichen einen „Aufruf zur Unterstützung für die Volksbewegung in Süd-Vietnam gegen das Thieu-Regime." Unter den Unterzeichnern sind Bloch, Heydorn, Fassbinder, Jane Fonda, Weyrauch, Wagenbach.

VIETNAM UND DIE DEUTSCHEN.

Im Herbst 1967 wird die Eskalation des Vietnamkrieges zum Katalysator für die Linke in der Ganzen Welt. Von San Francisco bis Westberlin protestieren Hunderttausende.

Längst ist der Krieg in Vietnam kein konventioneller Krieg mehr. Auch kein begrenzter Krieg, kein lokaler Konflikt zwischen amerikanischen Truppen und Vietcong, kein Weltanschauungskrieg zwischen „Freiheit" und Kommunismus, auch nicht einfach ein Ausfluß amerikanischer „Containment-Politik" gegenüber China. Dieser Konflikt hat sich ausgeweitet zu einem Weltkrieg neuen Typs, der Konflikt ist bereits internationalisiert; die ihn propagandistisch zu verkleinern suchen, zu bagatellisieren, sind eben die, die ihn zu diesem Stand getrieben haben.

Der imperialistische Charakter dieses Krieges als eines Krieges zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Vormachtstellung in der Welt, in Asien, Afrika, Europa und Südamerika wird bereits offen zugegeben. Johnson: „Einige Ratgeber benehmen sich, als ob Amerika eine kleine Nation mit wenigen Interessen sei und als ob die Ozeane doppelt so breit seien." (NZZ 9. 10.) "Ein kommunistischer Sieg in Südvietnam würde nicht nur ganz Südostasien, sondern auch *lebenswichtige Interessen der Vereinigten Staaten* bedrohen." (NZZ 1. 10.) Vizepräsident Humphrey: „Die Vereinigten Staaten haben Soldaten in Vietnam stehen, weil die eigene Sicherheit der Vereinigten Staaten auf dem Spiel steht. Der Feind muß wissen, daß wir niemals aufgeben und dort bleiben werden, bis *das Geschäft* erledigt ist." (NZZ 1. 10.) – Wer dem Krieg in Vietnam Zustimmung und Sympathie nicht verweigert,steht, ob er das will oder nicht auf der Seite des amerikanischen Hegemoniestrebens in der Welt.

In Saigon wurden im September und Anfang Oktober vier Zeitungen verboten, zwei Tageszeitungen auf unbestimmte Zeit, die liberale Tageszeitung „Saigon Bao" für 30 Tage und eine Ausgabe der amerikanischen Zeitung News Week; sie wurden verboten wegen Beleidigung des Militärregimes und der Streitkräfte. In den USA wurden zur gleichen Zeit Hunderte von Anti-Vietnam-Demonstranten verhaftet. In Saigon, Washington und Berlin wurden Demonstranten mit Wasserwerfern, Gummiknüppeln und Bambusstöcken auseinandergetrieben. Die Gültigkeitserklärung der Wahlen in Südvietnam durch die Nationalversammlung wurde auf Anraten der Polizei in geheimer Abstimmung durchgeführt, nachdem bekannt geworden war, einige Abgeordnete hätten mit General Thieu diniert und dabei 50 Millionen Piaster kassiert. Die Berliner Zeitungen berichteten nach der großen Vietnamdemonstration am 21. Oktober ausführlich über den Dank des neuen Innensenators an die Polizei für gutes Verhalten während der Demonstration, ausführlich auch über die Zusammenstöße von kaum hundert Demonstranten am Abend auf dem Kurfürstendamm mit der Polizei, fast kein Wort aber über den Inhalt der Demonstration von über 10 000 Menschen und die Reden auf der Abschlußkundgebung. – Der Gummiknüppel der Polizei, Verhaftungen, Beschlagnahmungen oder freiwilliges Verschweigen in den Zeitungen – wodurch demokratischer Journalismus zu administrativer Polizeiberichterstattung herabgewürdigt wird – ersetzen in den Demokratien des „freien Westens" zunehmend ebenso wie in Saigon die freie Diskussion, die rationale Auseinandersetzung über den Inhalt der Meinungsverschiedenheiten. – Wer die Diskussion mit dem Gummiknüppel führt, wer die Berichterstattung über den Inhalt der Meinungsverschiedenheiten verweigert, wer der Bevölkerung die Tatsachen über den Charakter der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam vorenthält, so daß die Demonstranten in den Augen der Bevölkerung, der Bild-Zeitungleser, zu Idioten werden müssen, macht aus der Demokratie einen Polizeistaat, aus Staatsbürgern Befehlsempfänger. Man kann heute schon sagen, daß die Gegner des amerikanischen Krieges in Vietnam nicht deshalb in der Bundesrepublik eine Minderheit sind, weil die Masse der Bevölkerung diesen Krieg befürwortet, sondern weil nur noch einigermaßen ausgebildete Leute, meist Intellektuelle, die Möglichkeit haben, sich ausführlich zu informieren, was bei der Bildungsstruktur der bundesdeutschen Bevölkerung allerdings nur von einer Minderheit geleistet werden kann.

Während General Westmoreland kürzlich erklärte: „Wir werden sie mit unseren ausgeklügelten Waffen, die sie sich nicht leisten können, so lange bearbeiten, bis sie nach Gnade winseln", während amerikanische Militärs in Vietnam die Freigabe von weiteren 107 Bombenzielen in Nordvietnam fordern, während der Bombenkrieg längst auf die Zivilbevölkerung Nordvietnams übergegriffen hat, werden, wie verlautet, Jagdbomber-Piloten der Bundeswehr in Vietnam ausgebildet, sollen noch in diesem Jahr 40 Hubschrauber der Bundesluftwaffe mit dem entsprechenden fliegerischen Personal in Vietnam eintreffen; sie sollen dort nicht nur ausgebildet werden, sondern auch selbst an Einsätzen zur Unterstützung dem kämpfenden US-Truppe in Südvietnam beteiligt werden. Weit über hundert Millionen DM für diesen Krieg, Jagdbomberpiloten, Bundeswehr-Hubschrauber reihen die Bundesrepublik in die kriegsführenden Staaten in Vietnam neben den USA, Australien, Neuseeland, Korea ein. Die Frage ist, ob die Opposition in den USA wie in der Bundesrepublik es sich unter diesen Umständen noch leisten kann, daß Johnson von ihr sagt, Meinungsverschiedenheiten dürften nicht mit mangelnder Loyalität, „einige Komitees" nicht mit dem Land, einige Reden nicht mit der offiziellen Politik der Regierung verwechselt werden, Unbehagen nicht mit Untreue, Beunruhigung nicht mit Ablehnung der Politik der Regierung (NZZ 1. und 2. 10.) Die Frage ist, ob der Protest gegen diesen Krieg sich noch als demokratisches Alibi vereinnahmen lassen darf. Das Sterben von Frauen und Kindern, die Zerstörung von Krankenhäusern und Schulen, die Vernichtung von Ernten und lebenswichtigen Industrien – „bis sie nach Gnade winseln", „bis das Geschäft erledigt ist" – macht es notwendig, nach der Effizienz oppositioneller Aktionen zu fragen, nach der Effizienz polizeilich erlaubter Demonstrationen, von einer Polizei erlaubt, die das Instrument einer Regierung ist, die Bundeswehrhubschrauber nach Vietnam schickt und die es selbstverständlich nicht zulassen wird, daß diese Demonstrationen die Politik der Regierung tatsächlich stören, wenn nicht gar verhindern.

Wer begriffen hat, was in Vietnam los ist, fängt allmählich an, mit zusammengebissenen Zähnen und einem schlechten Gewissen herumzulaufen; fängt an zu begreifen,daß die eigene Ohnmacht, diesen Krieg zu stoppen, zur Komplizenschaft wird mit denen, die ihn führen; fängt an zu begreifen, daß die Bevölkerung, die diesen Krieg nicht versteht, weil sie nicht über ihn informiert wird, deren Emotionen gegen die Demonstranten gehetzt werden, mißbraucht wird, entwürdigt, erniedrigt.

In Berlin sind am 21. Oktober Flugblattraketen auf das Gelände der amerikanischen Soldaten geschossen worden, in denen die Soldaten aufgefordert werden, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, statt dessen zu desertieren. Diese Methode der Agitation ist waghalsig, ihr haftet der Geruch der Illegalität an. Es sind Frauen und Kinder, Ernten und Industrien, es sind Menschen, deren Leben dadurch gerettet werden soll. Die den Mut haben, zu solchen Methoden oppositioneller Arbeit zu greifen, haben offenbar den Willen zur Effizienz. Darüber muß nachgedacht werden.

Ulrike Meinhof
konkret 11/1967

Vom Gesetz zur Selbstzensur. Die Befürwortung von Gewalt wird strafbar.

Mit der beabsichtigten Neufassung der einschlägigen Passagen des Strafgesetzbuches ist es künftig in das Ermessen der Strafverfolgungsbehörde gestellt, all jene öffentlich gewordenen Äußerungen unter Anklage zu stellen, die sich zu den §§ 126, 130a und 140 StGB festgelegten Tatbeständen uneindeutig verhalten. Nur eine kategorische Ablehnung aller Umstände, die einen der genannten Tatbestände erfüllen könnten, bleibt vor einer Strafverfolgung gesichert.

Was bedeutet das für die Rechtspraxis und wie weit erstrecken sich die möglichen Anwendungsbereiche?

Selbstverständlich erstreckt sich die Anwendung auf alle gebräuchlichen literarischen Formen: Dokumentationen, Stücke, Gedichte, Erzählungen, Romane, Essays, wissenschaftliche Kommentare sowie Filme und Fernsehproduktionen. Wie die Liste der Autoren von Abendroth bis Zwerenz ist auch die der betroffenen Verlage äußerst heterogen. In nahezu allen bundesdeutschen Verlagsprogrammen befinden sich Titel, deren Herausgabe in Frage gestellt wäre. So wird der erste Schlag gegen expliziert sozialistische und kommunistische Publikationen und ihre Verbreitungsinstanzen geführt werden. Doch werden mit den linken Publikationen auch die Personen erfaßt, die sich gegen die Eindimensionalität der erlaubten Meinung wehren. Hier liegt der wesentliche Effekt dieses Gesetzentwurfs. Es geht um die geistigen Mittäter, im Sinne jener beliebt gewordenen Version, derzufolge die Ursachen für politische Opposition in ihrer literarischen Verbreitung und in subversiven Formen von Theoretisierungen zu suchen sind.

Stellen wir die Produktions- und Reproduktionsbedingungen von Schriftstellern und Journalisten, auch Filmern und bildenden Künstlern in Rechnung, so wird die existentielle Betroffenheit deutlich. In einer Situation, die nur ein Entweder-Oder zuläßt und die Zwischenpositionen als Verrat empfindet, bleibt nur die Selbstzensur oder aber die Gefährdung der ökonomischen Grundlage der Autoren, die sich nicht einschüchtern lassen.

Die spärlich bisher öffentlich gewordenen Beratungen dieses Entwurfs wollen den Eindruck erwecken, als gelte es lediglich, Bomben- und Sprengstoffhandbücher zu verbieten; die Rechtspraxis hat jedoch durch zahlreiche Beschlagnahmen entsprechender Schriften, die nach Maßgabe geltender Gesetze erfolgte, derartigen Argumentationen den Boden entzogen. Die geltenden Gesetze reichen **dazu** vollends aus ...

Wir betonen, daß wir es für realistisch halten, zwischen einem potentiellen und einem akuten Anwendungsbereich zu unterscheiden, doch kann ein künftig nicht unwahrscheinlicher Regierungswechsel den potentiellen und den akuten in einen identischen Anwendungsbereich überführen. Es ist zu bedenken, daß es lediglich eines geneigten Amtsrichters irgendwo in der BRD oder Westberlin bedarf, um unsere Trennung von potentiell und aktuell hinfällig zu machen, denn dieser kann auf der Grundlage dieses geplanten Gesetzes und dessen immensen Interpretationsspielräumen auf Antrag die Auslieferung von Büchern verhindern oder blockieren. Der betroffene Verlag hat neben den unmittelbaren ökonomischen Verlusten mit langfristigen Gerichtsverfahren und den daraus entstehenden Kosten zu rechnen. Die verantwortlichen Autoren und Verleger können zudem mit den im Gesetzentwurf vorgesehenen Strafen rechnen.

nach Bücher-Info, März/April 75
Karin Kramer Verlag

E. Sarel

Arbeiterwiderstand gegen den ‚Kommunismus'

Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945–1958)

Die Kritiken von Links an der DDR sind meistens abstrakt. Sie behandeln das Verhältnis von Plan und Markt, Partei und Massen. Die Arbeiter werden nur als Objekte gesehen. Sarel dagegen schreibt die Geschichte der wirklichen Kämpfe in den Fabriken, auf den Baustellen und an den Universitäten. Er schildert die Hennecke-Bewegung (der deutsche Stachanow) ebenso präzis, wie den Aufstand des 17. Juni.
ca. 250 Seiten ca. DM 15.00

‚Bommi' Baumann

Wie alles anfing

Politische Autobiographie des noch immer steckbrieflich gesuchen Stadtguerillero Bommi Baumann. Eine Entwicklungsgeschichte des radikalisiertesten Flügels der Berliner Linken.
ca. 120 Seiten ca. DM 9.80

Aktion

R. Panzieri

MEHRWERT und PLANUNG

Aufsätze von einem der ersten Vertreter der neuen politischen Theorie in Italien: Panzieri gehörte zu den „Quaderni Rossi". Seine Aufsätze zur kapitalistischen Planung, zur Autonomie der Arbeiterkämpfe, zur Gewerkschaftsfrage, dem Verhältnis der politischen Parteien zu den Massen, stellen methodisch eine Weiterentwicklung der marxistischen Theorie insgesamt dar.
ca. 150 Seiten ca. DM 14.00

Spanisches Zentrum, Essen

SPANIER in Deutschland

Gerade die Krise von 1974, gerade die SPD–Regierung unter Schmidt trifft vor allem die Arbeitsemigranten – so bei der neuen Kindergeldregelung oder der Sonderbehandlung der Arbeitslosen. Als Gegenreaktion schließen sich die ausländischen Arbeiter zunehmend in Organisationen zusammen, um ihren spezifischen Forderungen Druck zu verleihen. Hier berichten die Genossen vom spanischen Zentrum in Essen über ihre politische Aktivität.
ca. 120 Seiten ca. DM 8.00

Zeitschrift

Autonomie

Wissenschaftlich historische Zeitschrift zur vergangenen und aktuellen Entwicklung des Arbeiterkampfes. Methodisch geht die Zeitschrift von den Erkenntnissen aus, die in Italien mit dem Begriff „Arbeiterwissenschaft" verbunden sind. Herausgeber werden sowohl professionelle Historiker als auch Aktivisten sein. Die Zeitschrift steht in enger Korrespondenz mit entsprechenden internationalen Ansätzen. Die einzelnen Nummern sind thematisch gebunden: Krise – Gewerkschaften – Revisionismus. (Bitte gesonderten Prospekt anfordern!) alle Nummern
ca. 150 Seiten ca. DM 10.00

Die Wunden der Freiheit

Selbstzeugnisse, Kommentare u. Dokumente aus dem Kampf der Indianer gegen die weiße Eroberung und heutige Unterdrückung in den USA.

Indianer sprechen selbst: über ihren Kampf gegen die weißen Eindringlinge, über die Vernichtungsmethoden und Vertragsbrüche der Eroberer, über ihre eigene Lebensweise, Kultur, Philosophie u. Religion. Das Buch enthält eine Sammlung indianischer Reden, Briefe und Stellungnahmen vom Beginn der Kolonisierung 1607 bis hin zur Besetzung Wounded Knees 1974.
ca. 280 Seiten ca. DM 20.00

Bitte Prospekt anfordern:

Revolutionäre Schallplatten * Materialistische Wissenschaft *** Biographien *****

Frühjahr '75

Trikont
8 München 80
Josephsburgstr. 16

Vom Gesetz zur Selbstzensur. Sätze zur Gewalt.

Die Veröffentlichung der Texte, die wir in „Sätze zur Gewalt" drucken, könnte durch den bornierten Provinzialismus von Amtsgerichten nach Verabschiedung des Gesetzes strafrechtlich verfolgt werden.

Franz Kafka
Zur Frage der Gesetze

Unsere Gesetze sind nicht allgemein bekannt, sie sind Geheimnis der kleinen Gruppe, welche uns beherrscht. Wir sind davon überzeugt, daß diese alten Gesetze genau eingehalten werden, aber es ist doch etwas äußerst Quälendes, nach Gesetzen beherrscht zu werden, die man nicht kennt. Ich denke hierbei nicht an die verschiedenen Auslegungsmöglichkeiten und die Nachteile, die es mit sich bringt, wenn nur einzelne und nicht das ganze Volk an der Auslegung sich beteiligen dürfen. Diese Nachteile sind vielleicht gar nicht sehr groß. Die Gesetze sind ja so alt, Jahrhunderte haben an ihrer Auslegung gearbeitet, auch diese Auslegung ist wohl schon Gesetz geworden, die möglichen Freiheiten bei der Auslegung bestehen zwar immer noch, sind aber sehr eingeschränkt. Außerdem hat offenbar die Polizei keinen Grund, sich bei der Auslegung von ihrem persönlichen Interesse zu unseren Ungunsten beeinflussen zu lassen, denn die Gesetze sind ja von Beginn an für die Polizei festgelegt worden, die Polizei steht außerhalb des Gesetzes, und gerade deshalb scheint das Gesetz sich ausschließlich in die Hände der Polizei gegeben zu haben. Darin liegt natürlich Weisheit – wer zweifelt die Weisheit der alten Gesetze an? – aber eben auch Qual für uns, wahrscheinlich ist das unumgänglich.

Übrigens können diese Scheingesetze eigentlich nur vermutet werden. Es ist eine Tradition, daß sie bestehen und der Polizei als Geheimnis anvertraut sind, aber mehr als alte und durch ihr Alter glaubwürdige Tradition ist es nicht und kann es nicht sein, denn der Charakter dieser Gesetze verlangt auch das Geheimhalten ihres Bestandes. Wenn wir im Volk aber seit ältesten Zeiten die Handlungen der Polizei aufmerksam verfolgen, Aufschreibungen unserer Voreltern darüber besitzen, sie gewissenhaft fortgesetzt haben und in den zahllosen Tatsachen gewisse Richtlinien zu erkennen glauben, die auf diese oder jene geschichtliche Bestimmung schließen lassen, und wenn wir nach diesen sorgfältigst gesiebten und geordneten Schlußfolgerungen uns für die Gegenwart und Zukunft ein wenig einzurichten suchen – so ist das alles unsicher und vielleicht nur ein Spiel des Verstandes, denn vielleicht bestehen diese Gesetze, die wir hier zu erraten suchen, überhaupt nicht. Es gibt eine kleine Partei, die wirklich dieser Meinung ist und die nachzuweisen sucht, daß, wenn ein Gesetz besteht, es nur lauten kann: Was die Polizei tut, ist Gesetz. Diese Partei sieht nur Willkürakte der Polizei und verwirft die Volkstradition, die ihrer Meinung nach nur geringen zufälligen Nutzen bringt, dagegen meistens schweren Schaden, da sie dem Volk den kommenden Ereignissen gegenüber eine falsche, trügerische, zu Leichtsinn führende Sicherheit gibt. Dieser Schaden ist nicht zu leugnen, aber die bei weitem überwiegende Mehrheit unseres Volkes sieht die Ursache dessen darin, daß die Tradition noch bei weitem nicht ausreicht, daß also noch viel mehr in ihr geforscht werden muß und daß allerdings auch ihr Material, so riesenhaft es scheint, noch viel zu klein ist und daß noch Jahrhunderte vergehen müssen, ehe es genügen wird. Das für die Gegenwart Trübe dieses Augenblicks erhellt nur der Glaube, daß einmal eine Zeit kommen wird, wo die Tradition und ihre Forschung gewissermaßen aufatmend den Schlußpunkt macht, alles klar geworden ist, das Gesetz nur dem Volk gehört und die Polizei verschwindet. Das wird nicht etwa mit Haß gegen die Polizei gesagt, durchaus nicht und von niemandem. Eher hassen wir uns selbst, weil wir noch nicht des Gesetzes gewürdigt werden können. Und darum eigentlich ist jene in gewissem Sinn doch sehr verlockende Partei, welche an kein eigentliches Gesetz glaubt, so klein geblieben, weil auch sie Polizei und das Recht ihres Bestandes vollkommen anerkennt.

Man kann es eigentlich nur in einer Art Widerspruch ausdrücken: eine Partei, die neben dem Glauben an die Gesetze auch die Polizei verwerfen würde, hätte sofort das ganze Volk hinter sich, aber eine solche Partei kann nicht entstehen, weil die Polizei niemand zu verwerfen wagt. Auf des Messers Schneide leben wir. Ein Schriftsteller hat das einmal so zusammengefaßt: das einzige, sichtbare, zweifellose Gesetz, das uns auferlegt ist, ist die Polizei und um dieses Gesetz sollten wir uns selbst bringen wollen?

„der Adel" ersetzt durch „die Polizei"
diskus

Natürlich glaube ich, daß
überhaupt keine Kunst auf dieser
Welt möglich ist, daß weder Kunst
noch Schriftstellerei – das soll-
te jeder wissen, der sie öffent-
lich verteidigt – ohne mindestens
eine Beimischung von Anarchie denk-
bar ist.

Heinrich Böll

Die Poesie stand noch nie auf dem Boden
der freiheitlich-demokratischen Ordnung, immer schon
war sie, wem sag' ich das, weiter als die Verhältnisse,
die sie zuließen, und war, wenn sie gut war,
keineswegs friedlich.

F. C. Delius

Erich Fried
Deutsches Wintermärchen
für Brigitte Heinrich im Winter der
„Aktion Winterreise"

Es heißt
ein Vollzugsbeamter im Knast in Mann-
heim
wo Gefangene zu Tode geprügelt wurden
habe nachts auf dem Korridor betrunken
an die Tür
einer Einzelzelle gehämmert:
„Laß mich los!
Warum habt ihr mich eingesperrt?
Laßt mich zu euch
in eure Demokratie!"

Und aus der Zelle
soll ihm einer geantwortet haben:
„Zu meiner Demokratie
hast nur du den Schlüssel!"

Die Anstaltsleitung in Mannheim
müßte zu diesem Gerücht
Stellung nehmen
und wahrheitsgetreu erklären:
„Auch wenn es in Einzelfällen
zu Mißständen gekommen sein sollte
so hat doch kein Beamter
dieser Vollzugsanstalt
sich jemals so völlig vergessen
wie hier verbreitet wird"

Ernst Jandl
Anleitung
zum totalen Frieden

wer den
will mußt
sagen stumm
gehn machen

wer den
will mußt
hören taub
gehn machen

wer den
will mußt
sehen blind
gehn machen

wer den
will mußt
laufen lahm
gehn machen

wer den
will mußt
fliegen schwer
gehn machen

Neues Forum 256
April 1975

Tintenfisch 3
Jahrbuch für Literatur
Wagenbach-Verlag

Wolfgang Beutin

Einem Besucher Frankfurts am Main 1973

Empfohlen:
zuerst ein
Blick vom Dach des Dietrich-Bonhoeffer-
Hauses, Lessingstr. 2:
Westendviertel, Abbild des
Kampfes in Stein, in Beton,
der
Horizont zu-
gestellt von der Vielzahl der Klötze, die
rücken bedrohlich vor.

Ein Gang durch die Straßen. Du kennst
aus den Zeitungen die Namen:
Schumanstraße,
Kettenhofweg
hier: steinerne Realität.
In nicht von ihnen aufgegebenen Alt-
bauten hausend Gastarbeiter, Studenten.
Fensterhöhlen: hier und da
brandgeschwärzt
Lücken: hier auch standen
Häuser
einst

Pintenbesuch, die
Läden, und:
Hör die Leute,
lies: „Wir wollen zusammenbleiben".
Die das geschrieben, sind
schon auseinander.
Versteh: den
Haß derer, die hier sitzen und reden, aber
über den Fleck, auf dem sie sitzen, wird
gerade verhandelt, er
ist unter ihrem Hintern weg verkauft.

Verraten, verkauft, dein Quartier,
Gastarbeiter, und du, Student,
es schreien aus den
Fenstern Zungen = Sprüche
zer-
rissene, kündend:
„Wir sind gekündigt".
Plakat-Stellwände vor
Lücken, Aufkleber: „Hier wurde Wohnraum
zerstört",
Was wächst, sind die
Banken, die
Institute, Hotels, Konzerne. Die auch
wollen zusammenbleiben.

Wiederkehren werden
einst
der Gastarbeiter, der Student. es kommen
ihre Kinder, es gibt
zu besichtigen
das Denkmal einer versunkenen Epoche,
Zeugnis des Kampfs
in Stein, in Beton,
da war noch nicht entschieden der Sieg der
Menschlichkeit.

Literarische Hefte 45
Raith-Verlag
München 1973

F.C. Delius

Schönheit von Hammer und Sichel

Rom. Während die hier Wahlkampf machen,
bleibt uns etwas Zeit, über die Schönheit
von Hammer und Sichel nachzudenken. Altmodisches Gerät!
denke ich, und sagt das Vorurteil. Na klar. Aber wenn man schon
so einen Maßstab hat, dann bitte: Was für ein Fortschritt
gegenüber andern politisch gemeinten Symbolen,
die in die Naturausweichen (Ahornblatt, Sonnenaufgang)
oder wie die Faschisten aufs Element Feuer zurückgehn
und brandstiften oder wie die christliche Reaktion,
die sich auf die Schilde der Kreuzfahrer stützt.
Also Hammer und Sichel: Werkzeuge, von der oder jener
Fraktion mehr oder weniger stilisiert, aber
Werkzeuge, noch wenig benutzt.

Literarische Hefte 47
Raith-Verlag
München 1974

Christian Wallner

Alles riecht neu

Kein Ding hat seinen alten Platz
seit wir die Zelte abbrachen
um seßhaft zu werden.
Da hängt kein Bild schief.
Frisch leuchten die Vorhänge.
Jetzt bekommen wir Angst um den Teppich.

Nicht nur der Briefträger frägt:
Richten sich da ein paar Zimmer ein
oder Entschlossene auf einen Kampf.
Die Kommoden in unseren Wänden
sind aus gutem Holz: Wohin
wird das Maschinengewehr passen.

Das Licht wird verlegt.
In welcher Farbe streichen wir unsere Tür?
Die alte hat keinen Lack mehr.

Was ist die Umsiedlung einiger Leute
ohne den Umzug ihrer Gedanken.
Ändern sich nur: Nummer und Anschluß?

Bürgern sich Partisanen ein in Mansarden.
Die Ruhe, die eintritt nach Wochen:
vor dem Sturm?

Vorsorglich stellen wir überall
Becher bereit für viel Asche.

Literarische Hefte 45
Raith-Verlag
München 1973

Heinrich Böll
Sieben Jahre und zwanzig später

nach Ingeborg B.
für Annemarie C.

sieben Jahre
und zwanzig später
Liebste
verhärte Dein Herz
verschließ Deine Hand
gib keinem keinem
Brot Kaffee Geld Milch
im Deutschen Land

vermine Deine Schwelle
Liebste
laß niemanden ein
der das Stichwort nicht kennt
und wenn ich heimkomm
und's nicht weiß
schieß mich nieder
ich könnte ja auf der Flucht
und mein Stichwort könnte
Kapitalismus sein

sieben Jahre
und zwanzig später
Herz
findet im Deutschen Haus
Stalingrad
auf der Türschwelle
statt

es werfen Deutsche Eltern
Deutsche Kinder
Deutsche Gatten
Deutsche Gatten
aus Deutschem Haus

siebenundzwanzig Jahre
später
Mädchen
sei gnadenlos
vergiß
daß du gehungert hast
vergiß
daß du dreihundertmal
Bombenangst gehabt hast
vergiß

daß die Kettenhunde
der Deutschen Wehrmacht
dich in Schrecken versetzt haben
vergiß
daß du ein Mensch warst

vergiß
vergiß
nur nicht
die freiheitlich
demokratische
Grundordnung
von BILD
für BILD

sieben Jahre
und zwanzig
später
trägt keiner
mehr gelben Stern
und doch weiß jeder
wen er vor sich hat

im Deutschen Haus
legen Mörder Gesetze
hacken Deutsche Krähen
Deutschen Eulen
die Augen aus

sieben Jahre und zwanzig
später
Liebste
vermine Deine Schwelle
verhärte Dein Herz
verschließ Deine Hände
schieß mich nieder
wenn ich heimkomm
und das Stichwort nicht weiß
lebe von BILD
zu BILD
von WELT zu WELT
denke nicht nach
und vergiß
daß du ein Mensch warst

N. H. Ludwig
MEMORANDUM

DAGOBERT DUCK
DEINE TALER
SIND GEZÄHLT

Militante Literatur
Christoph Gauke-Verlag
Hann. Münden/Scheden 1973

Peter Paul Zahl
Der harte Kern

Der harte Kern
– einer Kirsche
zum beispiel –
ist immer ungenießbar

er wird ausgespuckt

bei gutem boden
wird ein baum
aus ihm

Der Metzger 23/1974
und in: Peter Paul Zahl, Schutzimpfung, Gedichte.
Rotbuch 132

Selbstzensur als letzter Ausweg?

Klaus Wagenbach, von dem Berliner Polizeipräsidenten angeklagt wegen der Verwendung des Wortes „Mord" im Zusammenhang mit der Erschießung von Benno Ohnesorg und Georg von Rauch, hat den Prozeß in zweiter Instanz verloren.

Wir haben uns daran gewöhnt, daß das Sortiment Drohbriefe von Arzneimittelkonzernen erhält, die die Verbreitung eines diesem Konzern peinlichen Buches verhindern sollen. Wir haben uns daran gewöhnt, daß Franz Josef Strauß vermittels der bayerischen Justiz ein mißliebiges Buch über Jahre vom Markt entfernen lassen kann.

Jetzt, nach dem rechtskräftigen Berliner Urteil gegen mich, sollen wir uns offenbar daran gewöhnen, daß Staatsgewalt und Justiz sich derselben Methoden bedienen, Kritik, als Veröffentlichung von Mißständen, wird beantwortet mit der Behinderung der Veröffentlichung oder der Bestrafung des Veröffentlichers. Konkret: Wer fortan schreibt, druckt oder drucken läßt „Benno Ohnesorg ermordet", wer also die Hinterrückserschießung eines waffenlosen Demonstranten kritisiert, der wird bestraft. Der Todesschütze wird freigesprochen, der Kritiker des Todesschusses verurteilt. Beides rechtskräftig.

Der zweite inkriminierte Satz „Georg von Rauch ermordet", zeigt die Problematik noch deutlicher: Der Berliner Polizeipräsident klagte, weil er sich beleidigt fühlte, bestimmte aber zugleich das Ausmaß der Ermittlung: denn zum Teil stehen noch nicht einmal mehr die Häuser an dem Ort, an dem Georg von Rauch erschossen wurde, d.h. die Verteidigung hatte nichts in der Hand als die Akten eben der Polizei. Und die vier Männer vom Verfassungsschutz, immerhin Tatzeugen, erhielten keine Aussagegenehmigung. Von der Polizei. Und die Polizisten erhielten Aussagebeschränkung. Von der Polizei. Von der Polizei, die zugleich Kläger war.

In seinem Plädoyer beklagte sich der Staatsanwalt dann auch noch förmlich über die Presse, die kritisiert hätte, daß dem Verlag unverhältnismäßige Kosten aufgebürdet würden und sagte wörtlich: „Wenn der Verlag Klaus Wagenbach wegen der Kosten liquidieren muß, dann ist das eben so."

Was kommt da auf uns zu? Was auf uns zukommt, hat Heinrich Böll so ausgedrückt: „Jetzt sind die Links-Liberalen dran ... Die nächsten werden die Liberalen sein; sie fangen ja schon an zu schwanken, schauen Sie doch die Leitartikel an ... Dann kommen die Konservativen dran ..."

Was auf uns zukommt, ist eine Lähmung, ist Einkapselung und Augenschliessen, ja geradezu eine Paroxie der Verlage, da jeder dieser Prozesse als Einzelfall abgetan werden kann, als nur unter bestimmten Bedingungen zustandegekommen, die an jeweils anderen Orten zu anderen Zeiten anders und jedenfalls nicht so auftreten.

Und schließlich kommt auf uns, den Buchhandel, seit Monaten ein geradezu phantastisches „Dreizehntes Strafrechtsänderungsgesetz", ein Gesetz angeblich gegen die ‚Ausbreitung von Gewalttaten'. **Ein Gesetz, praktikabel für jeden ‚neuen' Staat.** Dieses von der Bundesregierung vorgeschlagene Gesetz (Bundestags-Drucksache 7/3030), richtet sich gegen alle, die eine „Schrift, die die Befürwortung einer der genannten Taten ... enthält ... **verbreitet,** öffentlich **ausstellt, anschlägt, vorführt** oder **sonst zugänglich macht** oder **herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, ... einführt oder ausführt** ... ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder **in einer Versammlung** ...

Das heißt: Wer auch nur im ‚Börsenblatt' **ankündigt** oder im ‚BUCHMARKT' **anzeigt,** wer so etwas druckt oder ins Schaufenster legt, wer darüber in einer Versammlung auch nur den Mund aufmacht ... Kurz, gerade dieser Vollständigkeitswahn zeigt, was gemeint ist.

Und dieses Gesetz richtet sich gegen Landfriedensbruch, Vergiftung, Erpressung, Raub, Eingriff in den Bahnverkehr, Brandstiftung, Überschwemmung, Mißbrauch ionisierender Strahlen und was sonst noch.

Danach kann nicht einmal mehr der „Schimmelreiter" von Theodor Storm gedruckt werden, weil Ole die Überschwemmungsgefahr (§ 312) öffentlich und wider besseres Wissen verneint.

Das ist das Gesetz, das kein Hitler mehr zu ändern braucht: Er muß nur den Staat übernehmen, das Gesetz zur totalen Meinungskontrolle ist schon da.

Und das Gesetz wird angewandt werden! Es wird angewandt von Allgäuer oder Schleswig-Holsteiner Amtsgerichten – das haben wir ja (in Sachen Pornographie) schon erlebt. Und es wird angewandt werden von einer Regierung, die ja doch nicht immer eine sozial-liberale sein wird.

Da werden dann die „geistigen Mittäter", gegen die sich das Gesetz jetzt angeblich richtet, ganz anders sein. Ganz abgesehen davon, daß es offenbar für jede Staatsgewalt unvorstellbar ist, sie oder die von ihr verantworteten Zustände könnten die eigentliche Ursache jener Opposition sein, deren geistige Mittäter dann lauthals gesucht werden. Dieter E. Zimmer hat in der „Zeit" einmal sehr richtig die Frage gestellt, inwieweit der Bilanzbericht einer Bank nicht auch sch[on] Anstiftungscharakter habe.

Solidarität des Buchhandels. Die zu Beginn genannten Urteile zeigen, daß das angeblich dringende Gesetz unnötig ist: Die bisherigen Gesetze reichen sogar für außerordentlich fragwürdige Urteile hin.

Umso dringender wäre eine Solidarität des Buchhandels im Kampf gegen dieses Gesetz, eine Diskussion im Sortimenter- und Verleger-Ausschuß, eine Initiative des Börsenvereins – ganz so, wie sich die französischen Verleger gegen ein ähnliches Gesetz zu wehren wußten.

Andernfalls geraten wir in ein Klima der Selbstzensur, die jede freie Diskussion (die unser Gewerbe braucht wie kaum eins) erstickt. Eine unwürdige Selbstzensur der Autoren und Verlage, eine penible und erniedrigende Selbstzensur des Buchlagers in den Sortimenten.

Klaus Wagenbach
Buchmarkt 4, April 1975

BENNO OHNESORG
POLITISCHER MORD

Demonstration gegen die US-Aggression in Indochina im Mai 1970 in Frankfurt am Main

Fotos Lehmann